

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 10. Mai 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Zum Landtagswahlkampf.

Um deutsche Einheit und Freiheit!

Der Einheitsbegriff des deutschen Volkes ist noch gar nicht wirklich, er ist ein allgemeines Postulat der Zukunft. Aber er wird nicht eine gesonderte Volkseigentümlichkeit zur Geltung bringen, sondern den Bürger der Freiheit verwirklichen.

J. Gottlieb's Rede vor 100 Jahren (Frühjahr 1813)

Unter den vielen Geschichtsbüchern, die uns auf der Schule eingetrichtert worden sind, scheint eine besonders schwer ausrüttbar zu sein: der Glaube, daß im Jahre 1870/71 der Gedanke der deutschen Einheit verwirklicht worden sei. Demgegenüber ist immer wieder mit unerbittlicher Strenge darauf hinzuweisen: Wir haben keine deutsche Einheit. Das Wort Bismarck's konnte nach der ganzen Natur seines Schöpfers nur Junkerwerk sein; es ist ebensowenig die Erfüllung des Ideals von 1848 wie etwa der Kanalstummel die Verwirklichung des Mittel-

landanahs ist. Es ist weit mehr als ein Zufall, es ist eine große geschichtliche Notwendigkeit, daß die alte deutsche Einheit und deutsche Freiheit seit hundert Jahren parallel gegangen sind. Die Generation der deutschen Revolution hatte diesen Gedanken durchaus begriffen, als sie das eine durch das andere verwirklichen wollte. Man weiß, wie 1848 der Versuch, die deutsche Einheit zu begründen, mißlang und die Freiheit zum größten Teil auf dem Papier stehen blieb.

Bismarck wollte das Ziel der Volksbewegung auf diplomatischem Wege erreichen und in dem Taumel, daß er etwas schuf, was der deutschen Einheit äußerlich ähnlich sah, täuschte sich die damalige Generation — zumal der bürgerliche Liberalismus — völlig über das schwere Bedenken hinweg, daß ein über die Häupter der Völker geschlossener Fürstentum seiner ganzen Natur nach etwas anderes werden mußte, als das, was eine revolutionäre Volksbewegung hatte ins Werk setzen wollen. Einheit ohne Völkervereinigung konnte ebensowenig etwas werden wie Freiheit ohne Einheit.

Wir heutigen müssen es oft und schmerzlich spüren, wie sehr und eine wirkliche Einheit fehlt. Alle Versuche, größere Freiheiten für die Volksmasse zu erringen, scheitern letzten Endes an der unbezwingenen Macht des Partikularismus. Die Generation von 1871 mochte geglaubt haben, der aus 25 Einzelstaaten geschaffene Bund würde nur die Vorstufe zu einer bald kommenden völligen Einheit sein. Unsere Regierenden und mit ihnen die rechtsstehenden Parteien lassen es anders auf. Ihr Ceterum censeo lautet: „Der bundesstaatliche Charakter des Reiches muß gewahrt bleiben“.

Der Sinn dieser euphemistischen Formel weicht freilich etwas vom Wortlaut ab. „Der bundesstaatliche Charakter“, das ist letzten Endes nichts weiter als die Vormacht Preußens im Reich und die Herrschaft der preussischen Regierung über die Reichsregierung. Jetzt begreift sich auch, warum alle rückschrittlichen und freiheitsfeindlichen Parteien sich mit solcher Inbrunst an den „bundesstaatlichen Charakter“ des Reichs klammern und kein Jota an ihm geändert wissen wollen: Preußen, das Land des Dreiklassenparlaments und des Herrenhauses, die Domäne der Junker und Landräte, ist ihr bestes Bollwerk gegen jede freiheitliche Entwicklung und darf deshalb auch nicht eine einzige seiner Kompetenzen an das von freiheitlicherem Geiste durchwehte Reich abtreten.

So wird die alte Historie wieder in vollem Umfang wahr, daß die Feinde der deutschen Freiheit gleichzeitig die Feinde der deutschen Einheit sind. Das Kaiserwort Hohenhausen: „diese Junker pfeifen auf das Reich“ besieht noch immer zu Recht und jede Beratung eines politischen oder sozialen Fortschritts im Reichstag zeigt zur Evidenz, daß unsere Rechtsparteien Reichsfeinde in des Wortes vollster Bedeutung sind.

Es liegt sicher ein gewaltiges Stück Weltironie darin, wenn die Freikonserverativen sich im Reichstag den stolztüftelnden Namen „Reichspartei“ zugelegt haben, nun aber trotz des schönen Titels eine konsequente partikularistische Politik gegen das Reich treiben. Vor einigen Monaten konnte man erleben, als sich der Staatssekretär Delbrück vor den erzürnten Konservativen zu verantworten hatte, weil er dem widerspenstigen Preußen mit der Einführung eines Reichs-wohnhungsgesetzes gedroht hatte. Da fand gerade der Reichsparteiler Arendt die kräftigsten Worte gegen diese „Anstiftung des bundesstaatlichen Prinzips“ und die gesamte Rechte stimmte ihm bei.

Genau das gleiche sehen wir bei der Frage der direkten Reichsteuer. Die Mut der vereinigten schwarz-blauen Reaktionen gegen Reichsvermögenssteuer, Reichserbschaftsteuer usw. würde nicht annähernd so groß sein, wenn der Gedanke einer direkten Reichsteuer nicht zugleich eine Stärkung des Reichsgedankens wäre. Der Reichstanzler Bethmann Hollweg, er, der in dieser Frage von den Tagen des Bülows her auffallend schnell und gründlich umgelernt hat, betonte am 12. April ausdrücklich im Reichstag, daß eine Reichs-

vermögenssteuer, zu der dann die Bundesstaaten Zuschläge erheben könnten, „eine Art Kommunalisierung der Bundesstaaten“ sein würde und deshalb abzulehnen sei. Hier wird also von leitender Stelle ein Fortschritt des deutschen Einheitsgedankens als etwas Gefährliches, Unerwünschtes hingestellt. Das erinnert daran, wie in der Reaktionsperiode nach 1813 dem Turnbater Jahn der Prozeß gemacht wurde, weil er „die höchst gefährliche Lehre von der deutschen Einheit“ aufgebracht habe.

Veider werden solche Tendenzen zuweilen auch von freiheitlicher Denkenden unterstützt, die befürchten, das Resultat einer stärkeren Entwicklung zur Einheit würde schließlich eine Art Großpreußen sein. Nichts ist verkehrter. Großpreußen ist der Zustand, auf den wir jetzt hinführen, wenn nämlich das Reich — wie es Regierung und Junker wollen — immer mehr unter preussischen Einfluß gerät.

Nein, die Entwicklung zur deutschen Einheit geht ungekehrt über das jetzige Preußen hinweg, sie ist ein Kampf gegen den bestehenden Junkerstaat. Deshalb ist auch der Sturm gegen das Dreiklassenwahlrecht, der ganze Landtagswahlkampf, den die Sozialdemokratie führt, nicht nur ein Kampf um deutsche Freiheit, sondern letzten Endes auch ein Kampf um deutsche Einheit. Ein Deutsches Reich, das nicht ein erweiterter Junkerstaat, sondern das Reich des deutschen Volkes wird erst möglich mit dem Augenblick, in dem das Bollwerk aller Reaktionen, das Dreiklassenhaus und was dazu gehört, von der Woge einer anwachsenden Volksbewegung hinweggespült ist. Wie wir das Kapital expropriieren wollen, nicht um selber Kapitalisten zu werden, sondern um das kapitalistische System auszurotten, so wollen wir Preußen erobern, um gleichzeitig dem preussischen System ein Ende zu machen.

In vielen Dingen hat die Sozialdemokratie das Erbe des demokratischen bürgerlichen Liberalismus angetreten. Das liberale Epigonentum unserer Tage hat ein Ziel der alten revolutionären Demokraten nach dem anderen schamlos preisgegeben und verraten, um seine „Regierungsfähigkeit“ zu erweisen. So steht auch die Sozialdemokratie heute allein auf weitem Plan, wenn sie den alten 48er Ruf „Freiheit und Einheit“ erschallen läßt.

Um so lauter gilt es ihn zu erheben. Denn im Volke haben diese Worte noch ihren alten guten Klang. Und manchmal, der glaubt, beruhigt schlafen zu können, weil wir ja ein „einiges Deutsches Reich“ hätten, werden doch die Augen aufgehen, wenn er durch uns erfährt, wie weit die heutigen Zustände von dem Ideal wirklicher Einheit entfernt sind.

Unser Kampf um Preußen ist mit eiserner historischer Notwendigkeit ein Kampf gegen den Partikularstaat, und unser Ausbäumen gegen die Dreiklassenmach eine Volksbewegung für deutsche Freiheit und Einheit!

Fürsorgeerziehung, Jugendpflege, Kinderchutz.

2 1/2 Millionen Mark hat die preussische Regierung übrig für die staatliche „Jugendpflege“, d. h. für die Erziehung der Jugend zu mütterlicher und hurrapatriotischer Gesinnung. Wieviel Elend könnte man beseitigen, wenn ein auch nur annähernd so hoher Betrag zum Schutze der Kinder, namentlich der unehelichen Kinder, bereit gestellt würde! Aber dafür haben die geizgeberischen Körperchaften Preußens keine Mittel zur Verfügung.

Und doch lehrt ein Blick in die Fürsorgeerziehungsstatistik, wie notwendig es wäre, durch Besserung der sozialen Verhältnisse die Kinder vor Verwahrlosung und Verelendung zu schützen. Hätten doch nach der letzten Statistik von den Fürsorgezöglingen nicht weniger als 3885 oder 42,7 Proz. bereits vor dem 14. Lebensjahre den Vater oder die Mutter oder beide Eltern verloren! Bei 10,4 Proz. von ihnen hatte der eine Elternteil die Kinder im Stich gelassen. Rechnet man dazu noch die 1288 unehelich Geborenen, die meist die Wohltat einer geordneten Erziehung im Elternhause entbehren mußten, so sind 56,4 Proz. aller Heberwiesenen vor der Übernahme in die Fürsorgeerziehung fremder Obhut anvertraut oder teilweise auf sich selber angewiesen gewesen.

Diese Zahlen sprechen für sich selbst, sie zeigen uns, wo der Hebel anzusetzen ist. Anstatt über die zunehmende Verwahrlosung und Verrohung der Jugend zu klagen, anstatt Millionen und Abermillionen hinauszuwerfen, um die Jugend vor der Verührung mit der Sozialdemokratie zu bewahren und ihnen eine staatlich approbierte Gesinnung einzutrichtern, sollten Regierung und Landtag sich endlich dazu aufraffen, ihre Pflicht gegen die unglücklichen Opfer der heutigen Gesellschaft zu erfüllen.

Der Staat sollte sich der elterlosen und der unehelichen Kinder annehmen, er sollte die Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung schützen. Aber was tut er statt dessen? Gerade die Partei, die den Kinderschutz auf ihre Fahne geschrieben und aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln dieses ihr

Ideal in die Wirklichkeit umzusetzen versucht hat, wird auf Tritt und Schritt verfolgt, ihre Arbeit wird ihr auf jede nur denkbare Weise erschwert! Die bürgerliche Gesellschaft kümmert sich um die Kinder nicht, solange sie nicht mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt geraten sind. Erst wenn sie ein Verbrechen begangen haben, erinnert sie sich plötzlich ihrer Pflicht, dann steckt man die unglücklichen Geschöpfe in Fürsorgeerziehungsanstalten, die mit hohen Kosten erbaut und unterhalten werden. Dann aber ist es gewöhnlich zu spät. Die Kinder werden nicht gebessert, sondern die in ihnen schlummernden schlechten Eigenschaften werden durch die Verührung mit anderen sittlich bereits verwahrlosten Zöglingen erst voll entfaltet und das meist völlig ungenügend ausgebildete und seiner Aufgabe nicht gewachsene Erziehermaterial trägt das Uebrige dazu bei, um die jugendlichen Personen für die Verbrechenslaufbahn vorzubereiten.

Dazu kommt, daß die Erziehung der Fürsorgezöglinge selbst weniger auf die Heranbildung eines körperlich und geistig gesunden Geschlechts gerichtet ist, das den Kampf um das Dasein aufzunehmen imstande ist, als vielmehr auf die religiöse Unterweisung. Bestimmt doch das Gesetz ausdrücklich, daß im Falle der Anstaltsberziehung der Zögling soweit als möglich in einer Anstalt seines Bekenntnisses unterzubringen ist, und daß im Falle der Familien-erziehung der Zögling mindestens bis zum Ausschören der Schulpflicht in einer Familie seines Bekenntnisses untergebracht werden muß. Und in den Ausführungsbestimmungen heißt es:

„Der Zögling ist, soweit irgendmöglich, in einer Anstalt seines Bekenntnisses unterzubringen. Ist eine solche Anstalt, die zugleich den Aufgaben der Fürsorgeerziehung gewachsen ist, im Bezirke des verpflichteten Kommunalverbandes nicht vorhanden, so ist die Unterbringung in einer geeigneten Anstalt im Bezirke eines anderen Kommunalverbandes anzustreben. Wählt sich die Unterbringung eines Zöglings in einer geeigneten Anstalt seines Bekenntnisses nicht ermöglichen, so ist der Religionsunterricht und die regelmäßige Teilnahme am Gottesdienste nach den Ordnungen seines Bekenntnisses sicherzustellen. Diese Bestimmungen finden auch auf die in der Lehre oder im Besindebetriebe untergebrachten Zöglinge sinngemäße Anwendung.“

Unter diesen Umständen kann man sich über die geringen Erfolge, um nicht zu sagen Mißerfolge, der Fürsorgeerziehung nicht wundern. Die 12 1/2 Millionen, die dafür im Jahre 1911 vom Staat und von Kommunalverbänden ausgegeben sind, sind zum guten Teil fortgeworfen. Würde man vorwegende Maßnahmen ergreifen, wie es die Sozialdemokraten fort und fort im Parlament und außerhalb desselben verlangt haben, dann würde man auch nicht annähernd soviel Geld gebrauchen und trotzdem weit bessere Resultate erzielen. Aber zu einer so sozialen Tat kann sich das Dreiklassenparlament unter der Herrschaft der Junker und Pfaffen nicht entschließen. Erst wenn der Einfluß dieser Parteien gebrochen und Preußen ein wirklicher Kulturstaat geworden ist, ist auch auf diesem Gebiet eine Besserung möglich.

Aus Preußens Haushalt!

Dem Etat der Junkerdomäne Preußen für 1913 entnehmen wir folgende, das Wesen dieses Staates kennzeichnende Zusammenstellung:

	Dauernde Ausgaben in Mark
Rente des Staatsoberhauptes	17 719 296
Renten und Entschädigungen an Fürsten und Landesherren	1 806 928
Spargenen und andere Renten	316 207
Geldbesitzverwaltung	10 591 682
Erbschaftsteuer	429 210
Pollsteuern	83 375 637
Summa	114 241 955
Kunst und Wissenschaften	8 470 515
Medizinalwesen	5 632 191
Summa	14 102 709

Für Polizei, Fürsten und Pferde gibt Preußen fast achtmal so viel aus wie für die Pflege von Kunst, Wissenschaft und das Gesundheitswesen zusammengekommen!

Der Dritte im Bunde.

Ueber die nationalliberal-konservative Verbrüderung in Hannover-Linden haben wir bereits berichtet. Jetzt ist auch als Dritter in diesem „feinen“ Bunde das Zentrum auf den Plan getreten, um den bisherigen Abgeordneten für Linden, den Genossen Weinert, bei der bevorstehenden Landtagswahl zur Stütze zu bringen. In einer dieser Tage veranstalteten Zentrumsversammlung erklärte nämlich der Vorsitzende, Geheimrat Regierungsrat Terreg, „daß der Vorstand des Zentrums wahlvereins nach persönlicher Rücksprache mit dem von der nationalliberalen Partei aufgestellten Kandidaten und genauer Feststellung der in Betracht kommenden Verhältnisse sich entschlossen habe, der Kandidatur beizutreten zum Zwecke der Beseitigung des bisherigen sozialdemokratischen Vertreters.“

Dieser Beschluß der Zentrumsparlei ist kennzeichnend für die in dieser Partei maßgebenden Anschauungen. Ohne durch die allgemeine politische Konstellation oder durch besondere örtliche Verhältnisse dazu gezwungen zu sein — das Zentrum hat im Lindener Wahlkreise nur

Die Insertions-Gebühr

Befragt für die sechsgehaltene Annoncen-zeile oder deren Raum 60 Wg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Reformvereine 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Wg. gültig für 2 festgesetzte Worte, jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenanzeigen und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 30 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Sperrzeile für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse „Sozialdemokrat Berlin“.

Einfluß auf einen Bruchteil der Arbeiterbevölkerung — tritt es freiwillig auf die Seite der schlimmsten Vorkämpfer, um die seinem Einfluß zugänglichen Arbeiterwähler gegen die Sozialdemokratie ins Feld zu führen. Das ist ein um so schlimmeres Schindluderreiben mit den Arbeiterinteressen, als der national-liberal-konservative Einigungsstand als Fabrikdirektor ein erklärter Gegner aller selbständigen Arbeiterbewegung und Organisation ist. Ob die katholischen Arbeiter diesen modernen Seelenhandel widerspruchslos mitmachen werden, ist allerdings eine andere Frage.

Die Gefahrenquelle Oesterreich.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Es ist wirklich höchste Zeit, daß man sich im Reiche über die wahre Beschaffenheit des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn Gedanken zu machen beginnt. Der Sinn dieses Bündnisses ist sehr einfach: die zwei Staaten sollen danach einander „beistehen in Not und Gefahr“. Aber die Frage ist nicht abzuweisen, wer von den beiden Staaten leichter in Not geraten könne, wer also den Beistand des anderen eher anrufen wird, wenn der Bestand des anderen dringender und notwendiger ist. Das ist, da ein Bündnis für die Beteiligten nur dann gefund ist, wenn es für beide Teile ein annähernd gleiches Maß von Pflichten einschließt, natürlich keine gleichgültige Sache. Wenn sich zwei Staaten verbünden, einander im Kriegsfall beizustehen, so muß, wenn das Bündnis nicht für den einen Teil eine zu schwere Belastung erheben soll, die Kriegsgefahr für beide Teile in einem gewissen Maße die gleiche sein; denn sonst hätte der weniger gefährdete Staat mit dem Bündnis, das er doch schließt, um sich gegen Gefahren zu schützen, um Gefahren vorzubeugen, nur eine neue Gefahrenquelle erworben — mit dem Bündnis sich weit mehr Pflichten aufgelastet, als ihm das Bündnis Vorteile verschafft. Ist die Stellung des Deutschen Reiches in dem Bündnis mit Oesterreich vielleicht diese undankbare und gefährliche Stellung?

Das Bündnis hat Bismarck geschlossen nicht aus Vorliebe für Oesterreich — das sagen schon die kühlen und rechnenden Bemerkungen in seinen Gedanken und Erinnerungen über dieses Reich recht deutlich —, und auch ganz bestimmt nicht aus Abneigung gegen das zarische Rußland, dem der preussische Junker vielmehr sein Lebenlang eine starke, aus dem Herzen kommende Zuneigung bewahrte. Der Grund, daß sich Bismarck von der „turnhoben Freundschaft“ zwischen Berlin und Petersburg abkehrte und dem katholischen Oesterreich zuwandte, war einfach die Erwägung, daß Deutschland von Rußland eine Gefahr drohe, daß das Reich von Rußland angegriffen werden könne, gegen welchen Krieg sich Deutschland, da der Angriff von Osten den von Westen automatisch auslösen würde, um einen Bundesgenossen umsehen müsse. Ein Angriff von Seiten Oesterreichs steht aber nach der geschichtlich unumwundenen Auseinandersetzung um die Vorherrschaft in Deutschland und nach der immer weiter fortschreitenden Slavisierung der Donaumonarchie außerhalb aller Möglichkeit; weshalb sich das Bündnis mit Oesterreich als die aus der geschichtlichen und geographischen Laie natürlichste Folge ergab.

So betrachtet, war das Bündnis mit Oesterreich für das Reich eine unabweisbarste Verstärkung seiner Sicherheit; wie es die Schwärmer für dieses Bündnis mit Oesterreich auszuzeichnen pflegen: damit werden für die Sicherheit des Deutschen Reiches auch die Millionen Oesterreicher Nichtdeutscher zur Wehr herangezogen. Vor einem Menschenalter standen die Dinge tatsächlich so, daß Oesterreich-Ungarn keinen Feind in Europa hatte — von seinen geschichtlichen Gegnern, den Preußen und den Italienern, war es ja schon besiegt worden — wegen des jungen Reichs immer mit dem „Erbfeind“ und dazu noch mit Rußland zu rechnen hatte.

Hat sich aber die Sachlage seither vielleicht geändert? Ist Oesterreich auch heute ein so ungefährdeter Staat, oder ist es nicht am Ende so, daß die Gefahrenquelle, aus der der europäische Weltkrieg entstehen könnte, immer deutlicher dieses Oesterreich-Ungarn wird.

Während der letzten Monate des Balkankrieges wurde recht oft über den europäischen Krieg gespottet, der entbrennen solle wegen des Konflits Provaska, wegen des Hafens Durazzo, wegen Skutari; nun der Spott ist uns vergangen. Wir wußten ja auch immer, daß diese „Kriegsanlässe“ gewissermaßen nur ein Gleichnis seien, daß sie nur der Ausdruck dafür seien, daß sich Oesterreich-Ungarn in einen Krieg aus Furcht vor der Zukunft stürzen könnte. Diese Furcht, die Oesterreichs Haltung während des Krieges ganz ausschließlich bestimmt hat, ist die Furcht vor dem größeren Serbien. Alle die krasen Forderungen, die Oesterreich für die Neuordnung auf dem Balkan als angebliche Notwendigkeiten seines eigenen Lebens dargestellt hat: zuerst die Forderung nach Erhaltung des Status quo, dann die Forderung nach dem türkischen Sandjhal, später die, daß Serbien der Zugang zum Meere verweigert werde, und schließlich die nach dem selbständigen Albanien, wobei man die Hausmacht, deren Rolle es im Laufe der Geschichte immer war, dem nationalen Entwicklungsdrange entgegenzutreten, in der ungewohnten Rolle der Befreierin einer Nation erblickte: alle diese Forderungen haben ihre alleinige Ursache in der Furcht des Nationalitätenstaates vor dem größeren Serbien, von dem es vermeint, daß es auf die eigenen Serben, auf die Serben, die in den vier Staaten Oesterreich-Ungarns zerstreut wohnen und darum ihrer nationalen Zusammenfassung beraubt sind, eine unübersteigliche Anziehungskraft üben könnte.

Schon das zeigt, daß die Gefahren, die Oesterreich bedrohen, ganz andere Gefahren sind, als die, vor denen andere Großstaaten stehen. Wie immer man die angeblichen Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen Deutschland und England, zwischen Deutschland und Rußland einschätzen möge; daß es nur Gegensätze zwischen schmalen Schichten der Völker sind, zwischen Schichten, die ihre zahlenmäßige und intellektuelle Unbedeutendheit durch schamlose Vordringlichkeit wettzumachen suchen, kann wohl nicht bestritten werden.

Mit Oesterreich steht es anders, und steht es darum ungleich gefährlicher. Es gibt nämlich keinen Staat in Europa, der solche Schwierigkeiten zu überwinden hätte, wie es die sind, mit denen der Staat Oesterreich-Ungarn belastet ist. Denn alle anderen Staaten haben es im Wesen nur mit den Fragen zu tun, die aus der gesellschaftlichen Entwicklung entspringen; Oesterreich steht aber ständig vor der Frage seines Seins als Staat. Nun werden diese Schwierigkeiten durch die Unernunft des Oesterreichischen Regierens noch gesteigert aber ihren Ursprung haben sie natür-

lich in der unüberwindlichen Tatsache, daß Oesterreich nicht der Staat einer Nation ist, in der Tatsache des Nationalitätenstaates, der so viele Nationen zusammenfaßt, Nationen überdies, die einander in allem und jedem feindlich gegenüberstehen, der aber unvermeidlich ist, sie zu einer Einheit zusammenzufassen. Und da von den Nationen, die Oesterreich in seinen Verband zwingt, nicht wenige außerhalb Oesterreichs zu einem ansehnlichen Nationalstaat vereinigt sind, so ist es nicht überraschend, daß Oesterreich-Ungarn in der Welt auf mannigfache und harte Feindschaften stößt. Es gibt eben nicht wenige Staaten, die verneinen, sich in Oesterreich auf legitime Weise bereichern zu können. Deshalb sind die politischen Gegnerstaaten und Feindschaften, die Oesterreich bedrohen, anderer Art, sind der besonderen Art, daß sich jede auf „unerlöste Brüder“ berufen und deren „Erlösung“ als Vorwand verkündigen kann.

Oesterreich könnte diesen Bestrebungen, die ja auch in Staaten lebendig sind, mit denen es verbündet ist, und von denen es wähnt, an ihnen besonders treue Fremde zu besitzen (Italien und Rumänien!), natürlich spotten, wenn ihnen ein fester Zusammenhalt der in dem Oesterreichischen Verband zusammengedrängten Nationen entgegenstände. Aber wie es um diesen Zusammenhalt steht, weiß jeder.

Oesterreich wird also, als der Staat, der nationales Gut vorenthält, an sehr vielen Punkten der europäischen Welt gehaßt; und es befindet sich daher eigentlich in ständiger Kriegsgefahr, in der Gefahr, daß sich die inneren Aspirationen der Staaten, die sich auf „unerlöste Brüder“ in Oesterreich und in Ungarn berufen können, zu einem konzentrischen Angriff verdichten. Während alle Grenzen in Europa mehr minder bereinigt sind, während die aus dem Drange nach nationaler Zusammenfassung ersiehenden Gegensätze so ziemlich zum Ruhen gekommen sind, erscheint Oesterreich-Ungarn einer ganzen Reihe von Staaten als eine „Frage“, wird es darum zu der eigentlichen Gefahrenquelle, die den europäischen Frieden bedroht.

Es hat sich also so nach und nach das Verhältnis, das zu dem Bündnis geführt hat, von Grund aus geändert; es stehen nicht mehr Hunderttausende nichtdeutsche Soldaten parat, um die Sicherheit des Deutschen Reiches zu bewachen, sondern es können die deutschen Soldaten marschieren müssen, um die Sicherheit Oesterreichs zu schützen, welches Oesterreich nur ein derart weltfremder Herr, wie Herr von Bethmann Hollweg, als einen „germanischen Staat“ ansprechen wird. Und die Gefahr, daß sie darum marschieren müssen, ist heute schon mehr als eine hypothetisch erklügelte Möglichkeit.

Daraus ist vor allem der Schluss zu ziehen, daß das Deutsche Reich seinem Bundesgenossen die Tugend empfehlen sollte, die ihm die dringlichste ist, die ihm aber am meisten gebricht. Und die heißt Bescheidenheit. Es ist ein wahres Lebensinteresse für Oesterreich, sich zu bescheiden und den Prozeß der Einordnung und Assimilierung seiner vielen Nationen, der ohnedies so schwach ist, nicht durch immer neue Annexionen und Interessensbehörden, durch das Ubergreifen über seine staatlichen Möglichkeiten von neuem zu stören und aufzuhalten. Man braucht nur an Bosnien und die Herzegovina zu denken, die fünfundsiebzig Jahre zum „Reich“ gehören und noch immer nur Kolonien sind; man hat sie annektiert und die Souveränität auf sie „erstreckt“, aber von einer innerlichen Einverleibung und Verknüpfung ist keine Rede. Während aber nun seine Lebensbedingungen Oesterreich zur Bescheidenheit auffordern und das besonnene Beschränken ihm zur Pflicht machen, gibt es keine Großmacht, die so große Kosten im Kopfe hätte wie die schwärzgelbe. Die Einbildung ist in den Köpfen geblieben, wenngleich die Zeit, da im Reiche der Hausmacht die Sonne nicht unterging, beträchtlich lange vorüber ist. Oesterreich liefert der Welt Anlässe zu Feindschaften genug; es ist nämlich nicht notwendig, daß sie durch Großmannstucht noch vermehrt werden. Und das zumindest darf sein „Bundesbruder“ von ihm verlangen.

Keine Skuptschinafizierung.

Cetinje, 9. Mai. Die Einberufung der Skuptschina, der die Frage von Skutari unterbreitet werden sollte, ist durch das Nachgeben Montenegros in dieser Frage überflüssig geworden. Die Skuptschina wird durch einen königlichen Ulaß, den das neue Kabinett unterzeichnet wird, vertagt werden. Der König hat alle Mitglieder der Skuptschina bei sich im Schlosse empfangen und ihnen die Gründe für das Nachgeben Montenegros auseinandergesetzt.

Das Ergebnis des Krieges, sagte der König, ist nun, daß die Serben von türkischen Joch befreit worden sind. Das letzte Wort über das türkische Reiches war Skutari, das gleichfalls fiel. Aber die Mächte erhoben dagegen Einspruch, daß es bei Montenegro bleibe. Rußland riet uns zur Unterwerfung unter den Willen Europas, der verlangte, daß Skutari den Mächten übergeben werde. Montenegro konnte sich dieser Forderung zunächst nicht fügen. Infolgedessen ergriff Europa Maßnahmen gegen Montenegro. Serbien wurde mit Zwangsmaßnahmen bedroht für den Fall, daß es seine Montenegro zu Hilfe gesandten Truppen nicht zurückziehe. Allein geblieben, mußte Montenegro im Interesse des Weltfriedens und im Interesse der Existenz des Landes nachgeben. So erwiderte es auch dem Serbentum einen Dienst. Rußland, Serbien, in der letzten Zeit auch Griechenland empfahlen eindringlich nachzugeben.

Die Ausführungen fanden lebhaftest Zustimmung.

Brand in Skutari.

Cattaro, 9. Mai. Die im Auslande verbreiteten Meldungen, wonach Skutari in Flammen stünde, sind stark übertrieben. Allerdings hat im großen Bazar eine Feuersbrunst gewüthet, bei der große Vorräte an Teppichen, Seidenstoffen, Silber-, Gold- und Galanteriewaren zerstört worden sind.

Die bevorstehende Uebergabe Skutaris.

Cetinje, 9. Mai. Die montenegrinische Regierung hat ihrem Vertreter in San Giovanni di Medua den Auftrag erteilt, der Forderung des britischen Admirals betreffend den Zug und die Modalitäten der Uebergabe Skutaris zu entsprechen. Ein Einverständnis über diese Punkte dürfte bereits erzielt worden sein. Die Vertreter der Mächte in Cetinje sind von der montenegrinischen Regierung hiervon verständigt worden.

Die Einstellung der Feindseligkeiten.

Konstantinopel, 9. Mai. Amlich wird bestätigt, daß die Porte im Einvernehmen mit den Mächten den Befehl zur Heimbeförderung der türkischen Truppen aus Albanien gegeben hat. Wie mitgeteilt wird, hat eine gemischte Kommission von türkischen und bulgarischen Offizieren mit den Verhandlungen bezüglich Absetzung der künftigen, von Vidia nach Enos führenden türkisch-bulgarischen Grenze begonnen. Die gleiche Kommission bespricht sich mit den Modalitäten für die Absetzung.

Politische Uebersicht.

Wieviel könnte das Deutsche Reich Erbschaftsteuer erhalten?

Die kürzlich veröffentlichte Statistik über die Reichserbschaftsteuer für 1911 gibt einige Anhaltspunkte zur Beantwortung der Frage, wieviel man aus einer allgemeinen Erbschaftsteuer, die sich auch auf die direkten Abstammlinge ausdehnt, erhalten könnte. 1911 brachte die Erbschaftsteuer 55,88 Millionen ein. Davon entfallen auf Preußen 31,92 Millionen oder 56,9 Proz.

Das Reichserbschaftsteuergesetz macht bekanntlich den Agrariern verschiedene Konzeptionen. Nach dem § 15 des Gesetzes wird ein Viertel des auf das landwirtschaftliche Grundstück einschließliche Gebäude entfallenden Steuerbetrages nicht erhoben. Außerdem tritt Befreiung von der Steuer für Eltern, Geschwister, sowie Abstammlinge ersten Grades von Geschwistern ein, falls im Laufe der dem Anfall vorübergehenden fünf Jahre die Grundstücke Gegenstand eines nach diesem Gesetze steuerpflichtigen Erwerbes geworden sind, und, wenn der frühere Steuerfall nicht über zehn Jahre zurückliegt, wird die Steuer auf die Hälfte ermäßigt. Auf Grund dieses Paragraphen wurde den Landwirten 804 557 R. Steuer erlassen, darunter den preussischen 448 165 R.

Im Jahre 1911 wurde ein Vermögen von 933,60 Millionen besteuert, von dem 55,88 Millionen Steuer erhoben wurde. Die Steuer beträgt also im Durchschnitt 5,9 Proz. vom Vermögen. Das besteuerte Vermögen setzte sich folgendermaßen zusammen:

	Landwirtsch. Grundverm.	sonstige Grundverm.	sonstiges Vermögen	Bewegliches Vermögen	Abzüge
Reich	60,22	128,47	608,69	87,85	115,9
Preußen	39,21	83,61	306,74	17,55	69,9

Die Abzüge der Verbindlichkeiten machten bei den landwirtschaftlichen Grundstücken 12,50 (in Preußen 8,3) und bei den übrigen Grundstücken 43,59 (in Preußen 29,9) Millionen Mark aus. Das besteuerte landwirtschaftliche Vermögen stellt sich also bloß auf 6,9 Proz. des gesamten vererbten Vermögens. Dagegen bildet das zinstragende Vermögen, das Finanzkapital, mehr als zwei Drittel der Gesamtsumme. Die Erbschaftsteuer trifft somit das mobile Kapital relativ am stärksten.

In Preußen war ein Vermögen von 467,10 Millionen steuerpflichtig. Davon entfallen auf die Vermögensgruppe von 500 bis 5000 R. 75,84 Millionen Mark. Zieht man diese Summe ab, verbleibt ein steuerpflichtiges Vermögen von 391,26 Millionen Mark. Das zur Vermögenssteuer herangezogene Vermögen betrug aber 104 064,99 Millionen Mark, von dem also das ererbte Vermögen nur 0,87 Proz. ausmacht.

Zieht man aber das Vermögen der Verstorbenen, die nur ein Vermögen von 5000 bis 6000 R. besaßen ab, und bedenkt man, daß das zur Ergänzungssteuer herangezogene Vermögen nicht genau erfasst wird, so kann man annehmen, daß das der Erbschaftsteuer unterliegende Vermögen nicht mehr als 0,3 Proz. des Vermögens der preussischen Jeniten ausmacht.

In Wirklichkeit findet aber jährlich ein Erbwchsel von rund 3 Proz. statt, so daß man einen zehnmal höheren Steuerertrag erhalten könnte, wenn auch die Kinder, Ehegatten und deren Nachkommen zur Erbschaftsteuer herangezogen würden.

Die Erbschaftsteuer brachte in Preußen 31,92 Millionen ein, davon entfallen auf die Vermögensgruppe von 500 bis 10 000 R. 8,56 Millionen. Die übrigen Erbschaften brachten somit in Preußen 24,7 Millionen ein. Im Reich entfallen auf die Erbschaften über 10 000 Mark rund 44 Millionen Mark. Da aber, wie wir sahen, dieser Ertrag fast verzehnfacht werden würde, wenn man eine allgemeine Erbschaftsteuer eingeführt hätte, so würde das Reich aus der Erbschaftsteuer mehr als 400 Millionen erhalten können.

Man sieht, wie das Besitzsteuerproblem einfach gelöst werden könnte, wenn bei den Besitzenden nur der nötige gute Wille vorhanden wäre.

Medienburgische Verfassungsschmerzen.

Der zur Lösung der kuriosen medienburgischen Verfassungsfrage einberufene medienburgische Landtag hat sich bereits wieder vertagt, nachdem er zur Verhandlung mit den großherzoglichen Kommissaren eine aus neun Rittergutsbesitzern und neun Bürgermeistern bestehende Kommission eingesetzt. Jedoch ist die Vertagung nur erfolgt, damit die großen Geisteskräfte des medienburgischen Landtages im Kreise ihrer Angehörigen, ungehindert durch die schweren Regierungsvorgänge, das Pfingstfest feiern können. Nach Pfingsten will sich der Landtag wieder versammeln und den Aushandel nach den väterlichen Traditionen fortsetzen. — Die inzwischen stattfindenden Kommissionsverhandlungen finden natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Vielleicht kommt doch diesmal nach langem Geschwätz eine Art mittelalterlicher Verfassung zustande, denn die Landtage, das heißt die Bürgermeister der Städte, sind größtenteils zum Umfallen bereit. Ihre maßliberale Widerstandskraft ist bis auf ein lärgliches Minimum zusammengeschrumpft. Von den fortschrittlichen Bürgermeistern wurden die meisten nicht wieder in die Kommission gewählt. Und in der Ritterschaft zeigt sich ebenfalls Neigung, die Schweriner Vorlage anzunehmen, wenn die Strelitzer Regierung, welche einen besseren Entwurf herangebracht hat, diesen dem Schweriner anpassen, d. h. verschlechtern würde.

Vom badischen Großblock.

Aus Mannheim wird uns geschrieben: Wenn die zwischen den Vorländern der badischen Fortschrittler und Nationalliberalen über die Verteilung der Mandate bei den nächsten Landtagswahlen getroffenen Vereinbarungen die Zustimmung der nationalliberalen Landesversammlung finden — woran nicht zu zweifeln ist — so ist ein Großblock für den ersten Wahlgang unmöglich und für den zweiten Wahlgang unwahrscheinlich geworden.

Nach dem Abkommen werden die vertragsschließenden Parteien sich gegenseitig ihre Mandate garantieren; ausgenommen sind die zwei Mannheimer Sitze, von welchen der, den die Nationalliberalen inne haben, sicher von den Sozialdemokraten erobert wird. Der Kampf zwischen Nationalliberalen und Fortschrittler wird sich demnach nur um den einen Mannheimer Sitz drehen, den die letzteren inne haben. Die Fortschrittler werden die Unterstützung der Nationalliberalen, außer in den sechs Kreisen, die sie — mit Ausnahme des einen Mannheimer Kreises — jetzt in Besitze haben, in sieben Kreisen gegen uns erhalten und zwar: Borsach-Stadt, Karlsruhe-Land, Stadt Karlsruhe I, Durlach-Land, Heidelberg Wiesloch, Heidelberg Eberbach und Schwetzingen.

In sieben Kreisen soll den Fortschrittler die nationalliberale Unterstützung gegen das Zentrum zu teil werden. In den noch verbleibenden 47 Kreisen, die Mannheimer fünf ausgenommen, sollen die Fortschrittler die Nationalliberalen unterstützen. Hieron befinden sich in unserem Bezirke die Kreise: Schopfheim, Lörrach-Land, Karlsruhe II und Karlsruhe III, Freiburg, Lahr, Forstheim-Stadt, Forstheim-Land, Durlach-Stadt, Durlach-Land und Mannheim-Land. Da wir von diesen elf Kreisen bei der letzten Wahl sechs im ersten Wahlgange eroberten, so dürften die nationalliberalen Räume

Gewerkschaftliches.

Unternehmerrache.

Bei der Firma Kaffee-Schwarztopf in Wildau hörte vor einiger Zeit ein Arbeiter M. auf eigenen Wunsch auf. Als er bei Schwarztopf (Lokomotivfabrik) um Arbeit anfragte, wurde ihm bedeutet, daß er warten müsse. Auf Anfrage bei den Kaffee-Schwarztopf-Werken muß wohl eine schlechte Auskunft über ihn gegeben worden sein, denn man bedeutete dem Arbeitssuchenden, daß man für ihn keine Beschäftigung habe. Wenige Tage darauf wurde dem M. durch den Meister der Essigfabrik, ebenfalls in Wildau, Mitteilung, er solle am anderen Morgen sofort kommen, er könne anfangen. Als er aber die Papiere der Firma Kaffee in der Tasche hatte, erklärte man ihm, daß man doch erst anfragen müsse. Am anderen Tage wurde seine Einstellung verweigert. Der Arbeiter wartete nun den Direktor Dr. Griehmann der Kaffee-Werke persönlich ab und bat ihn um eine kurze Aussprache, die ihm auch gewährt wurde. Auf die Anfrage des Arbeiters, ob der Herr Direktor der Essigfabrik eine schlechte Auskunft über ihn erteilt habe, wurde ihm zur Antwort: „Sie waren aktives Mitglied beim Streik und in der Streikkommission und dies habe ich der Essigfabrik mitgeteilt. Im übrigen haben Sie uns damals bei dem Streik mitgespielt und jetzt machen wir es ebenso.“

Der so Beschiedene ging darauf nochmals zum Direktor der Essigfabrik und dort wurde ihm gesagt, daß Herr Dr. Griehmann ausdrücklich gebeten habe, ihn nicht einzustellen, da er „ein sozialdemokratischer Hege“ sei. In einer überfüllten Betriebsversammlung der beiden Schwarztopf-Werke in Wildau, einberufen vom Deutschen Metallarbeiterverband, kam dieser Fall neben anderen Dingen zur Sprache. Herr Dr. Griehmann war zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen, aber nicht erschienen. Er ließ sich durch seine gelben Schäflein vertreten. Die Empörung der Anwesenden über einen solchen krassen Fall von Unternehmerrache konnte freilich das Auftreten der Gelben nur verschärfen. Auch der Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften beurteilte in längeren Ausführungen die Handlungsweise des Herrn Direktors Dr. Griehmann. Der Referent des Abends, Genosse Börenbeck, kennzeichnete im Schlußwort das Gebaren der Gelben, die derartige zu verteidigen wagten. In einer Resolution mißbilligte die Versammlung einstimmig das Verhalten des Direktors Dr. Griehmann. Die gelben Verteidiger des Herrn hatten es vorgezogen, den Saal vorzeitig zu verlassen.

Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß die Versammlung, deren Verlauf den Herrn Direktor vielleicht über die Wahrheit des Sprichwortes belehrt: „Der Wind fäet, wird Sturm ernten!“

Berlin und Umgegend.

Von der Tarifbewegung im Gipsbaugewerbe.

Mit dem bisherigen Ergebnis der Tarifverhandlungen im Gipsbaugewerbe beschäftigte sich am Donnerstag, den 8. Mai, eine namentlich für Kabinenmacher, Träger, Spanner usw. einberufene Mitgliederversammlung der Sektion der Gips- und Zementindustrie (Gipsbaubranche) des Bauarbeiterverbandes (Zweigverein Berlin). Herr H. A. erklärte den Bericht über den Gang der Verhandlungen mit den Vertretern des Betonvereins, des Unternehmerrates, der der Vertragskontrahent in der Gipsbaubranche ist. In vier Sitzungen wurde über die Forderungen verhandelt. Die Unternehmer zeigten sich ablehnend gegenüber verschiedenen Forderungen. Namentlich die Verkürzung der normalen Arbeitszeit von 8 1/2 auf 8 Stunden lehnten sie ab. Sie wollen sogar die eine Stunde, um die des Sonnabends früher Feierabend ist, im Gegensatz zum bisherigen Tarif nicht mehr bezahlen. Dagegen machten sie Vorschläge für eine andere Einteilung der üblichen Arbeitszeit für das Winterhalbjahr (Perioden mit 8 1/2, 7 Stunden), während etwa vom 1. Februar bis zum 1. Oktober die 8 1/2stündige Arbeitszeit gelten soll. Es wurde den Herren bedeutet, daß die von ihnen vorgeschlagene Einteilung durchaus nicht als eine Verkürzung der Arbeitszeit in dem Sinne, wie sie die Arbeiter forderten, angesehen werden könne, sondern daß eine solche den Sommer mit umfassen müsse. Auch noch in der letzten Sitzung blieben die Unternehmer hinsichtlich der Arbeitszeit bei ihrem oben blizierten Standpunkt, einschließlich ihrer Absicht auf Entziehung der bisherigen tariflichen Vergünstigung, wonach bis jetzt die eine, des Sonnabends wegfallende Stunde bezahlt wird. Der Wegfall der Vergütung für die eine Stunde ist natürlich gleichbedeutend mit einer Lohnreduzierung. Was die Stundenlöhne angeht, so wollten die Unternehmer erst gar keine Erhöhung der Mindestlöhne zugestehen. Schließlich ließen sie sich aber herbei, eine Erhöhung von 4 Pfennig pro Stunde zuzugestehen, wie es bei den Maurern zugestanden ist, nämlich um 2 Pf. ab 1. August 1913 und um weitere 2 Pf. ab 1. Oktober 1914. Eine Tarifierung von vorkommenden Akkordarbeiten, die versucht worden war, lehnten die Unternehmer ab. Nach ihrer letzten Entschliessung soll die Frage der Akkordarbeit kein Streitobjekt sein. Abgelehnt wurde, die Löhne der Hilfsarbeiter denen der Wasserträger gleichzustellen, nämlich mit 60 Pf. pro Stunde. Der Passus über die Laufzeit, den die Unternehmer erst streichen wollten, soll im Vertrage bestehen bleiben.

Die Versammlung lehnte einstimmig die Vorschläge der Unternehmer ab, nachdem sie vorher schon beschlossen hatte, daß das mindeste für einen friedlichen Ausgleich wäre: Erstens das Zugeständnis der Lohnzulage von 4 Pf. für Stundenlöhne in der Art, wie bei den Maurern, also 2 Pf. ab 1. August 1913 und weitere 2 Pf. ab 1. Oktober 1914; zweitens dabei die Beibehaltung des Tarifvertrages in der bisherigen Form, also mit der Vergütung der einen Stunde, um die des Sonnabends die Arbeit früher beendet wird. Die Versammelten gingen nach den abgegebenen Erklärungen davon aus, daß, wenn sie sich auf der Grundlage, wie die Maurer usw., einigen sollen, auf der anderen Seite kein Lohnabzug erfolgen dürfe, wie er in der von den Unternehmern immer noch geplanten Entziehung des Entgelts für die erwähnte Stunde am Sonnabend zu erblicken ist. — Die Entschliessungen der Versammlung bedeuten im Verein mit den von Hesse u. a. abgegebenen Erklärungen, daß die Verhandlungskommission beauftragt wird, mit dem Betonverein auf Grund der Stellungnahme der Versammlung weiter zu verhandeln. Man rechnet noch auf eine friedliche Lösung. Eventuell soll das Einigungsamt angerufen werden. — Nach einer Vereinbarung mit den Unternehmern gilt bis zur endgültigen Erledigung der Verhandlungen der bisherige Tarif weiter.

Streik in der Berliner Mühlenindustrie.

Der Streik in der Schüttmühle und der Berliner Dampfmühlens-Mietersgesellschaft (Verfeinermühle) dauert unverändert fort. In einer Versammlung der Streikenden wurde beschlossen, Standhaft im Streik zu verharren, bis die Forderungen der Streikenden bewilligt sind. Diese beiden Betriebe sind für organisierte Arbeiter gesperrt. Zugang ist strengstens ferngehalten. Mit der Berliner Viktoriamühle ist ein Tarifvertrag von zweijähriger Dauer abgeschlossen worden. Die Differenzen mit der Viktoriamühle sind hierdurch erledigt.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter Ortsverwaltung Berlin.

Verband der Maschinen- und Heizer Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Am zweiten Feiertage

sind in fast allen größeren Städten Deutschlands die Feiseurgeschäfte geschlossen. Für Berlin und Umgebung die gleiche Maßnahme in Anlehnung an § 41 b der Gewerbeordnung herbeizuführen, schickte an dem Verhalten sämtlicher am Ort bestehender Arbeitgeberorganisationen. Durch Tarifabschluss haben die gewerkschaftlich organisierten Gehilfen diesen Tag frei. Um den Tarifmeistern keinen Schaden erwachsen zu lassen und um dieser Reform zur Durchführung zu verhelfen, bitten wir, die Feiseurgeschäfte am zweiten Feiertag zu meiden.

Verband der Feiseurgehilfen, Zweigverein Berlin.

Deutsches Reich.

Der Streik in Oberschlesien von der polnischen Berufsvereinigung aufgehoben!

Kattowitz, 9. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Die Vertrauensmänner der polnischen Berufsvereinigung haben heute mit 74 gegen 26 Stimmen, bei vier Stimmenthaltenungen, beschlossen, nach den Feiertagen die Arbeit wieder aufzunehmen. Sojnski erklärte, es habe schwer gehalten, die Delegierten umzustimmen. Die Delegierten der Bergarbeiter sind über das Verlangen Sojnskis zum Abbruch des Streiks sehr erregt gewesen. Damit ist das Gelingen des Streiks entschieden. Wahrscheinlich werden die Bergarbeiter versuchen, auch weiterhin im Auslande zu verharren. Es ist zu erwarten, daß die Arbeiter in Einzelstreiks eintreten werden. Obwohl es nur eine Vergütung an Kräfte und Geld wäre und keine Ausfichten für ein Gelingen vorhanden sind, so ist dieser Ausgang aber zu erwarten.

Die ober-schlesischen Arbeiter, soweit sie nicht den freien Gewerkschaften angehören, kennen keine gewerkschaftliche Disziplin. Die Mitglieder der polnischen Vereinigung haben kein Vertrauen zu den Vorständen ihrer Berufsvereinigung. Die polnische Berufsvereinigung hat sich jedes Vertrauen selber verschert, weil sie den Kampf nur mit Haken führte. Von den 120 000 Bergarbeitern Oberschlesiens gehören dem Bergarbeiterverband nur 4000 an; die polnische Berufsvereinigung behauptet, 30 000 Mitglieder zu haben, davon habe sie 15 000 erst kurz vor dem Streik gewonnen, 70 000 bis 75 000 war die Höchstzahl der Streikenden, die drei Wochen ausgehalten haben, ohne eine nennenswerte Unterstützung zu erlangen. Die polnische Berufsvereinigung hatte vor dem Streik erklärt, auch die Inorganisierten zu unterstützen und nun haben ihre eigenen Mitglieder nur 3, 5 und 10 M. erhalten und dazu einen von für einen Liter Buttermilch. Redereien über Millionen aus England und Galizien zirkulierten. Der alte Bergarbeiterverband sollte der polnischen Berufsvereinigung eine halbe Million zur Verfügung gestellt haben. Noch vor einigen Tagen erklärte ein Redner der polnischen Berufsvereinigung, die Unternehmer haben schon alles bewilligt; nur schämten sie sich, ans Telefon zu kommen. Und mit solchen Phrasen versuchte die Berufsvereinigung die Bergarbeiter hinzuhalten.

Vor einigen Tagen fragte ein Beamter des Hirsch-Dunderschen Verbandes Sojnski, warum sie denn den Streik begonnen haben, wenn sie kein Geld besitzen. Da erklärte der Führer der streikenden Bergarbeiter, der Reichstagsabgeordnete Sojnski: „Wir haben geglaubt, in vier bis fünf Tagen wird alles erledigt sein, entweder dadurch, daß die Unternehmer liegen oder weil die am Kampf beteiligten Bergarbeiter von selbst aus dem Streik laufen.“ Von solchen Demagogien wurden die Bergarbeiter geführt, die da glaubten, durch einen dreitägigen Streik nur ihre Kassen zu füllen. Nun haben 75 000 Bergarbeiter drei Wochen Lohn verloren, für Kontraktbruch wird ihnen noch eine weitere Woche abgezogen. Erzürnen haben die Bergarbeiter nichts. Von der „Gewerkschaft“ Polnische Berufsvereinigung erhielten sie nur einen Buttermilchzettel. Die Bergleute sind die Betrogenen, weil sie den Agitatoren der Berufsvereinigung trauen.

Von den Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes waren nur 2500 beteiligt. Der Bergarbeiterverband beschränkte sich nur darauf, überall dort, wo die Mitglieder der polnischen Berufsvereinigung die Arbeit niederlegten, in den Ausnahmestunden zu treten. Der Bergarbeiterverband handelte so, weil die Bergarbeiter bisher zu wenig organisiert waren. Am 31. März, in einer Konferenz der Verbandsführer, erklärte der Vorstand der polnischen Berufsvereinigung, daß 21 000 Bergarbeiter die Kündigung eingereicht haben. Der Deputierte des Bergarbeiterverbandes Pöschel sagte damals, daß es unmöglich sei, in Oberschlesien einen Kampf mit nur 20 000 Arbeitern zu führen, besonders, da die Vereinigung keine genügenden Geldmittel habe. Wenn der Kampf gelingen sollte, dann müsse er Wochen und Monate dauern. Obgleich also den Polen erfahrene Taktiker zur Seite standen, haben sie den Hunger preisgegeben, obwohl sie hätten wissen müssen, daß zur Führung eines Niesenausstandes etwas mehr Geld gehört, als sie besaßen. Nunmehr haben die Bergarbeiter erfahren, daß zum Kriegsführen Geld gehört und sie werden sich organisieren, aber nicht in dem Hakenverband der polnischen Berufsvereinigung, sondern im Bergarbeiterverband.

„Sozialdemokratischer Terror“.

Im November 1912 weigerten sich die Zimmerer in einem Frankfurter Vaugetschäft, mit einem Kameraden, namens Rupp, zusammen zu arbeiten. Sie warfen ihm Streikbruch und Verstoß gegen gewerkschaftliche Grundzüge vor. Der Unternehmer entließ darauf Rupp. Dieser Vorgang spielte sich zur Zeit der Stadtverordnetenwahl ab. Er wurde von den Fortschrittlichen für ihre Wahlkandidatur weidlich aufgemischt und führte auch zu langen Erörterungen in der Stadtverordnetenversammlung. Auf die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung und auf die von fort-schrittlicher Seite aufgestellte Behauptung, daß die Mitglieder des Zimmererverbandes die Entlassung von Rupp wegen seiner Agitation für den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Weder-Sprendlingen verlangt hätten, veröffentlichte der Frankfurter Lokalbeamte des Zimmererverbandes Genosse Ege in der Frankfurter „Volkstimme“ eine Erklärung. Sie besagt sich auch mit den Charaktereigenschaften des Rupp und mit seinem Verhalten gegen seine Familienangehörigen. Wegen dieser Bemerkungen hat Rupp Privatklage erhoben, die am Dienstag vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M. verhandelt wurde.

Die Weisungsaufnahme ergab, daß es wieder einmal nicht ist mit dem „unehörligen Terrorismus der Sozialdemokratie“. Alle Zeugen bekundeten, daß sie nicht wegen der liberalen Agitation des Rupp dessen Entlassung verlangt hätten, sondern wegen seines Verhaltens gegenüber ihrer Gewerkschaft. Auch der Schutzeuge des Privatklägers, der Portier G. Hess, mußte zugeben, daß Ege ihm als Belegungsgrund der Gewerkschaft Rupp's Mühlen gegen die Organisation bezeichnet habe. Nebenbei soll allerdings auch noch der Hinweis auf die Agitation Rupp's für Dr. Weder erfolgt sein.

Wegen formeller Verleumdung kam das Gericht zu einer Verurteilung Eges zu 150 M. Strafe. Der von den Gegnern der Arbeiterbewegung erhobte Nachweis, daß die freien Gewerkschaften im Interesse der Sozialdemokratie aus parteipolitischen Gründen Arbeiter terrorisieren, ist nicht erbracht worden und kann auch nicht erbracht werden, was natürlich die Reichsverbände-

presse nicht abhalten wird, nach wie vor vom Terrorismus der freien Gewerkschaften zu schwindeln.

Terrorismus, der nicht verfolgt wird!

Die Arbeiter der Firma Feinlederwerke Stella in Marktredwitz wurden vor einigen Tagen vom Gauleiter des Lederarbeiterverbandes zu einer Versammlung eingeladen, wovon die Direktion Kenntnis erhielt. Diese ließ sofort einen „Laufzettel“ folgenden Inhalts verteilen:

„Wir erhielten indirekte Mitteilung, daß die Einladung eines Verbandes zu einer heute stattfindenden Versammlung an einen Teil unserer Arbeiter erging. Solchen Bestrebungen stehen wir strikte ablehnend gegenüber. Wir fühlen uns selbst berufen, für eine dauernde und gut bezahlte Beschäftigung unserer Leute zu sorgen. . . . Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, haben wir uns entschlossen, jeden zu kündigen — wer es auch sein möge — welcher an derartigen Versammlungen teilnimmt und solchen Bestrebungen huldigt, vorausgesetzt, daß er es nicht vorzieht, selbst zu kündigen.“

Stella Feinlederwerke Gebr. Günther.“

Wer es noch nicht weiß, kann aus der Tonart dieses Schriftstückes entnehmen, daß Herr Günther „Referententant“ ist. Die „gute Bezahlung“ besteht darin, daß die Arbeiter mit Stundenlöhnen von 17 bis 33 Pf. vorlieb nehmen müssen. Es gibt natürlich in ganz Deutschland keinen Staatsanwalt, der in dem Vorgehen der Firma Terrorismus erblicken würde.

In Würzburg stellte die Seifen- und Parfümeriefabrik Franl ihren Arbeitern die Alternative, entweder aus dem Verbands auszutreten oder zu kündigen, nachdem sie erfahren hatte, daß eine Lohnbewegung beabsichtigt sei. Die Arbeiter ließen sich jedoch nicht einschüchtern und lehnten das An-sinnen ab. Der Betrieb ist zu meiden.

Versammlungen.

Zentralverband der Töpfer. Die Jahrsliche Berlin hielt am Donnerstag ihre Quartalsversammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete Segawe. Es haben im letzten Quartal im ganzen 79 Sitzungen und Versammlungen stattgefunden. Sperrten wurden drei verhängt und zwei aufgehoben. Streitfälle auf den Bauten kamen 26 vor. Arbeitslos waren am Schlusse des März 833 (gegen 506 im Vorjahre) Mitglieder. Die Bibliothek hat insgesamt 373 Bände ausgeliehen.

Die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern haben am Mittwochabend ihr Ende gefunden. Was die Arbeitgeber den Arbeitervertretern aber anboten, konnte, wie Segawe erklärte, von den letzteren u. n. m. g. l. i. c. angenommen werden. Die Arbeitervertreter erklärten denn auch rund heraus, daß sie diese Vorlage ihren Verbandsmitgliedern zwar vorlegen, aber keinesfalls empfehlen wollten. Im Gegenteil würden sie an dieselben die Auf-forderung richten, die Unternehmervorlage glattweg abzulehnen.

Die Segawe weiter mitteilte, hat der Verband beschlossen, die Vorlage drucken zu lassen, allerdings mit den notwendigen Ergänzungen und Erläuterungen, da aus der Vorlage in ihrer jetzigen Form nicht klar zu ersehen sei, welche Verschlechterungen für die Arbeiter sie enthalte. Die gedruckte Vorlage wird schon in der nächsten Woche den Verbandsmitgliedern zugehen, damit sie den Inhalt genügend prüfen und übersehen können. Ferner wird dieselbe gedruckte Vorlage auch jedem einzelnen Unter-nehmer zugehen. Am Sonntag über acht Tage wird dann eine Versammlung über das Angebot der Arbeitgeber entscheiden.

In der Diskussion wurde gefordert, daß man tariflos arbeiten solle, wenn die Unternehmer nicht andere Zugeständnisse machen wollten.

Den Kassenbericht erstattete Kappuzan. Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse bilanzieren mit 31 612,30 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 20 455,27 M., die Ausgaben 20 472,24 M., bleibt ein Bestand von 408,03 M.

Hierauf hielt Girbig vom Glasarbeiterverband ein Referat über: „Der Zusammenschluß zum Deutschen Keramarbeiterverband“. Redner gab eine Darstellung der Verhandlungen zwischen den in Betracht kommenden Verbänden und erläuterte eingehend den Statutenentwurf des neuen Industrieverbandes. Zugelassen zu diesem Verbands sind alle Arbeiter und Arbeiterinnen in der Glas-, Porzellan-, Steingut-, Steinzeug- und Tonindustrie; die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Tonwarenfabriken, Scheiben-töpfereien, die Ofenseher, Fliesenleger und alle Hilfsarbeiter.

Segawe teilte noch mit, daß 19 Bezirksversammlungen für und 5 gegen die Verschmelzung gemittelt haben. Im ganzen war mehr als eine Zweidrittelmajorität für den Zusammenschluß. Einige Bezirke haben Abänderungsanträge gestellt, die sich auf die Beitrags- bzw. Unterstützungsfrage beziehen. Anträge grundsätzlicher Natur sind nicht zu verzeichnen.

In der Diskussion sprach ein Teil der Redner für, ein Teil gegen die Verschmelzung, jedoch hatten nur zwei Redner grundsätzliche Bedenken.

Es wurde dann noch mitgeteilt, daß das Verbands-bureau am Tage der Landtagswahl geschlossen bleibt.

Letzte Nachrichten.

Die Friedensverhandlungen.

Sofia, 9. Mai. (B. L. Z.) Der Ministerrat wird heute abend die Antwort auf den Vorschlag des Staatssekretärs Sir Edward Grey, die Friedenspräliminarien durch die in London beglaubigten Vertreter der kriegführenden Staaten unterzeichnen zu lassen, beraten. Die bulgarische Regierung hat den Mächten für die türkisch-bulgarische Grenzlinie Enos-Midia noch einige weitere Punkte vorgebracht, durch deren Festlegung Schwierigkeiten bei der endgültigen Vereinbarung der Grenze vermieden werden sollen.

Definitiver Abschluß der chinesischen Anleihe.

Peking, 9. Mai. (B. L. Z.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben heute abend die Vertreter der Banken der Fünf-mächtegruppe den Finanzminister bejehnt und ihm von der definitiven Annahme des Anleihekontrats Mitteilung gemacht. Sie verständigten den Minister davon, daß die erste Rate morgen ausgezahlt werden würde.

Die amerikanische Tarifvorlage im Senat.

Washington, 9. Mai. (B. L. Z.) Die Tarifbill wurde heute im Senat eingebracht. Die republikanischen Senatoren begannen sofort mit einer Obstruktionsaktion.

Republikanerhölz vor Königsthrone.

Paris, 9. Mai. Vor der 8. Strafkammer erschienen heute sieben Personen, die bei den Manifestationen am Mittwochabend vor der spanischen Botschaft verhaftet worden waren. Die Strafen, die über die Manifestanten verhängt wurden, sind zum Teil sehr schwer. Die leichteste Strafe lautete auf 100 Franz wegen Verleumdung der Polizisten. Die härteste Strafe wurde über einen gewissen Fortune verhängt, der nicht weniger als sechs Monate Gefängnis erhielt für öffentliche Verleumdung eines fremden Staatsoberhauptes. Er hatte gerufen: „Nieder mit Spanien! Hoch Ferrer!“

Die Berliner Gewerkschaftskommission in London.

London, 7. Mai 1913. (Fig. Ber.)

In den letzten paar Tagen hatten die Londoner Arbeiter als Gäste 14 Delegierte der Gewerkschaftskommission von Berlin und Umgebung. Die vierzehn Delegierten, die Genossen Körsten, Ritter, Lint, Brückner, Cohen, Waas, Itzhak, Baumgart, Schulte, Schulze Künze, Riech, Brund und Wendel, welche lehrreicher als Heberlecher fungierte, waren auf Einladung des Londoner Gewerkschaftsartikels in der britischen Hauptstadt erschienen und nutzten die drei ihnen zu Gebote stehenden Tage gründlich aus, um einen Einblick in die Verhältnisse der Weltstadt und ihrer Arbeiterbewegung zu tun. Sonnabend abend (3. Mai) kamen sie auf der Station Victoria an, wo sie von den Vertretern des Londoner Gewerkschaftsartikels und zahlreichen Freunden herzlich empfangen wurden. Gleich am nächsten Morgen machten sich die deutschen Besucher an die Besichtigung der Stadt. Sie begaben sich zuerst auf den berühmten Judenmarkt in der Straße, die heute Middlesex Street heißt, die aber noch immer mit ihrem alten Namen Petticoat Lane (Unterrodgasse) bezeichnet wird, wo die Kaufleute jeden Sonntag morgen geladete Eier, Pfannkuchen, Bismarck, Salzheringe, Unterhosen, Taschentücher, Fohrdröcker, alte Kleider und Möbel, alles im lieblichen Durcheinander, feilbieten. Da dieser Markt auch Neubegibus der Londoner Langfinger ist, mußten sich die Berliner auf Anraten ihrer Londoner Kameraden sehr in acht nehmen und knöpften die Röcke zu. Denn es soll in Petticoat Lane vorgekommen sein, daß einem Besucher am einen Ende der Gasse das seidene Taschentuch gestohlen wurde, das ihm am anderen Ende wieder zum Kauf angeboten wurde. Aus dem Trübel des Judenmarktes ging es zum Holländischen Klub im Osten. Dann sahen sich die Besucher die hauptsächlichsten Gebäude Londons an und nahmen nachmittags an der großen Protestversammlung im Trafalgar Square teil. Leider konnten sie nicht bis zum Ende bleiben, sonst hätten sie mit ansehen können, wie unermüdet sich die Londoner Polizei benehmen kann, wenn sie von einem Offizier kommandiert wird, der in der geringsten Verlegenheit den Kopf verliert. Von da ging es noch dem Hyde-Park, wo täglich öffentliche Versammlungen abgehalten werden. Die Berliner hatten Gelegenheit, die Abführung einer Suffragette zu beobachten, die entgegen dem Verbot der Polizei versuchte, eine Versammlung abzuhalten. Einen großen Eindruck auf die deutschen Genossen machten die Szenen auf dem großen Platz bei der Marble Arch, wo in friedlicher Weise eine Versammlung an die andere reißt. Hier reden Sozialisten und Antisozialisten, Konserwatve, Liberale, Anarchisten, Syndikalisten, Protestanten, Arbeiter, Eigenbröckler der verschiedensten Sorte; und inmitten des Tumults halten religiöse Sekten ihren Gottesdienst im Freien ab. Aber jeder Redner hat seinen Platz und die Polizei schreitet energisch ein, wenn es jemand wagen sollte, irgendeine Versammlung zu stören. Eine Versammlungsförderung hat gewöhnlich eine Geld- oder Freiheitsstrafe im Gefolge. Abends folgten die Delegierten einer Einladung des Sekretärs des Parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftskongresses zu einem Konzert im Palladium.

Montag morgens ging es früh aus dem Bett. Um 5 Uhr waren die Berliner auf den Beinen und gingen nach dem Hauptpostamt, um sich des Treiben dort anzusehen. Dort wurden sie von dem obersten Beamten zu einem reichhaltigen Frühstück eingeladen. Ob Herr Kraetle wohl in gleicher herzlicher Weise Londoner Gewerkschafter bewirten würde, die ihm vom Genossen Körsten vorgestellt würden? Vom Hauptpostamt begaben sich die Delegierten nach dem Arbeitshaus zu Peplar, gingen dann durch den Tunnel von Woodwall, der unter die Themse führt, und besichtigten darauf die Hauptstrazentralen der Londoner städtischen Straßenbahnen und die Bureau der Metallarbeiter (Engineers)

und der Buchdrucker. Abends wurden sie von den Beamten der englischen Gewerkschaftszentrale bewirtet.

Ebenso anstrengend wie der Montag sollte der Dienstag werden. Die deutschen Gäste wurden zuerst nach dem Unity House (Einigkeitshaus), dem Sitz des großen Eisenbahnerverbandes, geführt. Dann fuhrten sie nach dem Südosten, nach Waterson, wo sie die Arbeiterwohnungen auf dem Redmore Estate inspizierten, die von der Arbeitergemeindevetretung errichtet worden sind. Darauf ging es wieder nach dem Westen zum Parlament, wo sie von den Genossen Barnes und O'Grady in Empfang genommen wurden. Nach einem Besuch der Westminster-Kammer begaben sich die Berliner Gewerkschafter nach dem Londoner Gewerkschaftsartikels (Stadtverordnetenversammlung), wo sie von dem Londoner Stadtparlament aufs herzlichste in offener Sitzung begrüßt wurden. Der Vorsitzende lud sie zum Zeremonie ein. Es muß hier bemerkt werden, daß das Londoner Stadtparlament in seiner Mehrheit nicht fortschrittlich oder gar sozialistisch ist, sondern konservativ ist. Auch der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, der die Angelegenheiten einer Gemeinde von über 4 1/2 Millionen Menschen regelt, ist ein Konserwatve. Das war echt englische Gastfreundschaft, die sicherlich dazu beitragen wird, die Bande der Freundschaft zwischen den zwei so nahe verwandten Nationen zu kräftigen.

Einen würdigen Abschluß fand der Besuch mit einem gemeinschaftlichen Abendessen, das von dem Londoner Gewerkschaftsartikels zu Ehren der Gäste im Dorset Hotel Dienstag abend stattfand und an dem sich ungefähr 200 Menschen beteiligten. Den Vorsitz führte der Genosse Ben Cooper, der die Sichel des Kranken Vorsitzenden des Londoner Gewerkschaftsartikels (Gen. Dwell) vertretet. Nach dem Essen wurden zwei Toaste ausgesprochen. Der erste lautete: „Ansehen Gärten und Erfolg der Gewerkschaftskommission von Groß-Berlin!“ Der zweite: „Die internationale Arbeiterbewegung!“ Von den Engländern sprachen die Genossen Ben Cooper, James Macdonald (Schneider), Will Thorne, O'Grady und Gaudman; die deutschen Redner waren die Genossen Körsten und Ritter.

Der Vorsitzende (Ben Cooper) gedachte in seiner Rede seines Berliner Besuches vor vier Jahren, als die chauvinistischen Blätter haben wie dräben schrieben, als ob das englische und deutsche Volk gemeinsame Feinde wären. Mit Freuden habe er wahrgenommen, daß von einer Feindschaft des Berliner Volkes gegen die Engländer nicht eine Spur vorhanden war. Er versicherte den Gästen, daß auch bei dem englischen Volke keine Spur des Hasses gegen Deutschland vorhanden sei. Der Krieg bedeute ein furchtbares Unglück für die Arbeiterklasse beider Länder, und die Berliner könnten sich darauf verlassen, daß die Londoner Arbeiter alles tun würden, um die Gefahr zum Schweigen zu bringen, hinter denen, wie die Enthaltungen Lieblichkeits bewiesen hätten, die Interessen der Rüstungsindustrie stünden. Dann wies der Redner auf die großen Erfolge, die die Berliner Arbeiter in der Gemeinde und im Parlament errungen haben und die den Londonern ein Ansporn zu größerer Tätigkeit sein sollten, und gab schließlich der Ansicht Ausdruck, daß diese Besuche und der Gedankenaustausch zwischen der Arbeiterschaft zweier Weltstädte häufiger stattfinden müßten.

Genosse Macdonald, der bis vor kurzem Sekretär des Londoner Gewerkschaftsartikels war, feierte in einer feurigen Rede die gemeinschaftlichen Ziele der englischen und deutschen Arbeiterbewegung. Er schilderte, wie in früheren Jahren der deutsche Arbeiter von dem englischen Kapitalisten als ein Schredgespenst benutzt wurde. Man beschrieb den deutschen Arbeiter als einen Menschen von sehr niedriger Lebenshaltung, der besonders sein Schwarzbrot und Sauerkraut im Rucksack mit sich trüge und immer bereit wäre, den Engländer zu unterbieten. Aber im Laufe der Zeit hätten die Engländer ihren deutschen Kameraden entdeckt und gefunden, daß dieser dieselben Ansprüche ans Leben mache wie der Einheimische.

Die deutschen Arbeiter in England hätten die englische Arbeiterbewegung mächtig beeinflusst, was der Bewegung stets zum Wohle gereicht habe.

O'Grady schilderte die Umstände, die zu dem Besuch der Berliner Veranlassung gegeben: wie in den letzten Jahren viele Gewerkschafter mit den Gesellschaften der englischen Schutzhölner nach Berlin gekommen; wie ihn die Berliner im letzten Jahre erjacht hätten, doch einmal eine echte Gewerkschaftsdeputation zu schicken; wie auf seine Anregung hin das Londoner Gewerkschaftsartikels die Berliner zu diesem Besuche eingeladen. Der Redner lobte dann die wissenschaftliche Art, in der die deutschen Arbeiter bei ihrer Organisation zu Werke gingen, die Disziplin der deutschen Arbeiter, ihre Opferfreudigkeit und ihr Solidaritätsgefühl. Er meinte, das zentralistische System lasse sich zwar nicht ohne weiteres von einem Lande auf das andere übertragen, man müsse der Verschiedenartigkeit der Temperamente Rechnung tragen; aber seine Baudolente könnten viel von den deutschen Arbeitern lernen. Er sehe in dem Zentralismus die Ursache, weshalb die deutschen Gewerkschaften größere Erfolge zu verzeichnen haben als die britischen. Und daß die deutschen Gewerkschaften so stark und kraftvoll sind, liegt daran, daß sie alle von sozialistischen Geistes durchdrungen sind. Die Engländer seien unzufrieden und besäßen das Temperament und den engen Anblick des Inselbewohners. Aber auch in England gebe es voran; das Ziel der Arbeiterbewegung werde mit jedem Tage klarer. Vielleicht, meinte O'Grady, seien die Probleme in beiden Ländern nicht genau dieselben. In Deutschland bestehe noch ein gut Stück Reaktionsalismus. Man müsse es aber der deutschen Aristokratie lassen, daß sie nicht wie die englische Bourgeoisie das Volk so unarmherzig ausgebeutet habe. — Die Berliner Delegierten erhoben gegen diese Ansicht Einspruch. O'Grady scheint nämlich mit die Engländer der Ansicht zu sein, daß manche Fortschritte auf sozialem Gebiet, die man in Deutschland und nicht in England antrifft, das Resultat der Engherzigkeit und des Wohlwollens der deutschen Bureaukratie und nicht die Erfolge der Arbeiterbewegung sind. Dies ist eine von englischen bürgerlichen Sozialpolitikern verbreitete Meinung. — Auf alle Fälle, bemerkte der Redner weiter, finde man in Berlin, das er besucht habe, nicht jene furchtbare, hoffnungslose Armut, die man in London antröffe.

Thorne machte in seiner Rede bekannt, daß auf dem kommenden britischen Gewerkschaftskongress zum ersten Male Vertreter der deutschen Gewerkschaften anwesend sein würden. Neben den Deutschen würden die Vertreter der amerikanischen, französischen und kanadischen Gewerkschaften erscheinen. Diese Entwicklung beweise den immer stärker werdenden internationalen Charakter der Arbeiterbewegung, der durch häufige Besuche gekräftigt werden müsse.

Körsten erwiderte die Begrüßungsreden im Namen der Delegierten und wies auf die Rühmlichkeit der internationalen Besuche hin. Es gelte, Mißverständnisse zu beseitigen, die hauptsächlich auf der Unkenntnis der ausländischen Verhältnisse beruhten. In England hätten zum Beispiel die Leute, die mit den englischen Tarifreformern nach Deutschland gekommen, viele unrichtige Angaben über die Arbeitsverhältnisse in Deutschland verbreitet. Sie hätten zum Beispiel die Gehälter der deutschen Ingenieure mit den Löhnen der englischen Schloffer (Engineers) verglichen. Sie hätten von einer sehr geringen Arbeitslosigkeit in Deutschland berichtet und deutsche statistische Angaben mit englischen, die auf einer ganz anderen Grundlage fußten, verglichen. In Wirklichkeit sei die Arbeitslosigkeit, namentlich in Berlin, augenblicklich erschreckend groß. Körsten fügte dann einige Ziffern über die in Berlin herrschende Arbeitslosigkeit an. Solche und andere Mißverständnisse könnten am besten durch den persönlichen Meinungsaustausch aufgeklärt werden. Die gegenseitigen Besuche würden ferner dazu dienen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Londoner und Berliner Arbeitern frisch und lebendig zu halten und der Gefahr der Agenten der Rüstungsindustrie entgegenzuwirken. Den

Kleines Feuilleton.

Der älteste deutsche Flieger. Die „Deutsche Luftfahrzeitschrift“ berichtet Neues aus den Akten der Geschichte des Stumpfknuges. Sie erzählt von einem Manne, der wahrscheinlich der erste deutsche und vielleicht überhaupt der erste Flieger gewesen ist. Er war kein Reichens ein Hochfürstlich Wäldischer Landbaumeister, hieß Karl Friedrich Reerwein und wohnte in dem Städtchen Emmendingen im Weickgau. Im Jahr 1781 trat dieser Mann zuerst mit der Mitteilung hervor, daß er eine Flugmaschine erfunden hätte, und er konnte mit dem Aufsehen, das er erregte, wohl zufrieden sein. Seine Maschine bestand aus zwei großen Segeln in Lanzettform, die an der Verankerungsstelle mit einem Schamler ineinandergeleckt waren. Der Flieger sollte unter diesen Segeln Platz nehmen und sie mit einer Stange auf und ab bewegen. Reerwein wohnte auf einer Anhöhe, die er zu Probestiegen benutzte. Er trug sich auch mit dem Gedanken, Flugversuche über einen Wasserpfuhl anzustellen. Leider fand der mutige Mann von mahgebender Stelle keine Unterstützung. Im Gegenteil nötigte ihn seine Lage so sehr zur Wahrnehmung seines Berufs, daß er seine Flugexperimente bald überhaupt aufgeben mußte. So kam auch dieser fähige Fortschritt nicht über den Erfolg hinaus, für einige Jahre Gedächtnisstoff zu liefern.

In dieser Form erregte er freilich ein ziemlich ausgedehntes Interesse, nachdem er eine Schrift mit dem naiven Titel „Der Mensch, sollte der nicht auch mit Fähigkeiten zum Fliegen geboren sein?“ veröffentlicht hatte. Diese erlebte 1784 eine zweite Auflage und wurde auch ins Französische überetzt. Ede Reerwein darin die Konstruktionen dieser Flugmaschine und ihre Handhabung beschreibt, spricht er sich in dieser zweiten Auflage in einer „Vorerinnerung“ über die Frage des Kunstfluges überhaupt aus, wozu umsonstere Anlaß gegeben war, als 1783 die Gebrüder Montgolfier durch ihre Erfindung des Luftballons die Welt in Aufregung versetzt hatten. Selbstbewußt stellte er sich den Leistungen der Montgolfiers gegenüber, indem er deren „par hazard erfundenes“ Verlangen mehr als ein „Schwimmen in der Luft nach Art der Fische im Wasser“ bezeichnet, während seine Bestrebungen auf ein Fliegen nach Art der Vögel ausgegangen seien. Bei den Berechnungen seiner Flugmaschine hält er sich an den Flug der wilden Ente. Als Baumaterial für die Maschine empfiehlt er ein leichtes oder zähes Holz, das mit starkem Leinwand überleimt werden solle, um es namentlich an den vernagelten Stellen haltbarer zu machen. Die eigentliche Segelfläche soll dann durch ein leichtes, aber genügend starkes Leinen-, Baumwoll- oder Wolltuch geliefert werden. Leider sind über die praktischen Flugversuche Reerweins nur sehr spärliche Nachrichten erhalten geblieben.

Die Säger von Gelsenkirchen. Der Vergmann Wohl, sagt Schell, hat dem Gelsenkirchener Gesangsverein seine Ersparnisse von 2000 M. geopfert, um zu ermöglichen, daß die singende Korporation sich am Frankfurter Kaiserfesten beteilige. Ueberschrift: „Eine ideale Tat.“

mit ihrem Geld anfangen; aber es interessiert doch, zu sehen, wozu diese Vereinsmitglieder fähig sind. Hundertmal verpöbelte, stehen sie Hundertmal wieder auf; sitzen abends beim Bier, kommentieren die Magistrateverordnungen des Städtchens, lassen den Kaiser einen guten und besten Mann sein, haben die fettigen Karten auf den Tisch, daß es Nacht ist... aber man hat doch auch seine Ideale! Die entsetzten sich blödeln im schwarzbefrakten Chor, und ist es nicht erhehend, wenn 22 Bierdäse loslegen: „Ich bin allein auf weiter Flur!“ — Haben die Gelsenkirchener die Kaiserlette erlungen? „Sie haben mit Ehren bestanden“, sagt die Zeitung. Hat ihnen der Kaiser die Hand geschüttelt? Sie werden alle konsensfähig wählen. Und wenn sie in den Himmel kommen mit Bratenröden und Angstreifen, die rauh sind und widerborstig, und mit kleinen Engelsflügeln obendrein, dann werden sie sich um den erhabenen Petrus gruppieren, der Dirigent wird mit dem Stäbchen aufklappen, und der Kantus steigt: „Wir sind die Säger...“

Musik. Das Konzert des Stocholmer Arbeitergesangsvereins in der Neuen Welt muß schlechtmög als ein musikalisches Ereignis bezeichnet werden. An diesen Arbeiterängern wurde wieder einmal das alte Rätsel klar, wie notwendig doch alle Kunst werden kann, wenn sie in einzelnen Menschen ihre Heimat hat. Vor solcher musikalischen Wesenheit, wenn man ihr gegenübersteht, tut man unwillkürlich jegliche Resistenz, alle Systemhüberei ab, um nur zu lauschen und andächtig zu stimmen. Das waren Arbeiterängern? fragt man sich, oder Künstler gar? Wie arm erscheint doch die Wort! Nein, Künstler nicht, aber mehr: veräppelte Musik sind diese Säger. Die an Vokalen so reiche schwedische Sprache hat auch ihr Teil daran. Wie banal nimmt sich beispielsweise die deutsche Uebersetzung der schwedischen Volkslieder aus, sobald sie uns in der Ursprache geüngen ertönen! Text, Melodie, Säger bilden ein unheilbares Ganzes; und hieran läßt sich erkennen, wie urteil gerade auch Wellmann die Volkseule getroffen hat, daß sie nun fast anderthalb Jahrhunderten gleich einer Blindhärse nachhinkt. Fast will jede Definition dieser Gesangsleistungen verfallen. Was sich irgendwo von Estimmulörper im einzelnen und gongon, von Intonation, von Kraft und Grazie, von Solabilität und schwebender Schmieglamkeit erfinden ließe — diese 70 Arbeiterängern gebieten darüber, als gebore es zu ihrer Natur. Und erst die Dynamik, die Einschlagung artikulierter Naturlaute, die zusammen die realistische Farbe reicher, voller, kräftiger zum Leuchten zu bringen vermögen: — das alles — ist unvergleichlich. Gestehen wir nur offen: dergleichen hörten wir noch nicht. Und unsere Arbeiter-Sängerchöre können das nicht, können es wenigstens noch nicht. Es war nach zwei Liedern schon ein einziger Jubel im Saale; jeder wollte noch immer mehr vernehmen und die Säger lagten nicht mit Dreingaben. Einen Schwachsingen langten sie sogar deutsch; und zum Schluß noch einige schwedische Nationalgesänge. Solistische Gaben bescherte Göran Lindstedt von der Stocholmer Hofoper. Schade, daß die Texte seiner lyrischen und balladischen Lieder nicht auf dem Programmzettel wenigstens in kurzen Umrissen verzeichnet waren. Jedemfalls zeigte er sich in Peterson-Vergers, in Andreas Galdens Ballade aus der Gustav-Wasa-Sage, als deren Einleitung sie zu

gesten hat, als ein glänzender dramatischer Säger und Vortragskünstler. — Die Nähe der Pfingsten machte sich im Besuch des ungewöhnlichen Konzerts doch bemerklich, obgleich der große Saal ziemlich besetzt wurde. Was wir lebhaft gewünscht hätten, wäre dies: unsere Berliner Arbeiterängerevereine, vor allem deren Dirigenten, sollten hier Zuhörer gewesen sein. War doch eine Gelegenheit gegeben, wie sie sich sobald nicht wiederholen dürfte, um außerst fruchtbar Anregungen und Lehren mit nach Hause zu nehmen! a. k.

Notizen.

Der Streit um des Kaisers — Kette. Zunächst haben wir ein schreckliches Verbrechen am Völkervertrauens wieder gut zu machen. In der Idiotie der Volkischen Depeschenaufmachung hatten wir vorgelesen entdeckt, daß die Kölner Säger bei der Weltfingerei den ersten Preis erhalten hatten. Das stimmt auch, aber in dem offiziellen Brief, den wir schnellstens dem Druck übermitteln, war irgendwo weiter verraten, daß der Berliner Lehrer-gesangsverein die Kette bekam. Ehre, wenn Ehre gebührt! Der und Oberbürgermeister hat bereits seinen Glückwunsch ausgesprochen weiteres Fetieren wird sich anschließen. (Bei einem Arbeitergesangsverein hätte sich natürlich kein Wein gerührt!)

Die Kölner sind ob des verlorenen Piffels rabiat geworden. Sie wollen an dem Frankfurter Vatterleispiel, wie sie's jetzt nennen, künftig nicht mehr teilnehmen. So rät ihnen wenigstens die lokale Presse. Die patriotische Fanfare erwidert also mit einem schrillen Witzling: die Patrioten gönnen einander die Sklavenfette byzantinischer Begönnernung nicht. Wer möchte da nicht der lachende Dritte sein?

Schiller- und andere Stifter. In dem eben erschienenen 53. Jahresbericht der Deutschen Schiller-Stiftung wird mitgeteilt, daß in dem abgelaufenen Geschäftsjahre besondere Vermächtnisse der Stiftung nicht zugeflossen sind. Das scheint uns charakteristisch dafür, daß die (klein)bürgerlichen Gönner der Stiftung ausgestorben sind. Die Großbürger von heute lieben es nicht mehr, hinter Schiller zu verschwinden. Da muß es klipp und klar heißen: Rudolf-Wolfe-Stiftung oder Kruppische Stiftung. Ueberhaupt wer interessiert sich für Literaten? Nicht einmal die Leute, die mit der Literatur (im idealem Zusammenhang mit dem Annoncengeschäft) ihren Reibbauch machen.

Theaterchronik. Im Charlottenburger Schiller-Theater wird die dreitägige Komödie „Moral“ von Ludwig Thoma einstudiert.

Hebbel-Theater kontra Rissen. Vom 7. Senat des Kammergerichts ist in der Berufungssitzung die Klage des Hebbel-Theaters gegen den Präsidenten der Bühnengenossenschaft, Herrn Rissen, wegen Betruges, durch Preisdruck Rissens erledigt worden. Die Beweisurteile der Gegenpartei wurden sämtlich abgelehnt, da nach Ansicht des Gerichts der Fall vollkommen klar lag und von Betrug keine Rede sein konnte.

Ein Lombrosoprozess. Die Familie Cesare Lombrosos hat zur Erörung des großen Anthropologen einen Preis von 1000 Lire gestiftet, der aller zwei Jahre verteilt werden soll. Der Preis soll der besten Arbeit oder der wichtigsten Entdeckung auf kriminal-anthropologischem Gebiete zuerkannt werden.

Höflich habe die deutsche Arbeiterschaft im letzten Jahre die Quittung gegeben, als sie 110 Sozialdemokraten in den Reichstag schickte. Zwischen den Deutschen und den englischen Arbeitern besteht keine Feindschaft, Streit oder Haß. Das deutsche Volk denke nicht daran, der Nation, die die Welt erschaffen, auf deren Gebiet die Sonne nie untergeht, feindlich entgegenzutreten. Es wünsche namentlich mit den großen Kulturträgern des Westens, England und Frankreich, in herzlichstem Einvernehmen zu leben. Das wertvolle Volk Deutschlands und Englands habe nur einen gemeinsamen Feind: den Kapitalismus, und vereint würden Deutsche und Engländer diesen gemeinsamen Feind schlagen.

Ritter schilderte den englischen Freunden den geschichtlichen Werdegang der deutschen Gewerkschaftsbewegung und wartete mit einer Reihe höchst interessanter Ziffern und Angaben auf, die dem deutschen Leser wohl bekannt sein werden. Ein englischer Vorkämpfer hatte darauf hingewiesen, daß gerade wie Bismarck versuchte, der deutschen Arbeiterbewegung durch die Sozialversicherung den Wind aus den Segeln zu nehmen, der englische Schatzkanzler mit seinem Versicherungsgesetze den Hintertanken hatte, die englische Arbeiterbewegung zu schwächen. Ritter mahnte die englischen Kameraden, sich durch eine solche Politik nicht davon abhalten zu lassen, das Versicherungsrecht kräftig zugunsten der Arbeiterbewegung auszuüben. Der Redner wies darauf hin, daß sich immer größere Arbeiter- und Unternehmermassen im wirtschaftlichen Kampfe gegenübertraten, daß in nicht allzu ferner Zeit diese Kämpfe vom nationalen Boden auf den internationalen Boden übertragen werden würden, und daß es deshalb tünlich sei, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder rechtzeitig miteinander enge Fühlung nähmen. Er schloß seine Rede mit den Worten: „Die durch uns vertretene Arbeiterschaft ist der Meinung, daß es eine Harmonie zwischen Arbeit und Kapital nie geben wird, sondern daß, solange wir gezwungen sind, in der heutigen Gesellschaftsordnung zu leben, die Gegensätze zwischen beiden immer wieder hervortreten werden. In diesem Sinne werden wir auch weiter kämpfen. Die Berliner gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft entbietet Ihnen durch uns die brüderlichsten Grüße in dem Bewußtsein, daß Ihre und unsere Arbeit eine Kulturarbeit ist, die am allerersten den Frieden zweier stammverwandten Nationen sicher stellt.“

Nachdem Genosse Hyndman noch einige Worte zum Lobe der deutschen Arbeiterbewegung gesprochen, brachten die Londoner begeisterte drei Hochrufe auf die Berliner Arbeiterbewegung aus und die Berliner ließen in gleicher Weise die Londoner Arbeiterbewegung hochleben. Dann sangen die Versammelten das englische Abschiedslied „Auld lang syne“, indem sie einander die Hände reichten. Mit den Klängen des Sozialistenmarsches, der von den Berliner Genossen angestimmt wurde, kam das Fest zu Ende, das allen Anwesenden in dauernde Erinnerung sein wird. Es war ein überaus glücklicher Versuch des Berliner und Londoner Volkes, sich über Dinge zu verständigen, auf die es wirklich ankommt.

Ein Konsumverein als Landwirt.

Der soeben erschienene Geschäftsbericht des Hamburger Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ über das Jahr 1912 berichtet über die landwirtschaftlichen Betriebe und die Bewirtschaftung des Gutes Schwaneheide. Wir entnehmen dem Bericht die nachfolgende interessante Schilderung:

„Je weiter die Organisation des Konsums fortschreitet und dem gesamten Lebensbedarf der Familie zu erfassen versucht, um so mehr Momente weisen die Genossenschaften auf den Erwerb von landwirtschaftlich ausnutzbarem Bodenbedarf.“

Die ihrer Zahl nach wichtigsten Bevölkerungsschichten werden durch den Widerstreit wirtschaftlicher Entwicklungsbedingungen auf den Weg des organisatorischen Zusammenschlusses gedrängt, um die Ernährungsfrage im weitesten Sinne für ihren Teil zu lösen. Eine wirkliche Lösung ist aber nicht denkbar, wenn sie nicht von dem Fundament aller Volksernährung, der brotgebenden Scholle, ihren Ausgang nimmt. Der Boden, der uns ernährt, soll unser Eigen sein, als genossenschaftliches Eigentum sollen wir ihn besitzen. Damit wäre ein Ziel erreicht, zu dessen Erreichen kein Opfer zu groß gedacht werden kann. Die Aufgabe ist eine so gewaltige, daß sie kaum anders als schrittweise gelöst werden kann. Auch die Genossenschaften sind, wie jedes andere ökonomische Gebilde, verstrickt in die heutige Geldwirtschaft und sind gezwungen, das ihnen von ihren Mitgliedern anvertraute Kapital rentenbringend anzulegen, dessen Flüssigkeit außerdem gewahrt bleiben muß. So wird noch für eine geraume Zeit das ideale Streben, den Entbehrten ihr Erbe zurückzugewinnen, nur unter ganz besonders günstigen materiellen Umständen ins Werk zu setzen sein, wenn auch zugestanden werden muß, daß in einer großen Genossenschaft mit entsprechenden Eigenbetrieben die sich entgegenstellenden Schwierigkeiten leichter zu überwinden sein werden.

Als der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ dem Erwerb von landwirtschaftlichem Grundbesitz nähertrat, war er bereits ein ständiger Abnehmer der verschiedensten landwirtschaftlichen Erzeugnisse und stand in vielfacher direkter geschäftlicher Verbindung mit den bäuerlichen Produzenten. Große Warenmengen landwirtschaftlicher Herkunft werden in der Schlachtereier, Bäckerei und Schrottereier weiterverarbeitet, und der Bedarf ist ein so vielfgestaltiger,

daß für eine noch so umfangreiche landwirtschaftliche Produktion die Absatzmöglichkeit gegeben ist.

In dem Gute Schwaneheide im Großherzogtum Mecklenburg-Schwaben glaubte die Verwaltung das für ihre Zwecke passende Objekt gefunden zu haben. Es ist eine Bahnstation von Hamburg entfernt und wird von der Hamburg-Berliner Bahn durchschnitten. Die Bahnstation befindet sich inmitten des Südgeländes in nächster Nähe des Gutshofes. Der 1600 Morgen große Besitz ist gut arrodirt. Das Ackerland ist leichter Sandboden, für Roggen- und Kartoffelbau geeignet. Wiesen, Wald und Ackerland sind in einem Verhältnis, das eine größere Viehhaltung gestattet.

Der Hebernahme stellten sich rechtliche Schwierigkeiten entgegen, da für diese in früheren Zeiten in Erbpacht gegebenen Güter der Großherzog noch das Vorkaufsrecht besitzt. Nachdem von diesem Rechte kein Gebrauch gemacht wurde, erhob das Ministerium Einspruch gegen die Eigentumsübertragung an die Handelsgesellschaft „Produktion“, die den Kauf mit dem Vorbesitzer zum Abschluß gebracht hatte. Da nicht zu erwarten stand, daß die Regierung ihren Einspruch aufheben würde, so wurde das Gut in Treuhand erworben.

Ueber die Bewirtschaftung berichtet die Handelsgesellschaft: Nach den vorgefundenen Verhältnissen machte sich folgender Arbeitsplan notwendig, der auch bereits im ersten Besitzjahr in Angriff genommen wurde. Die Zahl der auf dem Gut ansässigen Arbeiterfamilien sollte insoweit vermehrt werden, daß später die Beschäftigung von Saisonarbeitern weitestgehend eingeschränkt werden kann. Um einen Zugang von Arbeitern einzuleiten, wurden die arg vernachlässigten Arbeiterwohnungen einer umfassenden Renovierung unterzogen und die Lohnverhältnisse neu geregelt. Es gelang auch, im ersten Jahre vier Familien auf dem Gute neu anzusiedeln, so daß alle verfügbaren Wohnstellen besetzt sind. Es besteht ein hartes Angebot einheimischer Arbeiter, so daß, wenn im nächsten Jahre die Zahl der Wohngelegenheiten vermehrt wird, weitere Familien angesiedelt werden können.

Von den Vorbesitzern wurde der Viehhaltung nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt, so daß der Boden bei der ungenügenden Zufuhr an natürlichem Dünger verarmte. Da die vorhandenen Stallungen eine Vergrößerung des Rinderstalles nicht ermöglichten, wurde der Neubau eines Stalles für Rindvieh bald nach der Hebernahme in Angriff genommen, der Raum für zirka 150 Häupter bietet. Nach Fertigstellung des Stalles wurden dann auch zu den bei der Hebernahme vorhandenen 74 Stück Rindern zunächst 25 Kühen zur Mast aufgestellt, ebenso gelangten fast sämtliche Küder zur Aufzucht. Gekauft wurden außerdem zirka 200 Schafe und Lämmer. In den übernommenen elf Pferden traten fünf weitere, so daß am Jahreschlusse 18 Pferde vorhanden waren.

Der vergrößerte Viehstapel soll nunmehr die Möglichkeit bieten, das Land im Laufe der Zeit auf einen besseren Stand zu bringen. Starke vernachlässigt zeigte sich auch die vorhandenen Wiesen. Mit der Verbesserung wurde ebenfalls begonnen. Da das vorhandene Gelände in nächster Nähe das Material für das Heberband eines Teiles des Wiesenlandes bietet, so ist mit den Vorarbeiten hierzu wie mit der Anlage von Dürrweiden auf dem abgegangenen Lande begonnen.

Die veralteten, zum Teil aufgebrauchten Maschinen mühten durch neue ersetzt werden.

In Kunstdünger verschiedener Art wurden zirka 4000 Zentner im Werte von über 9000 M. aufgewendet.

Das Berichtsjahr war für Deutschland ein gutes Erntejahr, was auch unserem jüngsten Betriebe zuzustatten kam; allerdings wurde das schlechte Ergebnis durch die unglückliche Witterung bei der Ernte recht erheblich beeinträchtigt.

Geerntet wurden 12 000 Zentner Kartoffeln, 1724 Zentner Roggen, 800 Zentner Hafer, 210 Zentner Buchweizen, 5000 Zentner Heu, außerdem Rüben, Futterkohl, Gartenfrüchte, Serradella und Stroh in beträchtlichen Mengen.

Der Gesamtwert der Ernte beläuft sich auf zirka 75 000 M. Mit dem Gute verbunden ist eine Brennerei, die im Berichtsjahre 38 000 Liter Rohspiritus lieferte, das ist ungefähr die Hälfte des Quantum, das die Handelsgesellschaft im letzten Jahre an Weennspiritus verkaufte. Das Gut wurde für 360 000 M. erworben. Am Schlusse des Jahres war der Buchwert des Gutes einschließlich der Erntebestände rund 520 000 M.

Das Kapital der Handelsgesellschaft verzinst sich mit 3,83 Proz.

Die Molkerei. Dem Gute Schwaneheide wurde am 1. April dieses Jahres eine Molkerei als selbständiger Betrieb durch Zukauf angegliedert. Der Kaufpreis beträgt 50 000 M. In den Kaufpreis einbegriffen sind die zehn Jahre laufenden Milchlieferungsverträge mit den Landwirten der Umgegend.

In den drei Quartalen des Geschäftsjahres erhielt die Molkerei rund 813 000 Liter Milch angeliefert; hiervon gingen 385 000 Liter nach Hamburg, der Rest wurde auf Butter, Rogermilch, Quark usw. bearbeitet.

Außer den notwendigen Abschreibungen wurden Ertrübrigungen im ersten Jahre nicht erzielt; mit der Erhöhung des zu bearbeitenden Milchquantums wird jedoch auch dieser Betrieb voraussichtlich zu betrieblichen Ergebnissen gelangen.

Die Schilderung zeigt von rüstigem Schaffen. Möge das Genossenschaftsgut Schwaneheide die Hoffnung, daß es als Mustergut wirken werde, erfüllen und möge es bald Nachahmung durch andere Konsumvereine finden.

Briefkasten der Redaktion.

Heute Sonnabend fällt die juristische Sprechstunde aus.

N. S. 77. 1. U. E. nein. 2. Die Beträge müssen zugunsten der Arbeiter verwendet werden. — **G. 1000.** U. E. muß der Zuschlag erteilt werden. — **W. 100.** 1. u. 2. Die Fragen lassen sich nur nach Einflüchtigung in den Mietvertrag beurteilen. 3. Nein. — **W. 28.** Ja. — **100 N.** 1. Drei Jahre, vom Eintritt der Gültigkeit an gerechnet. 2. Nein. 3. In die Ballenverwaltung. — **W. D. 75.** Der Anspruch auf Altersrente würde abdann ruhen. Die Invalidenrente ist höher. — **Rigdorf 13.** 1. Nach Ihrer Darstellung nein. 2. U. E. Nein. — **G. D. 40.** Etwa 5000 M. ohne Veranschlagung. Zeitjahre können gestattet werden. **All right 1913.** Falls aus den angegebenen Gründen die Ehe geschieden ist, besteht das gesetzliche Eheverbot. Eine Überschuldung könnte nur dann erfolgen, wenn Dispens erteilt wird. — **G. 100.** Ja. — **N. N. 91.** Nein. — **a. 56.** 1. Die Gesetzesbestimmung besteht bereits. 2. Die Frau könnte in einem solchen Falle intervenieren. — **F. 2.** Nein. — **R. S. 4.** Unterer Grad ja. — **H. G. 25.** Nein. — **G. 5.** Nein. — **W. S. 36.** 1. Zeugnisse müssen auf Verlangen herausgegeben werden. 2. u. 3. Die Stellung könnte auch gefährdet werden. Ein Zahlungsanspruch besteht nicht, falls die Kündigungsklausel innegehalten wird. — **N. 61.** Das müssen Sie mit Ihrer Mutter vereinbaren. — **N. 2.** 100. 1. Ja, sofern nicht Verjährung vorliegt. 2. 6 Monate. 3. Sogar bis zur Großjährigkeit, wenn das Kind unterhaltungsbedürftig ist. — **Strohburg.** 1. Nach einjährigem Wohnsitz. 2. u. 3. Nein. 4. Ja. — **W. S. 99.** 1. u. 2. Ja. — **Bl. 1833.** 1. Nein. 2. Die Mutter ist zahlungspflichtig, sofern sie dazu imstande ist. — **N. 7.** 27. Der Antrag ist an das Vollgericht zu richten. Die Kosten betragen 50 Mark und können bis auf 5 Mark ermäßigt werden. Gründe sind anzugeben. — **N. 2.** 49. Der Antrag ist an das Vollgericht zu richten. — **W. 2.** 222. Die Zusammenfassung entspricht dem Gesetz.

Witterungsbericht vom 9. Mai 1913.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in °C	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in °C
Swinemünde	763,50	SW	3	10,0	Saparanda	768,50	SW	2	10,0
Hamburg	763,50	SW	3	10,0	Petersburg	768,50	SW	2	10,0
Berlin	764,0	SW	3	10,0	Selb	745,50	SW	2	10,0
Frankfurt a. M.	759,50	SW	1	10,0	Aberdeen	757,00	SW	2	10,0
München	759,0	SW	1	10,0	Paris	758,00	SW	1	10,0
Wien	762,00	SW	3	10,0					

Wetterprognose für Sonnabend, den 10. Mai 1913.

Trocken und vorwiegend heiter, etwas wärmer bei ziemlich lebhaften südöstlichen Winden; später langsam zunehmende Bewölkung. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 8. 5.	seit 7. 5.	Wasserstand	am 8. 5.	seit 7. 5.
Memel, Mitt	289	-14	Saale, Groditz	186	+30
Regel, Osterburg	38	-10	Saale, Spanbau ¹⁾	29	+3
Regel, Thon	202	-11	Mathenom ²⁾	31	-1
Dder, Ratibor	148	+2	Spre, Spremberg ³⁾	100	+2
Kroffen	175	-6	Beeslow	82	+2
Hannfurt	181	+1	Weser, Münden	255	-29
Wärthe, Schriem	242	-9	Winden	314	+43
Landdsberg	149	+4	Rhein, Reginmiltankan	460	+10
Rege, Borkum	90	0	Raub	247	+6
Elbe, Leitmeritz	37	+31	Abn	276	+9
Dresden	-110	+14	Rehar, Heilbronn	108	+5
Harbu	142	+25	Rain, Danau	173	-1
Magdeburg	110	+8	Wolfe, Trier	215	+43

¹⁾ + bedeutet Zufluß, — Fall. — ²⁾ Unterdegel.

Bekanntmachung.
Gemeinsame
Orts-Krankenkasse
für Adlershof und
Umgegend.

Zu einer am Dienstag, den 20. Mai, abends 6 1/2 Uhr, im Restaurant Ledmühlener, Adlershof am Bahnh., stattfindenden

Außerordentlichen

General-Versammlung

laden wir hiermit die Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber ein.

Tagesordnung:
Beschlusseckung über die zwecks Ausgestaltung der Kasse zur allgemeinen Ortskrankenkasse notwendige Herabsetzung der Beiträge.

Sollte die Tagesordnung in einer Generalversammlung nicht erledigt werden können, so findet eine

zweite außerordentliche

General-Versammlung

am Donnerstag, den 22. Mai, abends 6 1/2 Uhr, im gleichen Lokale statt.

Adlershof, den 8. Mai 1913.
Der Vorstand.

Max Knappo, Vorsitzender.

Potsdam.

Restaurant Friedrichsgarten

(früher Viktoriagarten)
Dir. Dornier, Dorn, Charlottenhof.
Für Ausflügler nach Potsdam empfehle mein Lokal zur gefl. Benutzung. — Großer schattiger Garten, zirka 1000 Verl. laffend. Vereins- u. Gewerkschaftszimmer. Kegelbahn. — Für 8 Speisen u. Getränke ist best. Sorge getragen.
Emil Schubert.

Hennigsdorf.

Achtung! Parteigenossen!
Habe das Lokal
Hennigsdorf, Fabrikstr. 15,
„Zum Sangesbruder“
früher Gäsascher, übernommen.
Dasselbe ist der Neuzeit entsprechend eingerichtet. 2 bestellte Kegelbahnen, herrl. schattiger Garten, angenehme Familienaufenthalte. Empfehle mich den Parteigenossen bei Ausflügen.
Karl Kinsler.
früher Tegel, Schloßstr. 64.

Knaben-Stoffanzüge

Knaben-Waschanzüge
am preiswertesten
direkt in der Fabrik
Berta Pröstel.
50, Andreadstr. 50, 1. Etage.

HAARSCHARF



bis auf den Pfennig sind wir gemäss unserer beim Amtsgericht niedergelegten Statuten verpflichtet, unsere Preise nach dem Verkaufssystem

Selbstkostenpreis + 10% Nutzen

zu berechnen. Durch diese Verkaufsart machen die Käufer erhebliche Ersparnisse und sind vor jeder Uebervorteilung geschützt. Wir verkaufen z. B. einen Anzug, der uns selbst 26.50 M. kostet, mit 29.15 M. usw.

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. B.

Vertrieb von Herren- und Knaben-Garderobe

Turmsirasse 80 Gr. Frankfurter Str. 4 Chausseestr. 27 Neukölln
(neben Kl. Tiergarten) (Ecke Fruchttrasse) (nahe Invalidenstr.) Bergstr. 7/8

Unserem langjährigen Bezirksführer
Hermann Müller
 und seiner lieben Braut die aufrichtigsten Glückwünsche zu ihrer heutigen Vermählung.
 Die Genossinnen und Genossen des 276. Bezirks (4. Kreis).

Unserem Genossen dem Bezirksführer
Hermann Müller
 und seiner jungen Braut die herzlichsten Glückwünsche zur heutigen Vermählung.
 Die Funktionäre der 17. Abteilung, IV. Kreis.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
 Landsberger Viertel. (Bezirk 395.)
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Möbelpolierer
Max Schulz
 Petersburger Str. 40
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
 Um rege Beteiligung wird ersucht.
 213/14 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband.
 Filiale Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Polierer
Max Schulz
 Petersburger Straße 40
 im Alter von 50 Jahren gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
 Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Mitgliedern weiter zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Oswald Hantke
 Ballianstr. 10b
 im Alter von 27 Jahren gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 12. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St. Pauls-Kirchhofes in der Seestraße aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 83/1 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Nachruf.
 Am 5. Mai verstarb unser Genosse, der Hausdiener
Wilhelm Dank
 Soldiner Str. 107.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung fand bereits am Freitag statt.
Todes-Anzeige.
 Am 6. Mai verstarb unser Genosse, der Arbeiter
Albert Gräbert
 Gagnifaner Str. 19, Bezirk 565.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Biond-Kirchhofes in Nordend aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 227/13 Der Vorstand.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes sage allen Beteiligten, insbesondere dem Deutschen Metallarbeiterverband meinen herzlichsten Dank.
 Hermann Leibiger nebst Kindern.

Deutscher
 Transportarbeiter - Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenhauer
Ernst Müller
 am 6. Mai im Alter von 39 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Mai, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Bestend aus nach dem Luisen-Kirchhof statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 64/19 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.
 Zweigverein Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauhilfsarbeiter
Heinr. Deutschmann
 (Bezirk Wedding)
 am 7. Mai verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Dankes-Kirchhofes, Reichslandwehr, Bismarckstr., aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 142/13 Der Vorstand.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben unermöglichen Mannes **Franz Langer** sage ich hiermit allen meinen herzlichsten Dank.
 Die trauernde Witwe
Ida Langer nebst Kindern.

Allgemeine Ortskrankenkasse
 zu Berlin.
 Am 10. Mai er. bleiben die Geschäftsräume der Kasse der Landtagswahlen wegen
geschlossen.
 Die an diesem Tage fälligen Krankengelder werden bereits am 15. Mai er. gezahlt.
 Der Vorstand. 272/4
W. Pichl, Vorsitzender.

Orts - Krankenkasse
 der Buchbinder
 und verw. Gewerbe zu Berlin.
 Am Freitag, den 16. Mai, bleibt das Kassenlokal der Landtagswahl wegen geschlossen.
 Das an diesem Tage fällige Krankengeld kann schon am Donnerstag, den 15. Mai, abgehoben werden.
 272/3 Der Vorstand.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinsenzstr. 41, Moritzplatz
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Nachruf.
 Nach längerem Leiden verstarb am 5. Mai 1913 unser hochverehrter Eheg., der Glasmeister
Carl Schneider.
 Herr Schneider war ein Arbeitsgeber, der den Wünschen und Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ein gewisses Verständnis entgegen brachte. Aus diesem Grunde werden ihm die Angestellten ein dauerndes Andenken bewahren.
 Das Betriebspersonal der Firma
C. F. W. Schneider & Sohn
 Kunst- und Glasfabrik.

W. Zapel
 Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131
 Größtes Spezial-Geschäft
 für Seiden- und Filzhüte.
 Lager in Schirmen und Mützen.

Berlins größtes Kredithaus
ALLE TAGE ANDERS
 direkt am Nettelbeckplatz
 Bahnhof Wedding

Auf Kredit
 Herren - Garderobe
 Damen - Garderobe
 Kinder - Garderobe
 für Knaben und Mädchen

Wöchentliche Teilzahlung nur 1 M.
Sport- u. Kinderwagen
 Kolossale Auswahl
 Preise so billig wie nur möglich

Gratiszugabe: Herren: elegant. Hut oder moderner Stock. Damen: eleg. Lederwaren usw. usw.
 Bis zum Pfingstfest Verabfolgung der doppelten Anzahl Sparmarken oder 10 Prozent Rabatt in bar pro Mark.

Einstig Waren-Abzahlung-Geschäft, das zur Verabfolgung der Sparmarken der Rabatt-Gewährungsgenossenschaft berechtigt ist.

Waren- und Möbel - Kredit - Haus
ALLE TAGE ANDERS
 Größtes Haus am Nettelbeckplatz
 Park-, Gericht- und Reinickendorfer Str. - Ecke
 Parterre, I., II., III., IV. Etage.

Von **1** Mark an
 liefere **1** elegante fertige
Herren-Garderobe
 Anfertigung nach Mass mit Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
 Schneidermeister
 I. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 37
 II. Geschäft: Turmstrasse 18
 III. Geschäft: Kottbuser Str. 14

Ohne Anzahlung
 liefere an jedermann
Garderobe auf Kredit
 für Herren für Damen für Kinder
 Anzahlung nach Uebereinkunft mit bequemer Abzahlung
 Ferner empfehle: Gardinen, Lein- u. Bettwäsche, Stoppdecken, Portieren, Teppiche, Betten, Kronen, Kinderwagen usw.
Möbel Komplette Wohnungs-Einrichtungen Einzelne Möbelstücke, Polsterwaren Farbige Küchen, Kleinmöbel etc. etc. bei kleinster An- und Abzahlung.

S. DORN, Weimmeisterstr. 9
 Ecke Alte Schönhäuser Str.

Charlottenburg.
S. Hoffmann, Wilmersdorfer Straße 12,
 Ecke Schulstraße
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager von guten, selbstangefertigten
Frühjahrs - Anzügen und Paletots
 für Herren und Knaben zu sehr soliden Preisen.
Maß - Anzüge aus den modernsten Stoffen unter Garantie guten tadellosen Sitzes von **45 Mark** an.
 Lieferant der Konsumgenossenschaft E. G. m. H. Berlin und Umgehung.
 Heute bis 9 Uhr geöffnet.

Reuters Werke Heines Werke
 3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts
 3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts

Westmann
 Kostüme - Mäntel
 bedeutend billiger!

Waschstoffen	9	sonst bis 22	Alpaka	12	sonst bis 23
Stoffen engl. Art	12	sonst bis 31	Tuch	15	sonst bis 27
Kammgarn	18	sonst bis 30	Popeline	15	sonst bis 29
Composé	21	sonst bis 49	Loden	18	sonst bis 32
Frotté	28	sonst bis 65	Seide	20	sonst bis 33
Eolienne	60	sonst bis 140	Eolienne	27	sonst bis 48
Seide	65	sonst bis 155	Tüll	35	sonst bis 68

Sommerkleider in Charmeuse, Eolienne, Volle 30, 45 bis 98.
 Macharten, Stoffe, Zutaten erstklassig!
 Filzschmähel, Pelzkonfektion jetzt ca. 50% billiger
 I. Feiertag geschlossen, II. Feiertag geöffnet 8-10 vorm.

1 M.
 wöchentl. Teilzahlung
 liefere elegante
Herren-Moden
 Ersatz für Mass
 Mass-Anfertigung
 Feinste Verarbeitung.
 Garantie: tadelloser Sitz

J. Kurzberg, Mass-Schneiderer
 Nur:
 Im Zentrum: Rosenthaler Str. 36
 I. Etage Hackescher Markt
 Im Osten: Frankfurter Allee 104
 Parterre Ecke Friedenstrasse
 Im Norden: Reinickendorfer Str. 4
 I. Etage Am Wedding-Platz

BRAUNE SALAMANDER
FÜR DAS DAS PFINGSTFEST
Mk. 12⁵⁰




Frischer Spargel Pfd. **25,45** Pf.
FrISCHE Eier Mdl. **70,85** Pf.

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen

Soweit Vorrat. Verkauf nicht an Wiederverkäufer. Lebensmittel nicht am Spittelmarkt.

Lebensmittel

Wurstwaren

Cervelat- oder Salamiwurst Pfund **1.35**
 Thüringer Knoblauchwurst Pfd. **1.40**
 Teewurst Pfund **1.10**
 ff. Leberwurst Pfund **1.10**
 Landleber- od. Rotwurst I Pfund **95** Pf.
 Zwiebel- od. Rotwurst .. Pfund **55** Pf.
 Speck ^{alt} Pfund **78** Pf. ^{mager} **95** Pf.
 Schinkenspeck Pfund **1.20** Pf.
 Nusschinken Pfund **1.35**

Weine

Baylenwein Flasche **78** Pf.
 Moselblümchen Flasche **95** Pf.
 Obermoseler Flasche **85** Pf.
 Roter Tischwein Flasche **85** Pf.
 Medoc St. Emilion Flasche **1.10**
 Frischer Maitrank (aus Fruchtweine) Flasche **50** Pf.
 Erdbeer-Bowle Flasche **50** Pf.
 Pfirsich-Bowle Flasche **50** Pf.
 Ananas-Bowle Flasche **50** Pf.
 Apfelwein 3 Flaschen **95** Pf.
 Maikräuter 3 Bund **10** Pf.
 Zitronen Dutzend **40, 50** Pf.

Back-Artikel

Weizenmehl 000 5-Pfund-Beutel **90** Pf.
 Kaiser Auszugmehl 5-Pfund-Beutel **1.00**
 Viktoria Auszugmehl 5-Pfund-Beutel... **1.10**
 Hefe Pfund **50** Pf.
 Mandeln ^{süss} oder ^{bitter}, Pfund **1.50**
 Rosinen ^{grosse} Pfund **48, 55** Pf.
 Pudding-Pulver ^{gefärbt, in verschiedenem Geschmack...} 5 Pack **28** Pf.

* Frisches Fleisch

Suppenfleisch Pfund **65** Pf.
 Schmorfleisch ^{mit Knoch.} Pfund **85** Pf.
 Schinken ^{im Ganzen} Pfund **85** Pf.
 Schulterblatt ^{im Ganzen} Pfund **75** Pf.
 Schweinebauch Pfund **70** Pf.
 Hammel, dicke Rippe Pfund **80** Pf.
 Hammeldünnung Pfund **70** Pf.
 Kalbskamm od. Bug Pfund **80** Pf.
 Rückenfett oder Liesen Pfund **60** Pf.
 Kassler Pfund **95** Pf.

Butter und Käse

Backbutter Pfund **1.20**
 Molkereibutter 1/2 Pfund-Paket **63** Pf.
 Feinste Tafelbutter 1/2-Pfund-Paket **68** Pf.
 Schweizer Käse Pfund **85, 95** Pf.
 Tilsiter Käse Pfund **85** Pf.
 Limburger Käse Pfund **50** Pf.
 Brie-Käse Pfund **55** Pf.
 Kaffee 1/2 Pfund-Paket **65, 70, 75** Pf.
 Kakao Pfund **65, 95** Pf.
 Haushalt-Schokolade Pfund **68** Pf.
 Austral-Äpfel Pfund **35, 45** Pf.
 Frische Gurken Stück **30, 40** Pf.
 Kopfsalat Kopf **5** Pf.
 Rabarber Bund **5** Pf.
 Radieschen 4 Bund **10** Pf.
 Spinat 3 Pfund **10** Pf.

Fischkonserven

Sardinen in Öl Dose **38, 45** Pf.
 Appetit-Sild ... Dose **28, 38, 48** Pf.
 Bismarck- od. Bratheringe Dose **45** Pf.
 Heringe in Gelee ... ca. 1 Pfund-Dose **35** Pf.
 Ananas Pfund **70, 85** Pf.
 Himbeersaft 1/2 Fl. **95** 1/2 Fl. **50** Pf.

Reise-Artikel

Kupee-Koffer mit Pluvialstoff-Bezug
 ca. 55 60 65 70 cm **2.85 3.50 3.75 4.25**
Kupee-Koffer mit Pergament-Bezug 3 Springschlössern und Rindlederecken
 ca. 55 60 65 70 cm **6.85 7.50 8.50 9.50**
Kupee-Koffer aus Vulkanfaser, m. bewegl. Griffen
 ca. 55 60 65 70 75 cm **7.50 8.00 8.50 9.00 10.25**

Rucksäcke aus kräftigen Stoffen, mit Lederriemen und Aussentasche **95, 1.45, 2.25**
Rucksäcke ca. 55x48 cm, aus kräftigen Stoffen mit breiten Rindlederriemen und Aussentasche **2.90**
Picknickkoffer mit Blecheinsatz **95, 1.25, 1.45, 1.65**
Japanische Koffer mit herumgehendem Lederriemen **1.25, 2.25, 3.25, 4.25**

Jedermann erhält auf bequeme Teilzahlung

Herren-Anzüge nur moderne Stoffe und schicke Fassons
21.- 26.- 35.- 42.- 50.- bis 60.- M.
 Anzahlung von **5.- M.** an

Ulster-Paletots für jede Größe passend
 Anzahlung von **6.- M.** an
 Wochenrate:

1.- M.

C. Wachsmann & Co. Reinickendorfer Str. 15
 Eingang Ravenestraße, a. d. Feuerwache

Bei **1.- M.** wöchentlicher Abzahlung erhält jede Dame

Kostüme - Kleider
 Röcke ♦ Blusen ♦ Wäsche
 Anzahlung von **3.- M.** an

Besichtigen Sie in Ihrem eigenen Interesse unsere neuesten Modelle ohne Kaufverpflichtung

Möbel: Einzelne Gegenstände . . . Anzahlung v. **3.- M.** an
 Komplette Zimmereinrichtungen „ v. **10.- M.** an
 Vollständige Wohnungsausstattungen „ v. **25.- M.** an

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavaliere wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide gearbeitet, von **9-18 M.** Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesen-Posten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide gearbeitet, früher bis **150**, jetzt **20-35 M.** Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche sowie Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen. — Vorwärtsleser erhalten **10%** extra

Verbandstag der Banarbeiter.

Nach Eröffnung der Sitzung am Freitag gab der Vorsitzende Baepfow den dem Vorstande zugegangenen, in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ bereits mitgeteilten Beschluß des Arbeitgeberbundes bekannt und bemerkte dazu: Die Unternehmer sind im Irrtum, wenn sie meinen, die Zahlung der erhöhten Löhne solle erst nach Unterzeichnung des Vertrages erfolgen. Da wir die Schiedsprüche angenommen haben, müssen wir selbstverständlich auch den Vertrag unterschreiben. Die vereinbarten, sowie die von den Unparteiischen festgesetzten höheren Löhne treten mit der Annahme der Schiedsprüche, rückwirkend vom 2. Mai ab, in Kraft und müssen am Lohnstage dieser Woche, also am 9. beziehungsweise 10. Mai gezahlt werden. Wenn der Arbeitgeberbund seine Unterverbände nicht in diesem Sinne anweisen sollte, dann hat er die Vorbedingungen des Vertrages nicht erfüllt. Ferner irtzt sich der Arbeitgeberbund darin, daß er sagt, die am 6. Mai vorgeschlagenen Korrekturen der Löhne für Rheinland-Westfalen hätten keine Gültigkeit, weil sie ohne Anhörung der Unternehmervertreter zustande gekommen seien. Wir halten die Vereinbarungen vom 6. Mai für unbedingt gültig. Die Unparteiischen hatten die Sache in die Hand genommen und die beiderseitigen Vertreter geladen. Wir waren bei diesen Verhandlungen vertreten und der Arbeitgeberbund war durch einen Generalsekretär und einen zweiten Sekretär vertreten. Auch der Arbeitgeberbund hatte den Wunsch, daß die im ersten Vorschläge der Unparteiischen enthaltenen Unstimmigkeiten richtig gestellt werden. Wir können den gesamten Vorschlägen der Unparteiischen nur unter der Voraussetzung zustimmen, daß die Veränderungen vom 6. Mai gültig sind. Ich glaube, daß auch die drei Unparteiischen an dem festhalten werden, was unter ihrer Zustimmung am 6. Mai vereinbart worden ist. Was uns die Unternehmer jetzt mitgeteilt haben, das ist eine sehr verkehrte Zustimmung, die wir nicht anerkennen können. Wir werden dortauf, obgleich ein Teil unserer Kollegen die Antwort der Unternehmer als eine Ablehnung ansehen wird, an unserem Beschluß nichts ändern. Doch die Situation ist augenblicklich wieder eine ungewisse. Wir werden zunächst versuchen, uns wegen dieser Differenzpunkte mit dem Arbeitgeberverband zu verständigen. In diesem Zweck fahren die Kollegen Silberjahn und Winzig mit zwei Vertretern des christlichen Banarbeitersverbandes sofort nach Leipzig. Sie werden uns heut nachmittags telegraphischen Bericht erstatten. Hierauf nahm der Verbandstag die

Statutenberatung

nieder auf. Zur Debatte standen die Abchnitte, welche die Vertrags- und Untersuchungsfrage betreffen. Die Vorschläge der Kommission weichen von dem bisherigen Statut hauptsächlich insofern ab, daß der Beitrag für 44 Wochen im Jahre erhoben werden soll, während das Jahr bisher nur 40 Beitragswochen hatte. Die Beiträge sollen erhöht werden, und zwar derart, daß die bisherigen Beitragssätze (40-60 Pf. pro Woche) in vollem Betrage der Hauptklasse zufließen und für die Nebenklassen ein Zuschlag von mindestens 20 Prozent erhoben werden soll. Während an den bestehenden Untersuchungsstellen in der Hauptsache nichts geändert wird, soll die Arbeitslosenunterstützung als neuer Unterstützungsgegenstand eingeführt werden. Für ihre Einführung hat sich derjenige Verbandstag bereits im Prinzip entschieden, so daß nur noch die Leistungen der Arbeitslosenunterstützung festzusetzen waren, was denn auch in der Kommissionsvorlage geschehen ist.

Die Diskussion über diesen Teil des Statuts zog sich bis in die späten Nachmittagsstunden hin. Eine Reihe von Änderungsanträgen wurden gestellt, vereinzelt auch Bedenken gegen die Arbeitslosenunterstützung an sich erhoben. Ein Teil der Redner forderte, daß die Entscheidung über die Arbeitslosenunterstützung bis zum nächsten Verbandstag vertagt werde. Andere Redner wollten, daß diese Frage durch Urabstimmung entschieden werde. Die vorgeschlagene Erhöhung der Beiträge wurde von verschiedenen Rednern als zu weitgehend bezeichnet, weil man in Mitgliederkreisen einer neuen Belastung mit großer Unzufriedenheit begegnen würde. Trotz dieser Einwendungen ließ der Verlauf der Diskussion vermuten, daß die Vorlage der Kommission, wenn auch mit einigen Veränderungen, angenommen werden würde. Doch die Abstimmung brachte eine unerwartete Heberausung. Zunächst wurden einige Änderungsanträge angenommen, die das Gesamtbild nicht wesentlich ändern. Dann erfolgte die namentliche Abstimmung über den ganzen, zehn Paragraphen umfassenden Teil der Vorlage, welcher die Beiträge und das gesamte Unterstützungswesen regelt. Es wurden 287 Stimmen für und 154 Stimmen dagegen abgegeben. Die für Statutenänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit ist nicht erreicht, also gilt der ganze Abschnitt der Vorlage als abgelehnt.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte beschloß der Verbandstag, daß der Vorstand mit der Statutenkommission in Beratung treten soll, um dem Plenum neue Vorschläge an Stelle der abgelehnten zu machen. — Das Ergebnis der Kommissionsberatung wird am Sonnabend vorgelegt werden.

Eine Nachricht aus Leipzig war bis zum Schluß der Sitzung noch nicht eingelaufen.

Außerordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Berlin, den 9. Mai 1913.

Zweiter Verhandlungstag.

Beim Beginn der Sitzung teilte Schrader mit, daß die Tagungen der Arbeitnehmer ohne Ausnahme den Vorschlägen der Unparteiischen zugestimmt haben, doch habe der Arbeitgeberbund, der zurzeit in Leipzig tagt, eine andere Stellung dazu eingenommen. Der Vorstand empfahl daher nachstehende Resolution in dieser Frage zur Annahme:

Die Generalversammlung des Zimmererverbandes nimmt Kenntnis von der Entschließung der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe und stellt fest, daß diese nicht in allen Teilen den getroffenen Vereinbarungen und den Entscheidungen der Unparteiischen entspricht. Insbesondere trifft dies zu auf die Bestimmung, wonach die vereinbarten Lohnhöhen vom 2. Mai d. J. ab in Kraft treten und an dem darauf folgenden Lohnzahlungstage zur Auszahlung gelangen sollen.

Demgegenüber hält die Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer an den Vereinbarungen fest und erklärt, daß sie den Vorschlägen der Unparteiischen, die keineswegs eine Befriedigung der Zimmerer darstellen, zugestimmt hat nur in der Voraussetzung, daß diese auch vom Arbeitgeberbund ohne Einschränkung angenommen und durchgeführt werden. Es wird deshalb erwartet, daß der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe seinen abweichenden Standpunkt revidiert, geschieht das nicht, so muß der Zentralverband der Zimmerer dem Arbeitgeberbund die Verantwortung für die Weiterungen, die sich aus seinem jetzigen Verhalten ergeben, selbst überlassen.

Diese Resolution fand einstimmige Annahme.

Ueber die

Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Betongewerbe

referiert Bringmann. Die Frage sei entstanden durch die Forderung des Arbeitgeberbundes, das Betongewerbe in das Tarifverhältnis einzubeziehen. Diese Forderung sei bereits in München erhoben worden, habe dann auch weiterhin eine bedeutende Rolle in den zentralen Tarifverhandlungen gespielt. Auch habe die gegenwärtige Generalversammlung in ihrer ersten Tagung Stellung dazu genommen. Die Unparteiischen haben dann in ihren Vorschlägen die Sache dahin geregelt, daß die Betonarbeiten mitunter den Tarifvertrag fallen. Die nähere Regelung unterliegt der Vereinbarung der örtlichen Organisationen. Diese Regelung sei auch in recht weiten Kreisen erfolgt, trotzdem seien die Betonfirmen nicht zufrieden und verlangen eine zentrale Regelung, obgleich der Vorstand des Arbeitgeberbundes den Vorschlägen zugestimmt habe. Hierzu müsse die Generalversammlung erneut Stellung nehmen. Der Referent legt dazu Richtlinien vor, welche dem Zentralverband und den verhandelnden Personen an die Hand gegeben werden sollen.

Eine kurze Debatte folgte über diese Frage ein, in der alle Redner sich gegen eine zentrale Regelung in der Betonfrage aussprachen. Ege-Frankfurt führte aus, daß der Betonbau erst in der Entwicklung begriffen sei und sich durchaus nicht eigne für zentrale Regelung der Arbeitsverhältnisse, dazu sei das Gewerbe viel zu jung. Der Verband müsse auf der Innhaltung der unverbindlichen Beschlüsse der Unparteiischen vom 12. März d. J. bestehen, da in diesem Gewerbe nur örtlich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt werden können. In ähnlichem Sinne sprachen unter anderem noch Walter-Meh, Schwenninger-Mühlhausen i. E., Waver-Hamburg, Finckel-Elbing, Kroneberg-Leipzig, die fast alle kurz und präzise zentrale Verhandlungen für den Betonbau ablehnten.

Richard-Hamburg, Steffens-Bremen, Schrader-Hamburg und Kösch-Dresden erklärten sich für die vom Referenten gezeichneten Richtlinien; sie empfahlen, nach diesen Richtlinien in dieser Frage zu arbeiten.

Die Generalversammlung beschloß demgemäß und beauftragte die Verhandlungskommission, an der Verhandlung, die zur Regelung der Betonfrage am 16. Mai stattfindet, teilzunehmen und ihre Beschlüsse im Sinne der Verhandlungsabhandlungen zu fassen.

Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Doch wird dem Vorstand das Recht erteilt, die Delegierten, wenn es sich notwendig macht, auch noch ein drittes Mal zusammenzurufen, um die Tarifbewegung endgültig zu regeln.

Berichtigung. In dem Bericht vom Donnerstag muß es bei Schilderung der Erhöhung der Stundenlöhne Pfennige statt Mark heißen.

Aus aller Welt.

Ode an das preussische Wahlrecht.

Eine der Schönheiten des preussischen Wahlrechts besteht darin, daß ein Vorklärt in der ersten Wählerklasse sein Wahlrecht ausüben konnte. Diese Tatsache wurde feinerzeit in den lustigen Plättchen gewürdigt. Das Poem mag der unverdienten Vergessenheit entrissen werden.

Da war ein Mann von viel Talent,
Der hatte ein, was man so nennt,
Dums ballera juchhe!
Wo war denn das? — In Altona...
Da tat sich was im Bemusberg
Dums ballera juchhe!
So was nährt reichlich seinen Mann,
Das geht denn das die andern an.
Der Mann wählt in der ersten Klasse,
Ja, solche Ehre kommt von da,
Dum ballera juchhe!

Der du in dritter Klasse wählst,
Doch du dich nicht mit Mühsamkeit quälst!
Was bist du denn auch weiter groß?
Ein Arbeitsmann, ein Kofmich bloß,
Ein Musikant, ein Advokat,
Ein Schreiber, ein Regierungsrat,
Ein Fabrikant, ein Archivar,
Am Ende ein Minister gar.
Du miserable Kreatur
Wählst du in dritter Klasse nur,
Warum hast du Kinoseros
Nicht auch so ein — wie sagt man bloß?
So'n Dums ballera,
So'n Dums ballera,
So'n Dums ballera juchhe!

Schreckliche Folgen eines Knabenstreiches.

In fürchterlicher Weise haben fünf Knaben für einen dummen Streich büßen müssen. In Prasso Teresino in Südtalien kamen diese fünf auf den unglücklichen Einfall, aus einer Fabrik für Feuerwerkskörper 6 Kilogramm Pulver zu bengalischem Licht zu stehlen. Nachdem sie das Zeug glücklich durch ein Fenster hinausgebracht hatten, steckten sie die ganze Rasse mit einem Kerze an und wurden von der ausschlagenden Flamme schwer verletzt. Zwei der Kinder liegen im Sterben, die drei übrigen haben das Augenlicht eingebüßt.

Kleine Notizen.

Folgen des Alkohols. In der Nacht zum Freitag gerieten in einer Wirtschaft in Friedrichsord bei Kiel ein Obermaat und ein Bootarbeiter der Torpedowerkstätten mit einem Privatlehrer in Streit. Später wurden der Bootarbeiter und der Obermaat mit schweren Schußwunden auf der Straße aufgefunden. Man glaubt, daß der Privatlehrer der Täter ist.

Bergiftete Wurst. Nach dem Genuß von Wurst erkrankte in Reddinghausen ein Arbeiterpaar. Die Frau ist bereits gestorben, während der Mann mit dem Tode ringt.

Selbstmord eines Gefangenen. Rentier Warzewski, der, wie bekannt, den Güteragenten Strofski durch zwei Revolverkugeln im Deutschen Hause in Allenstein lebensgefährlich verletzte, hat Donnerstagnachmittag im Allensteiner Gerichtsgefängnis Selbstmord durch Erhängen begangen.

Neue Brandstiftungen. Ein schöner Sommerfrüh im Bezirk Barrow ist durch einen Brand vernichtet worden. Bei der Brandstätte wurden Flugschriften des Frauenrechtlerinnen gefunden. Der Sommerfrüh war unbewohnt, er gehörte früher einem Gürtelbesitzer Schneider.

Marktpreise von Berlin am 8. Mai 1913, nach Ermittlungen des königl. Viehwirtschaftsamtes. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,33 bis 20,60, mittel 20,54-20,55, geringe 20,50-20,52. Roggen, gute Sorte 00,00-16,30, mittel 00,00-00,00, geringe 00,00-00,00, (ab Bahn). Zuckergerte, gute Sorte 16,10-16,60, mittel 15,50-16,00, geringe 15,00-15,40, Haler, gute Sorte 17,80-19,70, mittel 16,60-17,70 (frei Wagen und ab Bahn). Mais (mitgeb.), gute Sorte 15,30-15,60. Mais (runder), gute Sorte 00,00-00,00. Nichtstroh 0,00. Neu 0,00-0,00.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-60,00. Edelbohnen, weiße 35,00-60,00. Linen 35,00-60,00. Kartoffeln (kleinbl.) 5,00-8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30-1,80. Schweinefleisch 1,40-2,00. Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,30-3,00. 60 Stück Eier 3,00-4,50. 1 Kilogramm Karpen 1,40-2,40. Kalle 1,80-3,30. Jander 1,40-3,60. Hefte 1,20-2,60. Bische 0,80-2,40. Schiete 1,60-3,20. Biele 0,80-1,40. 60 Stück Krebse 1,50-60,00.

Advertisement for BaerSohn jackets and suits. It features two illustrations of men in suits, one on the left and one on the right. The central text reads 'Jackett-Anzüge' in large letters, followed by 'Neue Moden. □ Neue Stoffe. □ Neue Farben. Hervorragende Erzeugnisse unserer Kleiderwerke, Arbeitsteilung nach amerikanischem System.' Below this are price ranges: '27.- 30.- 36.- 40.- 45.- 50.- 60.- 70.- 75.-' and 'Cutaway u. Westen' with prices '33.- 36.- 40.-' and '45.- 50.- 60.-'. At the bottom, it says 'Entzückende Knaben-Anzüge == Modernste Jünglings-Anzüge' and 'BaerSohn' in large letters. The address is 'Kleiderwerke, Deutschlands größte Fabrik dieser Art, Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10'. It also includes 'Haupt-Katalog Nr. 47 (Neueste Moden) kostenfrei.' and closing times: 'Pfingstsonntag geschlossen. Pfingstmontag nur von 8-10 geöffnet.'

Theater.

Sonnabend, den 10. Mai 1918

Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater am Rollendorfsplatz. Aufführung Sternsches Konvolut.

Anfang 4 Uhr.

Urania. „Hohenzollern“-Fahrten.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Fiedermaus.

Königl. Schauspielhaus. Kriadne auf Naxos.

Montis Operetten. Der lachende Ehemann.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Die Nordsee-Insel Syll.

Deutsches Schauspielhaus. Der lebende Leichnam.

Stammerspiele. Die Einnahme von Berg-op-Boom.

Seiffen. John Gabriel Borkman.

Schiller O. Klein Dorrit.

Schiller-Charlottenburg. Hohen-

Königgräzer Straße. Das Buch einer Frau.

Theater des Westens. Der Vogelhändler.

Deutsches Schauspielhaus. M.-

Deidberg.

Berliner. Filmzauber.

Kleines. Professor Bernhardt.

Deutsches Opernhaus. Der

Wakala.

Komödienhaus. Hofherrschafliche

Wohnungen.

Metropol. Die Kino-Königin.

Trianon. Madame X.

Zbalia. Puppen.

Luisen. Die drei Schwestern Kan-

doß.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater am Rollendorfsplatz.

Ertragung nach Nizza.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.

Das Harmermädchen.

Reibenz. Die Frau Präsidentin.

Luisenpark. Wajolka.

Rose. Napoleon Bonaparte und

seine Frauen.

Goldes Cavrice. Die Dant. Sein

lehter Wille. Der Cowboy.

Wintergarten. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. König Krause.

Anfang 9 Uhr.

Admiralpalast. Eisballett: Flirt in

St. Moritz.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62

Schiller-Theater O. Theater.

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Klein Dorrit.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:

Das Konzert.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Zwei Wappen.

Montag, abends 8 Uhr:

Gyges und sein Ring.

Schiller-Theater Charlotten-

burg.

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Wolkenkratzer.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:

König Lear.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Die Wildente.

Montag, nachmittags 3 Uhr:

Wilhelm Tell.

Montag, abends 8 Uhr:

Klein Dorrit.

Berliner Theater.

8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königgräzer Straße

8 Uhr:

Das Buch einer Frau.

Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Alt-Heidelberg.

(Sarl Heinz: Harry Walden.)

Theater am Rollendorfsplatz

Bei Sommerpr. tägl. abends 8 1/2 Uhr:

Extrazug nach Nizza.

Sonnab. 17. Mai ex. nachm. 8 1/2 Uhr:

6. Auff. der Opernschule d. Sternschen

Konvolutums.

Montis Operetten-Theater

(r. Neues Theater). Amt Norden 1141.

Sommerpreis! Abends 7 1/2 Uhr:

Sum 1. Male:

Der lachende Ehemann.

Residenz-Theater.

Abends 8 1/2 Uhr:

Die Frau Präsidentin.

(Madame la Présidente).

Schwab. in 3 Akten v. R. Gannequin

und B. Weber.

Morgen und folgende Tage:

Die Frau Präsidentin.

Theater des Westens.

8 Uhr (Vollständliche Preise):

Der Vogelhändler.

Sonnt. u. Mont., nachm. 8 1/2 Uhr:

Der liebe Augustin.

Urania.

Taubenstraße 48/49.

Wissenschaftliches Theater.

Nachmittags 4 Uhr:

„Hohenzollern“-Fahrten.

Abends 8 Uhr:

Die Nordsee-Insel Syll.

ZOO

LOGISCHER GARTEN

Heute nachm. 4 Uhr:

Gr. Militär-Doppelkonzert

Eintritt 1 Mark,

von 6 Uhr ab 50 Pf.

Kinder unter 10 Jahren

die Hälfte.

Am 1. u. 2. Pfingsttage morgens 6 Uhr

Gr. Militär-Früh-Konzerte.

Eintr. 50 Pf. Kinder unt. 10 Jahren

die Hälfte. Die Wagon d. Straßen-

bahn verkehren auf allen nach

dem Garten führenden Linien ab

5 Uhr; desgl. die Züge d. Stadt-

bahn und Untergrundbahn.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Prinz und Bettlerin.

Militärausstellungst. LAUT.

von Howard u. Luq.

Abends 8 1/2 Uhr:

Sonnt. u. Mont. nm. 3 Uhr: Napoleon

Bonaparte und seine Frauen.

Abends 8 1/2 Uhr: Prinz u. Bettl erin

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr:

Die Kino-Königin.

Operette in 3 Akten von Jul. Freund

und G. Montanelli.

Musik von Jean Gilbert.

In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.

Karl Bachmann J. Giampietro

G. Thielscher V. Norbert

H. Ballot J. Russka Ly Winter

Morgen nachmittags 3 Uhr:

Leichte Kavallerie u. Flotte Bursche.

UT

Licht-Spiele

Von heute an

in allen fünf

Union-Theatern

Kinematographische

Festspiele

Beginn an den Feiertagen

nachmittags 3 Uhr.

Voigt-Theater.

Waldstraße 58.

Sonntag, den 11. Mai, nachm. 4 Uhr:

1. u. 2. Pfingstfeiertag, (owie tägl.)

Auf nach Amerika.

Sensations-Veranstaltung i. 5 Akten

v. Dr. Rappert. Musik G. Schmidt.

Musik. erstklassiger Spezialitäten.

1500 Personen gegen Regen geschützt.

Kasseneröffnung 10 Uhr.

Trianon-Theater.

Täglich 8 Uhr: Madame X.

Sonntag 3 Uhr: Der selbige Toupinal.

Passage-Panoptikum

Jon Got

der akrobatische

Schlafwandler!

Der Mann mit der

eisernen Hand!

Aga, die schwebende

Jungfrau!

Alles lebend!

Alles ohne Extra-Entree!

Sozialdemokr. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis

4 Gr. Frühkonzerte:

Sonntag, den 11. Mai (1. Pfingstfeiertag):

im Lokal Ludwig, Treptow, am Treptower Park

unter Mitwirkung des Gesangvereins „Liberté“.

in Menten Volksgarten (Inhaber w. Schröter) Lichtenberg, Röderstr. 28/29

unter Mitwirkung des Gesangvereins „Lichtenberger Männerchor“ und von

Spezialitäten.

Montag, den 12. Mai (2. Pfingstfeiertag):

in der Brauerei Friedrichshain, am Friedrichshain

unter Mitwirkung des Gesangvereins „Männerchor Ost“.

und im Elysium, Landsberger Allee 40

unter Mitwirkung von Spezialitäten.

Anfang 5 Uhr. Billett 20 Pfennig.

In allen Lokalen steht den Damen die Kaffeeküche zur Verfügung.

219/12*

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis, 1.-7. Abteilung.

Sonntag, den 11. Mai (1. Pfingstfeiertag) im Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9:

Großes Früh-Konzert

.. mit Theater- und Spezialitäten-Vorstellung ..

Eröffnung 5 Uhr. Billett 90 Pf. Anfang 6 Uhr.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen zur Verfügung.

Das Komitee.

227/11*

Eden-Palast-Vitascope-Theater

Collbusser-Damm 2-3 Am Hermanns-Platz

Neukölln

Quo vadis?

Das gewaltigste Film-Drama

aller Zeiten.

Brauerei Friedrichshain

Am Königstor. Del.: Ernst Liebig.

Ab Pfingsten: Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:

Kaffee-frei-Vorstellung

der Norddeutschen und Apollo-Sänger

bei freiem Entree. Festtags: Frei-Konzert.

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Extra-Konzert!

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

An allen 3 Pfingstfeiertagen: Gr. Extra-Konzert.

Der „Clou“ bleibt bis auf weiteres geöffnet.

Berliner

Kindl-Brauerei-Ausschank

Hermannstr. 214/18 Neukölln Fernspr.: Neukölln 79.

Oekonom: Robert Bergner.

1. und 2. Pfingstfeiertag:

Großes Früh-Konzert

Anfang: 5 Uhr. — Kasseneröffnung 4 1/2 Uhr.

Entree (inkl. Programm) 20 Pf.

Kaffeeküche von 4 1/2 Uhr an geöffnet.

Täglich nachmittags:

Großes Garten-Konzert.

Reichhaltige Speisekarte.

Reederei Kahnt & Hertzner

Fernsprecher Königst. 2082.

Pfingst-Extrafahrten ab: Walsenbrücke

Teupitz (Cornows Idyll) Abf. 1. u. 2. Feiert.

7 1/2, 3. Feiert. 8 Uhr.

Hin und zurück 2,00 Mk. — Außerdem:

Am 1. Feiertag:

Wromenadenfahrt n. d. Langen See. Abf. 6 Uhr früh. Hin u. zur. 50 Pf.

Nach Krampenburg (Motorboot). Abf. 9 Uhr vorm. Hin und zurück

Nach Neue Wühle. Abfahrt 10 Uhr vormittags 1,00 Mk.

Am 2. Feiertag:

Nach Krampenburg—Neue Wühle. Abf. 7 1/2 u. 9 Uhr

Nach Krampenburg—Ziegenhals. Abf. 8 u. 9 1/2 Uhr

Nach Woltersdorfer Schleuse. Abf. 8 u. 9 1/2 Uhr

Nach Krampenburg (Motorboot). Abfahrt 10 Uhr

Nach Zernsdorf. Abfahrt 9 Uhr. Hin und zurück 1,10 Mk.

Am 3. Feiertag:

Nach Krampenburg—Ziegenhals. Abf. 8 1/2 u. 9 1/2 Uhr

Nach Neue Wühle. Abfahrt 10 Uhr

Nach Krampenburg (Motorboot). Abfahrt 11 Uhr

Nach Woltersdorfer Schleuse. Abfahrt 2 Uhr

Nach Zernsdorf. Abfahrt 9 Uhr. Hin und zurück 80 Pf.

Von Café Alsen (Schl. Tor) Abf. je 1/2 Stunde später. Fahrtscheine

find auch im Vorverkauf im Kontor u. d. Stralauerbrücke 415 zu haben.

Folies Caprice.

Die Novitäten:

Die Bank.

Sein letzter Wille.

Der Cowboy.

Anfang 8 1/2 Uhr. Vorvert. 11-2 Uhr.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

„Café

Größenwahn“

Burleske

von Heysel.

Anfang 1. u. 2. Feiertag 7 1/2 Uhr.

Petersburger Str.

50/51.

Elysium

Landberger Allee

10/11.

Heute sowie täglich: Konzert.

Spezialitäten mit Franz Sobanski.

1. und 2. Früh-Vorstellung. An allen

Feiertagen: Feiertagen: Großes Ball.

Anfang früh 5 Uhr, nachm. 3 Uhr. Eintritt 10 Pf.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?

Sommer noch Pichelswerder,

an der neuen beim Alten Freund.

Abfahrts. Schillingsbrücke

am Schlesischen Bahnhof.

Am 1. und 2. Pfingsttag. Schlenze ca. 8-9 Uhr früh, ca. 2 1/2 u. 3 Uhr. Abf. 10

Pfingstfeiertag (Neue Wühle ca. 9-9 1/2 Uhr früh

Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham
Frankfurter- u. Römertrank- K. 12705
C. 20 Barlitzstr. 14, Fernsp. K. 12705

Si-Si
Bestes alkoholfreies
Getränk.
Berlin O, Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung
Hamburger Laden, Charl., Wallstr. 60

Auto-Fahrer
Gr. Frankfurterstr. 44
Eintr. (Tgl.), Teils. gest.

Bäckereien, Konditor.

**Blottner's
Großbäckerei**
Geschäfte in
Berlin,
Charlottenburg,
Schöneberg,
Wilmersdorf.

Assmus, Wilh., Weidenburgerstr. 11.
Friedr. Barz, Landsb. Allee 140
Paul Berger, Mirabellstr. 29
K. Biedermann, Gryphstr. 19.
Paul Dolly, Markusstraße 15.
Albert Denkwitz, Altkönigstr. 14
Dollw. Ferdinand Tollerstr. 4

Brot-Fabrik „Vorwärts“
Hermann Ullrich, Köpenick.

Franz Paulwetter, Vantesplatz 57.
E. Freyer, Bismarckstr. 72, E. Bismarckstr.
Georg Genz, Memelerstr. 20
Petersburgerstr. 38
A. Gessner, Tilsiterstr. 71
Gumler, R. Posenerstr. 16.
Göring, Hugo Greifswalderstr. 235
M. Gruschka, Königsbergerstr. 35

Oskar Banke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
und in Bixdorf.
Gegründet 1892.

Hoppe'sch Fränkisch, Altkönigstr. 89
Max Kniffert, Landsb. Allee 26
Ernst Küster, Frankf. Allee 197.
Felix Kynast, Dänenstr. 5.
Grüner
Ladenhain, O. Weg 54.

Emil Lienke, Grüner Weg 122.
Ew. Liesegang, Danzigerstr. 43
Carl Lindenberg, Lybckerstr. 4.
August Mante, Eberlystr. 57.
Hermann Markau, Rigaerstr. 107
Matke, Gipsstr. 2.
E. Mertins, Reichenergerstr. 168.
Mühlsteff, Spandau, Bismarckstr. 5.
Fritz Müller, Grützstr. 4.
Alfred Müller, Brunnenstr. 87.
Roman Nowak, Wilmerstr. 47.
Friedrich Ost, Münsterstr. 10.
Paul Otto, Danzigerstr. 31.
Herm. Probst, Nonnendamm.
Friedrich Probst, Andreasstr. 51

Bäckerei „Nordstern“
Inh. Gust. Müller
Filialen in verschiedenen Stadtteilen

Ranfft
Weichenbergerstr. 176
Admiralstr. 38 u. 19a
P. Risleben, Samariterstr. 11.
Arthur Roemer, Köb. Damm 101
Walter Rohr, Anklamerstr. 26.
Max Sander, Dunckerstr. 25.
Otto Schmidt, Adalbertstr. 27.
Fritz Schuberth, Chaus. 55.
Bikowski, Weidenburgerstr. 11.
B. Schade, P. Allee 91 u. P. O. u. N. O.
Paul Sorge, Frohauerstr. 21

Rich. Schenk
Markus-
Straße 28.
P. Schinauer, Anklamerstr. 13.
Paul Schulz, Hufelandstr. 2.
H. Spillmann, Grüner Weg 115.
F. Sygusch, Schönh. Allee 150
Gustav Tappitz, Prinzen-Allee 61.
Carl Tennert, Schlosserstr. 19.
F. Tiedemann, Reih.-B. Kaststr. 47.
Filialen in allen Stadt-
teilen.

Turban
Josef Ullrich, Mantuffelstr. 100.

Volksbrot, E. G. m. B. H.
Otto Wagnitz, Müllerstr. 29

Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.
Fritz Wahl, Koppenstr. 46
K. Walter Jr., Löwestr. 18

Hermann Wendt
Chlorinerstr. 39
P. Ackerstr. 1
Clemens Weide, Jablonenstr. 1

Wilhelma
Brotfabrik
Andreasstr. 22.
Otto Winkler, Nannynstr. 73.
E. Wolff, Grüner Weg 76.

Saunestellen
Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
Landsbergerstr. 107
Gollnowstr. 41.
Bürgerbad
Weberstr. 40b
Amt Kgt. 894.
Cantz-Bad, Münzstraße 2.

Central-Bad
Neukölln
Anzengruberstr. 25.
Neukölln,
Münchenerstr. 51

Münchener Bad
Bad Frankfurt, Gr. Frkft. Str. 136.
Lieferant sämtl. Krankenkassen
Bad Friedrichshain, Landsb. Allee 113
Bad Hufeland, Hufelandstr. 45.
Kaiser-Friedrichs-Bad, Carl- u. Eberlystr.

Original Lohantien Bad
früher Müsel, Wallstr. 7071

National-Bad, Brunnenstr. 9.
Roxhag-Str. 17
Lief. all. Kassen

Bad Ostend
Kottbuser-
Damm 73.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Silesia-Bad
Schlesische Str. 31.

Viktoria-Bad
Kottbuser Damm 75
Friedrich-Wilhelm-Bad
Chausseestr. 87.

Sandagen, Gummiw.
E. Banke, Stralauer Str. 56.
Berthold, Köpenickerstr. 10.
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.
Lippe, Schöneberg, Grasswalderstr. 30.
Meyer, P. Allee, Berlinerstr. 49-50

**Eracheint 2 mal
wöchentlich.**

Reiche, A.
Seydelstraße 15.
Lief. aller Kassen

Befucht-Gegenst.
Böttner, A., Danzigerstr. 98.

Drogen u. Farben
Reinh. Assmus, Gerichtstr. 10.
Gustav Bergsg., Weidenweg 89.
Prinzenstr. 100 u. 157 Apotheker
H. Wiegner.
Brinn Handl. Ger. 2 Nkt. G. Wolff.
Klahn, H. Skitz, Kaiser-Friedrichstr. 214
Kneesebeck-Drog., Hermannstr. 119.
Krönigs-Adler-Drogerie, Bankestr. 7.
P. Lehke, Kottbuser Damm 81-82, Farin
Alth. Marsch, Cuhstr. 37.
Rathaus-Drogerie, N. Allee 24.

Hermannstr. 57
Neukölln
G. R. Frenzel.

Prinzenstr. 103
Alfred
Hoffmann
Fr. Schlusmann, Lohauerstr. 25.
Hugo Schultz, Müllerstr. 166a.
Hvg. Gummiw., Photogr.-Artikel.

Palisadenstr. 45
Drogerei
Karl Seidel.
Überallvertrieb Wilhelmstr. 48

Erich Preuß
Drogen, Hvg. Gummiw., Seifen, Billigst.
Werder-Drogerie, Eritz-Köpenickerstr. 5a
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 59.

Battfäden u. Betton
G. Behrends, Neuk. Kneesebeckstr. 104
Bullmann, Fehrbellinerstr. 1, E. Schick, A.
Carl Henze, Andreasstr. 55, Beignig
Landsberger Allee 143
Max Schöne
reell und billig.

Seardig-Anst., Sargm.
Bredlow, Eberwalderstr. 18 Wirthstr. 25
Otto Böttner, Neukölln, Engelsb. 22
N. Fischer, Bohannollerupf. 11
Berkw. a. B. Kneesebeckstr.

Max Fuchs
Oppelnerstr. 1
Frankfurter-Allee 170
Hansich, Weidenburgerstr. 191
Hinkel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a
H. Petermeyer, Strellitzerstr. 8.
Peter-Schley, Wilh., Zassenstr. 11.

W. Adelong & A. Hoffmann
Akt.-Brauer, Potsdam, Eip. Wiserl.
Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15
Brandenburg, E. Wilhelmstr. 110
Spez. Potsd. Stangenbier.

Bergbrauerei Weißensee
T. Lager-
u. Malter

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Tivoli
Weiß- u. Malz-
Bier-Brauerei,
Fruchtstr. 37

Weissbier - Caramelbier
- Brauerei E. Willner
Pankow.

Groterjans
Malzbier, Schönh. Allee 130, T. III, 5062.

C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel.
Hempel, E., Müllerstr. 136 d.

**Unser
Goldbier**
Ist nicht nur ein
Erfrischungsgetränk, sondern
auch ein
Gesundheitsbier ersten
Ranges.
Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.
Luisenbrauerei Weißensee.

Münchener Brauhaus Berlin

Löwen-Brauerei
vorzügliche Fass- und
Flaschen-Biere.
Schulz, Herm., Schönleinstr. 23.
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Victoria-Brauerei
Victoria-Saazerbräu
Weissbier, C. Breithaupt,
Palisadenstr. 97. Tel.-A. VII, 2624.

Blumen und Kränze
Oskar Albertus, Müllerstr. 41.
Blumen-Fischer-Zöllner Seest. 140
E. Drey, Bld. Kaiser-Friedrichstr. 36, Bergstr. 59
O. Helm, S. Torgite, Albrechtstr. 101
F. Müller, Danzigerstr. 27.
Gärtner A. P. Meitner, N. Altkönigstr. 11
W. W. Rutschke, N. Allee Hermannstr. 62

Topfplanzen aller Art
Brig. Hundowerstr. 92, 93, 94, Seck 134
Zastrow, H. Turinerstr. 24.

Butter, Eier, Käse
Butterhandlung
J. F. Assmann
55 Filialen in Berlin O.

Drei Kronen
Carl
Davidsohn
Danne, Karl Chorinerstr. 36.

Gebrüder Groh
40 Filialen
in Berlin und Vororten

August Holtz
15 Detail-
Geschäfte.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

F. HAGEN
22 Verkaufsstellen 22

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Nussbutter
Margarine,
täglich frisch.
Richard Reek, Neue Königstr. 19 a

Wilh. Pleß, Buttergroßhdlg.
Berlin C. 54, Rosenblüherstr. 46
(Hakenstr. 10) Fernsp. A. Nord. 3837

Gust. Schultze & Sohn
Kosmalla, E., 4
Detail-
Geschäfte

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram

**Vereinigte 48
Pommersche Verkaufsstellen.**

Cacao, Chocolate
Adler's Konditorei, Wrasylstr. 57.
Althaus, Krücker-Bak., Ludow. 16.

STOLWERK
Gold
Silber
Kupfer

Schokolade - Kakao
In drei Preislagen.
Die verschiedenen Sorten sind
untereinander gleichwertig und
unterscheiden sich, wie die
deutschen Edelweine, nur durch
ihre Aroma.

Cylix, G., Filialen in all
Stadtteilen.
Ferd. Hahn, Berlin, Perleburgerstr. 73

Seiffert, E., Filial. in Berlin
und Vororten

**Fordern Sie
Kakao und Schokolade
Wesenberg**

Cigarrenhandlungen
P. Hofer, Kottbuser-Damm 79.
Hilberstr. 77. Admiralsstr. 5. Dresdenstr. 14

Klein, Wilh., Müllerstr. 184,
Oberbaum 1.
Krakow, Fr. NW. Wicelstr. 47.
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 49.
G. & S. Peterke, 50 Köpenickerstr. 14.
W. Schunter, N., Neanderstr. 26.
Alt. Werner, Ecks Köpenick u. Ackerstr.

Damenkonfektion
Dombrowsky
Restat, J.,
Bismarckstr. 78

Eisen- u. Stahlw., Waff.
Aln, O., Skitz, Kaiser-Friedrichstr. 4
W. Almer, Malackstr. 24.
Herm. Braun, Landsb. Allee 149.
Grüner Weg 49
Wrasylstr. 59.
Emil Braun, Andreasstr. 75 Ecke Bred-
ow, Oranien
straße 63.
F. Beutel, N. Allee Kaiser-Friedrichstr. 77
Fisck, E., Spandau, Schönewalderstr. 14.
Carl Jung, Stromstr. 31.

H. Rockstroh, Berlin
Göbenstr. 25.
Rühlmann, P., Müllerstr. 40b, E. Seest.
F. Schubert, Veig. 10, E. Schreierstr.
Selleck, Th., Skitz, Hermannstr. 49
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 78
Müller-
Straße 29.

Herm. Warschade
Alex. Weimar
Alexandrinenstr. 14
Reichenbergerstr. 100
(Inh. Otto Janke).

Fahrräd., Nähmasch.
Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönhauser-Str. 11.

Fahrrad-Naus Frischau
Brunnenstr. 25.
Gründung und Eigentum der
radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrr., Schallplatt., Wellenpapp, etc.
W. Malleschky, Oberbaumstr. 2, 8, 9

Färberien, Wäsch.
Groß-Dampfwäscherei
"Spreuxko"
Berlin SO, Forsterstr. 5-8
Fabriklose Wäsche Billigste Preise!

**Dampfwäsch-
anstalt**
Conkordia
Wilhelm-
str. 124

O. W. A. Hansa
Gerichtstraße 23
Tel. III 1309

O. Naefe
Färberei u. chem. Wäscherei
u. Herren- u. Damen-
Läden in allen Stadtteilen
Berlin, Wixdorf, Schöneberg

G. Kullick, Färb., Wäscherei
F. G. Gustav Adolfstr. 1, Wicelbergerstr. 41
Schönwalderstr. 56, Weidlingstr. 9
Wallerstr. 10a, Neukölln, Hermannstr. 37-38

Fleischer u. Wurstw.
G. Amling, Neukölln, Eisenstr. 74
August Birnsteln, Dunckerstr. 78.
Schönwalder-
Str. 13

August Biebert
Kaiserin
Augusta Allee 9.
Hans Böhm, Weidenweg 31.
A. Beutele, Thaerstr. 21.

Wilhelm Behr
Wurstfabrik,
Speck- und Schlankensalzerel.
Berlin-Schöneberg, Kottbuserstr. 73-74
Beste und billigste Bezugs-
quelle f. Wiederverkäufer.

K. Christ, Elbingerstraße 58.
Pb. Christ, Petersburgerstr. 4a.
Darge, O., Finowstr. 5.
Thilo Dörgerlob, Lützowstr. 23
St. Doraszewski, Eberlystr. 29.
W. Dürr, Schivelbinderstr. 27.
August Feiger, Grünauerstr. 8.
Faytharm, F., Al-Burgas 11.
W. Friedmann, N. Allee, Warthestr. 7.
Oskar Fröhlich, Ebelingstr. 16.
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31
Albert Götz, Frankf. Allee 121.
Fr. Gerlach, Tauroggenstr. 1a.
Gustav Girra, Waldemarstr. 11
Rob. Gliese, Weidenweg 21, 22
Neue
Hochstr. 37.
Oranien-
Straße 17.

Gelschmann
Fleisch-u. Aufschn.-
Centr., Wicelstr. 150.
O. Gleich, Neukölln, Engelsb. 19.
R. Grieger, Charl., Cauerstr. 19.
F. Gutschmidt, Kolonnenstr. 23.
A. Herold, Ackerstr. 41
Heinrich Höhne, Skalitzerstr. 97.
Köpenicker-
str. 5.

Janik, C.
Fr. Jenck, Köb. Damm 16, Fleisch, Wurst.
H. Fleisch- u. Wurstw.
Mantuffelstr. 102.

Bruno Keller
Moabit
Huttenstr. 11.
Otto Koch, Alte Jacobstr. 17.
Fritz Koebe, Kl. Andreasstr. 11.
Bruno Kusche, Fruchtstr. 28.
Ernst Koibe, O. 112, Weichenstr. 15.
Königsbergerstr. 37.
A. Krumm, H. Fleisch- u. Wurstw.
M. Kops, Reichardt, Reichenstr. 154.
H. Kenert, Schöneberg, Gothenstr. 41
A. Lange, Reichardt, Schwarzstr. 113

Rob. Lindner, Neukölln,
Niemöhrstr. 8.
Weiden
weg 76.
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 45.
August Lincke, Alte Jacobstr. 26.
Emil Lindigkeit, Michaelkirchstr. 5.
Lochmann, Malplaquestr. 32.
Rostockerstraße 43.
Fleisch- u. Wurstw.
Fabrik
Ang. Maar, Schulstraße 108.
Märk. Fleischschm., Skitz, Warthe 78
M. Mauersberger, N. Allee, Kasserstr. 14
Max Metzlar, Rigaerstr. 15.
Greifenhagen-
str. 39

Moers, Otto
R. Müller, Pankow, Wollankstr. 101

A. Möbes Nchf.
Fleischwaren u. Wurstw.
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4

Georg Naumann, Gärtnerstr. 12.
F. Neborowsky
Frankfurter
Allee 175.
Nord-Deutsche Fleisch- u. Wurstw.-Zentrale
N. P. Zimmermann
Anklamerstr. 17

Paul Nuss
Stolpische
Str. 25.
Große
Frankfurterstr. 13.

P. Rechel
Wurstw.-Fabrik, Landsb.-
Allee 190, Spe. Roll-
schinken, Nußschinken, Seelachs-
speck

Rodewald, Franz Allee 27, Tel. 3206.
Franz Rose, Frankf. Chaussee 21 a
Ottomar Rudolph, Gärtnerstr. 17
Herm. Rauchfeld, Zietenstr. 13.
A. Rehmet, Moab, Perlebergerstr. 19.
E. Rummelant, Thaerstr. 60.
Hermann Schmidt, Thaerstr. 65.
Gebr. Schulz, Lützowstr. 7.
W. Segling, Christburgerstr. 43.
Heinz. Schütz, Danzigerstr. 97
Max Schlack, Langestr. 37.
Th. Scheunemann, Holmholtzstr. 1.
Schramm, Jägerstr. 22, Teplitz. Wpl. 11797
Otto Schlemmer, N. Allee 119
Aug. Sczygiel, N. Allee, Teplitzstr. 110

Otto Schreiber
Hohenfried-
bergerstr. 1.

E. Schauer, Huttenstr. 70.
E. Scherzberg, Reichardt, Bassant 9.
Max Schubert
Müllerstr.
156a.
Stegard, Fleisch-Zentrale, Stargarderstr. 82
Thüring. Fleisch- u. Wurstw.-Fabr.
F. Sommermann, Boxhagenstr. 36
E. Trapp, Wrasylstr. 15, Waldemarstr. 19
Gust. Tschentke, Brunnenstr. 53
Teicherbuer, Straßmannstr. 9.
Max Tümmel, Christburgerstr. 24.
Nannynstraße 17
E. Fisch- u. Wurstw.
Uhlgr. Paul, Koppenstr. 25.

Karl Unte
Grüner Weg
57 - 57

G. Vettin
Warschauer Fleisch- u. Wurstw.-
Zentrale, Warschauerstr. 83

E. Zawadski, Danzigerstr. 69.
Paul Zwart, Landsb. Allee 136.
L. Zimmermann, Kottb. Damm 94.

Fischhandlungen
C. Dittmann
Neukölln
Berliner Str. 42.
E. Pehling, Elbingerstr. 56.
Bergstr. 5 u. 57.
Skitz, Köb. 84-85

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale
Inh. Rich. Müller
nur Kottbuser Strasse I

Spez. Champion, Friseur-Salon
Unterricht in allen Fächern
Auf d. Anst. gewährt 10% Rabatt.
Rob. Kortmann, Schönwalderstr. 26.
H. Nixdorf, Frankfurter Allee 197, 198, Bah.

Glas u. Porzellan
G. Krüger, Weidenburgerstr. 79.

Grammoph., Sprechm.
W. Becker, Chibz, Wilmersdorfstr. 127

Haus- u. Küchengeräte
Kamnick, Spandau, Schönew. Str. 92.
E. Enalle, Glas, Porzellan, Laag.

Horren-Artikel
H. Bock, Neukölln, Kaiser Friedrichstr. 10.
Krause, Wilh., N. Allee, Herm.-Str. 168
Nerdling, Brunnenstr. 84.

Ad. Mahnke
Josephstr. 3
H. Schirma.
A. Samuel, O. Mirbachstr. 62, Schirma.
H. Bergstr. 141-
142, Hermannstr. 171.

Wrangelstr. 45
W. Sendler

Horren- u. Knabengard.
J. Baer
Badstr. 26, Ecke
Prinzen-Allee.
Besser, Julius, N. Allee, Bergstr. 19

Lecke & Slupecki, Köb. Allee 70a
Marcus, S.
Skitz, Bergstr. 44-45
F. erupig u. Malckstr. 45

Kosner, Max
Schneiderrmeister,
Skitz, Bergstr. 30, 31,
Lager fertig und nach Maß

Julius Salomon, Brunnenstr. 36.
Friedenstraße 9
J. Scholl
Vorz. d. Bl. 5%

Hüte, Mützen u. Pelzw.

**Furhaus
Norden**
Brunnenstraße 67.
Badstraße 65
Chausseestraße 55.
Dresdenerstraße 129

Boise, Rud., Chausseestr. 66.
M. Grund
nur
Brunnenstr. 177
Hut-Engl.-Lager, Bld. Gertrudstr. 54.
A. Lomatsch, Wilsdorf, Berlinstr. 112.

Rieck, Em.
Badstr. 64,
Gerichtstr. 53.
Schoer, Herm., Wilmersd.-Str. 46.
Damm 19/19

Vester, E.
Zum Hutwinkel
S. Kohls, Chausseestr. 85.

Aug. Wagner, Kipsen, Grünstr. 9

Kaufhaus
L. Alexander & Co., Badstr. 55.
B. Hennig & Co., Landsberger-
Allee 29.

Kohlen, Koks, Sriketts
Simon, A. R., Köb. Allee, Wedding
Karl Werner, Neuk. Göthestr. 10

Kolonialwaren
G. Behrens, Schöneberg, Allee 29.
Budach, Franz, O., Goßlerstr. 23.
Georg Burow, Stromstraße 29.
Gg. Feist, Nkl., Weserstr. 4.
A. Fiedler, Köpenick, Müggelstr. 41.

Reik
Neukölln
Filialen in allen Stadtteilen.

Fritz Gerull, Bunsenstr. 75.

Hoken

Von der Beteiligung an den Landtagswahlen.

Bei den Landtagswahlen von 1908 war die Wahlbeteiligung so groß, wie sie es in Preußen seit 4 1/2 Jahrzehnten nicht mehr gewesen war. Es wählten diesmal 92,84 Proz. aller Wahlberechtigten, während in 1903 nur 82,62 Proz., in 1898 gar nur 75,36 Proz. gewählt hatten.

Von diesen Durchschnitten aus ganz Preußen weichen die Beteiligungsziffern der einzelnen Wahlbezirke oft sehr weit ab. Die Landeshauptstadt Berlin hatte eine stärkere Wahlbeteiligung, aber keineswegs die höchste in Preußen.

Die Wahlbeteiligung in Berlin war im Jahre 1908 im Vergleich mit den anderen Provinzen Preußens eine auffallend geringe. In den drei Klassen der ersten Klasse 49,42 Proz., in der zweiten Klasse 42,89 Proz., in der dritten Klasse 30,18 Proz.

Mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen verglichen sind freilich sogar diese in Berlin erzielten Höchstziffern der Beteiligung an den Landtagswahlen noch recht bescheiden zu nennen.

Partei-Angelegenheiten.

Der Zentralvorstand hat beschlossen, zum Sonntag, den 18. Mai 1913, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: Bericht der Untersuchungskommission in Sachen Braun und Genossen kontra Borchardt.

Die Generalversammlung findet statt in den Konfordinde-Palaisen, Andreasstr. 64, Anfang vormittags 9 Uhr. Für die Besetzung dieser Generalversammlung gilt die bisherige Anzahl der Delegierten.

Es hat zu entsenden:

Table with 2 columns: Location and Number of Delegates. Berlin I: 10, Berlin II: 48, Berlin III: 23, Berlin IV: 194, Berlin V: 19, Berlin VI: 244, Teltow-Beesdow: 251, Nieder-Barnim: 134. Summa: 923 Delegierte.

Summa: 923 Delegierte

Der geschäftsführende Ausschuss.

Vierter Wahlkreis. Die Frühkonzerte finden statt am 1. Pfingstfeiertag in den Lokalen Ludwig in Treptow und in Rentel's Volksgarten in Lichterberg, Adlerstr. 28; am 2. Pfingstfeiertag in den Lokalen Brauerei Friedrichshain und im Gipsium, Landsberger Allee 40, Anfang 5 Uhr. Billets 20 Pfennig.

Reußlin. Die Bibliothek des Wahlkreises bleibt vom 10. bis 14. Mai inf. geschlossen. Die Bibliothekskommission.

Stralau. Heute Sonnabend, den 10. Mai, abends 8 Uhr, von den Bezirkslokale aus: Flugblattverbreitung.

Bris-Budow. Heute Sonnabend, den 10. Mai, abends 7 Uhr, von den Bezirkslokale aus: wichtige Handzettelverteilung.

Dienstag (3. Feiertag), abends 8 Uhr, findet in A. Raddag Festfäden eine öffentliche politische Wählerversammlung statt.

Friedrichsfelde. Im Ortsteil Friedrichsfelde findet am Dienstagvormittag (dritten Feiertag) die Kubertverbreitung statt. Am Mittwoch, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, wird im Lindenpark, Wilhelmstr. 11, ein gemeinsamer Jahlabend abgehalten, wo die letzten Vorbereitungen zur Wahl getroffen werden.

Kaulsdorf. Montag, 2. Pfingstfeiertag, früh 7 Uhr: Flugblattverbreitung vom Lokale Hobby aus.

Hohen-Schönhausen. Am ersten Pfingstfeiertag, vormittags 8 Uhr: Flugblattverbreitung von dem Bezirkslokal aus. Am zweiten Feiertag: gemeinsame „Fadel“verbreitung. Treffpunkt vormittags 8 Uhr bei Rejter, Berliner Str. 93.

Hermisdorf. Montag, den 12. Mai, früh 8 Uhr, von Eggerecht aus: wichtige Flugblattverbreitung.

Berliner Nachrichten.

Die amtlichen Wahlkarten

„zur Wahl der Wahlmänner für die Neuwahlen zum Hause der Abgeordneten in Berlin am Freitag, den 16. Mai 1913, von nachmittags 3 Uhr, bis abends 8 Uhr, sind jetzt vom Magistrat den Wählern durch die Post zugestellt worden.“

Die juristische Sprechstunde fällt heute aus.

Kronprinzliche Wohltätigkeit.

Der Kronprinz will nun auch in Wohltätigkeit machen. Er hat dem Magistrat angeboten, während der Abwesenheit seines Regiments Ende August bis Mitte September aus Dantsig-Langfuhr 100 Berliner Gemeindeschulkinder unter Begleitung einiger Lehrer in der Kaserne des 1. Leibhufaren-Regiments auf etwa drei Wochen zu beherbergen und zu verpflegen.

Danach werden die erholungsbedürftigen 100 Schulkinder bereits die Kaserne kennen lernen. Wenn im übrigen alle die Kinder berücksichtigt werden sollen, welche sonst keine Gelegenheit haben, die Großstadt zu verlassen, so dürfte die Zahl 100 eine recht winzige sein.

Offizierskänzchen. Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: Es scheint ein besonderes Zeichen der Zeit zu sein, daß der Nachwuchs der besitzenden Klassen es offensichtlich darauf anlegt, Proben einer hervorragenden Kulturlosigkeit zu geben.

Es sind 17-18jährige Knaben, meist haben sie noch die Kinderhärchen im Gesicht. Sie stecken alle in Rabattenuniformen, tragen die Hosen in die Stiefelschäfte gesteckt und erhöhen durch Kuschel und Gebärden nur noch das Ansehen ihres Wesens.

„Ge, he, he, he, he — meine Herren, meine Herren, meine Herren!“ Mit dem Daumen seiner behandschuhten Rechten weist er zu mir hin, als wollte er sagen: „Dort sitzt die rote Gefahr!“

Leider muß ich in Treptow aussteigen, der Kriegerjüngling (offenbar handelt es sich bei allen um Schüler der Lichterfelder Rabattenanstalt) hätte eventuell noch mehr amüsante Dinge ausgeplappert. Trotzdem genügt die kurze Probe schon, den Ge-

dankengang dieses Knaben zu verfolgen. Die Herren, die auf Kosten des deutschen Volkes genährt, gekleidet und „ausgebildet“ werden, mahnen sich in ihrer Jugendtorheit schon an, über die politische Gesinnung älterer Leute mit Gelächter herzugreifen. Die Knabenphantasie hält es für Helvetium, ein Monokel zu tragen und trotzdem „toscher“ zu schießen. Als höchstes Ziel gilt dieser Jugend aber: den inneren Feind totzuschießen! — Und das Volk müht sich weiter, die Kosten für „Ausbildung“ und Unterhalt dieser Jünglinge und ihrer Väter aufzubringen, bis ihm schließlich doch einmal die Geduld ausgeht.

Freibetten im Kinderkrankenhaus.

Aus dem Rathaus wird berichtet: Was den bei den Freibettstiftungen für das städtische Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Krankenhaus, Reinickendorfer Straße 61 hier selbst, zur Verfügung stehenden Mitteln, können für bedürftige Einwohner die ihnen für Kur und Verpflegung von Kindern in dem genannten Krankenhaus erwachsenen Kosten bezahlt werden, sofern die Betroffenen durch die Kostenübernahme davor bewahrt werden, der Armenpflege anheimzufallen.

Die Kalmsfischer

haben diesmal, obgleich das Pfingstfest auf einen außerordentlich frühen Termin fällt, eine sehr reiche Ernte halten können. Die verhältnismäßig günstige Witterung förderte das Wachstum des Kalms ungemein, so daß große Mengen dieser besonders unter der Jugend beliebten Wasserpflanze auf den Markt gebracht werden konnten.

Auch der Galensee gefährdet!

Nicht nur die mitten im Grunewald liegenden Seen — Schlachtensee, Krumme Lanke, Niemeistersee und Nifolassee — leiden seit etwa Jahresfrist an Wasserichwund, auch der Galensee ist davon in Mitleidenschaft gezogen. Der Wasserpiegel des Sees hat sich seit dem vorigen Jahre um ziemlich einen Meter gesenkt, so daß die als Kinderbad reservierte Abteilung des Sportbades Galensee nahezu trocken gelegt ist und als Sonnenbad Verwendung finden soll.

Die Elternrechte in der Schul-Zahnklinik.

Aus der Schul-Zahnklinik in der Hochstraße berichten wir in Nr. 111 über ein uns nicht unbedenklich scheinendes Verhalten eines Arztes. Der Arzt hatte einem Knaben nicht die von der Mutter als krank bezeichneten drei Backenzähne, sondern zwei Schneidezähne ausgezogen, ohne vorher die im Wartezimmer verweilende Mutter darüber befragt zu haben.

Die Pulsbadern geöffnet und erhängt.

Auf zweifache Weise hat sich ein unbekannter Selbstmörder das Leben genommen. Im Friedrichshagener Kurpark wurde gestern die Leiche des Lebensmüden erhängt aufgefunden. Eine ärztliche Untersuchung ergab, daß der Tote stark mit Blut besudelt war.

Zu Tode gekommen ist im Kraftwerk Unteripree (Ruhleben) der Schalthreitwärtler Wenzel Gumb. G. hatte den Auftrag, den Hochspannungsraum zu reinigen. Der Maschinist erwartete vergeblich das Signal zum Anfahren. Bei näherem Zusehen fand der Maschinist den Arbeiter in dem Hochspannungsraum als Leiche vor.

Zu dem Bootsunfall auf der Spree, über den wir berichteten, wird uns noch mitgeteilt: Die Namen der beiden bei dem Unfall ertrunkenen Männer sind ermittelt worden. Es handelt sich um den 19 Jahre alten Maurer Max Wittner und den 17 Jahre alten Zimmermann Otto Worchert aus der Rilmersdorfer Straße.

Das Kadetten an die Militärzeit.

Böse Folgen sollte für den Reservisten eine Handlungsweise während einer Reserveübung haben. Es kommt im militärischen Leben häufig vor, daß sich Reservisten keine Gedanken in Form von Patronen, aus denen sie dann Briefbeschwerer oder sonstige Gegenstände machen, als Kadetten mitnehmen. Und da ein direkter

Schaden des Pistols nicht in Betracht gezogen wird, weil man die verschwindenden Patronen nicht vernimmt, so kommen derartige Fälle nicht zur Kenntnis bezw. zur Anzeige bei der vorgesetzten Behörde. Anders war es jedoch bei dem Reservisten Schulze vom Landwehrbataillon III Berlin. Sch. hatte eine Lection in Reuhammer zu absolvieren und bei dieser Gelegenheit eignete er sich vierzehn scharfe Patronen, neun Platzpatronen und einige Ladefässer an. Er tat dies zu dem Zweck, um sich als Andenken an die Militärzeit einen Bilderrahmen herzustellen. Der Bruder — ein schöner Bruder! — machte jedoch Anzeige, so daß gegen Sch. Anklage wegen militärisch qualifizierten Diebstahls erhoben wurde. Gestern stand Sch. wegen der Angelegenheit vor dem Kriegsgericht der königl. Landwehr-Inspektion. In der Verhandlung wurde zur Sprache gebracht, daß der Diebstahl nicht in dem Sinne als eine ehrlose Handlung zu betrachten sei, als dies sonst bei Diebstählen der Fall sei. Man müsse dem Angeklagten glauben, daß er lediglich aus dem Grunde, um sich eine Erinnerung an die Dienstzeit zu verschaffen, die Patronen zu sich gesteckt habe. Es wurde daher von der Verhängung einer Gefängnisstrafe Abstand genommen und auf fünfzehn Tage Mittelarrest erkannt.

Aus der Selbstmordchronik. Ungemein umfangreich ist die Chronik der Selbstmorde und Selbstmordversuche, die sich in den letzten 24 Stunden ereigneten. Wir greifen nachstehende Fälle heraus: In seinem abgemieteten Zimmer in der Anklamer Straße wurde der 80 Jahre alte Handlungsgehilfe Bernhard W., an der Thürangel erhängt aufgefunden. Auf seinem hat längere Stellunglosigkeit ihn in den Tod getrieben. — Der 60 Jahre alte Rentier und Hauseigentümer Louis W. schoß sich in seiner Wohnung in der Winterfeldstraße aus einer Kasserolle Selbstladepistole eine Kugel in die linke Kopfseite. W. war hochgradig nervös infolge einer seit Jahren bestehenden Arterienverkalkung und Herzerweiterung. — In der Küche der elterlichen Wohnung in der Passauerstraße wurde der 18 Jahre alte Handlungsgehilfe Fritz Sch., tot im Bette liegend, aufgefunden. Er hatte sich mit Schwefelgas vergiftet, weil ihm seine Stellung zum 1. Juni gekündigt worden war. — Donnerstagabend gegen 1/11 Uhr stürzte sich in Schöneberg, Gustav-Müller-Straße 41, ein junges Mädchen im Alter von 14 Jahren, namens Elli S. aus dem dritten Stockwerk der elterlichen Wohnung auf den Hof hinab. In schwerem verletztem Zustande wurde es von einem Krankenwagen der Feuerwehr nach dem Schöneberger Krankenhaus gebracht. Furcht vor Strafe bildet die Ursache des Selbstmordversuchs.

Auf Kindesmorde lassen zwei Leichensunde schließen, die gestern in der Schönhauser Allee und in der Markgrafenstraße gemacht wurden. In der Schönhauser Allee 108 fand die Försternsrau auf dem Treppensprung vor der Bodenür im fünften Stockwerk ein verpacktes Paket, das aus weißem Papier bestand und die Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt, die in einen weißen Unterrock und Bindeln eingewickelt war. — In der Markgrafenstraße 29 fand man ebenfalls in einer dunklen Ecke des Treppensprunges ein Paket, in dem man die Leiche eines neugeborenen Mädchens fand. Diese war in ein Stück Wadentuch und braunes Packpapier eingewickelt. Auch diesen Fund übergab man der Polizei, die ihn nach dem Schauhaufe schaffte.

Ein Betriebsunfall ereignete sich im Laufe des gestrigen Tages in der Blechblechfabrik Gebr. Goppo, Lichtenberg, Rittergutsstraße. Dort kam ein Mädchen mit der linken Hand in die Stanze, so daß ihr zwei Finger vollständig abgeschlagen wurden. Obwohl in dem Betriebe über hundert Mädchen beschäftigt sind, mangelte es an dem nötigen Verbandmaterial, um der Verletzten den ersten Verband anzulegen. Der herbeigekommene Arzt mußte die Verunglückte nach der Samariterstube der gegenüberliegenden Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgebung bringen lassen, wo er dem Mädchen den Verband anlegen konnte.

Der Sängerkorps Wedding (M. d. D. u. S. B.), Chormeister: Emil Philo, veranstaltet am Montag, den 12. Mai (2. Pfingstfesttag) im Konzert-Park des Friedrich-Wilhelmsstädtischen Schauspielhauses ein großes Vocal- und Instrumental-Frühlkonzert, unter Mitwirkung des Neuen Berliner Konzertorchesters, Kapellmeister Herr Verthold Wolske. Freunde und Gönner des Vereins sind freundlichst dazu eingeladen. Eintrittskarten im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Eröffnung früh 4 Uhr. Anfang des Konzerts früh 5 Uhr.

Verloren gegangen ist auf dem Wege vom Engelstuf nach der Sebastianstraße (Koblenzstraße, Köpenicker Straße, Alte Jakobstraße) am Freitagvormittag ein Lederportemonnaie mit circa 95 M. Inhalt. Um Abgabe wird gebeten an E. Mübe, N 58, Greisenhagener Straße 57.

Vorort - Nachrichten.

Lichtenberg.

Stadterordnetenversammlung. Zunächst wurden Petitionen erledigt. Der Verband deutscher Handlungsgehilfen hatte um Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung petitioniert. Der Petitionsausschuß empfahl die Berücksichtigung, ferner die Errichtung eines Arbeitsamtes bezw. Arbeitsnachweises. Stadterordneter Schachtel beantragte namens seiner Freunde, dem Antrage des Petitionsausschusses aus prinzipiellen Gründen nicht zu folgen. Für die Arbeitslosen zu sorgen sei Sache des Staates. Mit schwacher Majorität wurde der Antrag auf Berücksichtigung abgelehnt. Fast einstimmig gelangte dann aber ein von Genossen Dütoell begründeter Antrag zur Annahme, der den Magistrat ersucht, mit den übrigen Gemeinden Groß-Berlins zwecks Einführung einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung in Verbindung zu treten. Bei der Begründung hatte Dütoell besonders auf die vom Statistischen Amt Neuköllns aufgestellten Berechnungen hingewiesen. Gemäß einem Beschlusse des Petitionsausschusses überwies die Versammlung die Petition des Vereins Lichtenberger Volksschullehrerinnen, betreffend Errichtung einer Pflichtfortbildungsschule für Mädchen, dem Magistrat zur Erwägung. Petitionen mit dem Ziele, Erfahrungsstellen für im Schulbetriebe erlittene Schäden zu erlangen, hatten den gewünschten Erfolg. — Der Bund der Festbedienten beantragte die Umwandlung der Kanzlistellen in Stellen für mittlere Beamte. Der Antrag fand nicht die Majorität. Gelegentlich der Zustimmung zu einem beantragten Schulbau wurde auch ein Antrag angenommen, der den Magistrat verpflichtete, bei der Regierung zwecks eines größeren Zuschusses für das Anzeigeanzubahnen. Vor einem Jahre folgte die Stadterordnetenversammlung einem Antrage des Magistrats, der die Errichtung einer Wandelhalle im Stadtpark verlangte. Jetzt beantragt er, auf die Halle zu verzichten. Genosse Elias widersprach dem in energischer Weise. Das Publikum habe Anspruch auf eine Gelegenheit, die gegen plötzliche Witterungsatastrophen Schutz biete. Schließlich erklärte sich der Magistrat bereit, doch eine Schutzhalle zu erbauen. — Wie in den Vorjahren wurden als Ferienmonate für die Stadterordnetenversammlung Juli und August bestimmt. — Für die Durchführung der bereits beschlossenen Erweiterungen städtischer Werk beantragte der Magistrat die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 500 000 M. und zwar auf dem Wege der auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen mit einem Zinsfuß von 4 bis 4 1/2 Proz. Die Stücke sollen in Beträgen von 200 bis 5000 M. zur Ausgabe gelangen. Die Tilgung der Anleihe soll durch Verkauf oder Verlosung mit 1/10 der Anleihe summe pro Jahr erfolgen. Nach kurzer Erörterung, bei der Anregungen gegeben wurden, beschloß die Versammlung, die Vorlage einer gemischten Kommission zu überweisen. — Zur Erörterung hand sodann folgende Interpellation Abraham und Genossen: 1. Ist der Magistrat gewillt, der Stadterordnetenversammlung die Gründe anzugeben,

die Veranlassung waren, daß die Listen zur Landtagswahl erst im Monat April zur Aufstellung resp. zur Auslegung gekommen sind? 2. Ist der Magistrat dem Beschlusse der Stadterordnetenversammlung beigetreten, der für die Landtagswähler amtliche Benachrichtigung über Wählernummer, Wählerabteilung, Wahlzeit und Wahllokal vorsehe? In der Begründung wies Genosse Jaffe darauf hin, daß Berlin es ermöglicht habe, die Listen vor dem 1. April aufzustellen; das müsse auch in Lichtenberg möglich gewesen sein. Der 1. Bürgermeister rückföhrte das Verhalten des Magistrats in dieser Sache mit dem Bemerkten, in Lichtenberg habe man die Listen immer spät aufgestellt, so auch diesmal. Dem Beschlusse auf Verlesung von Benachrichtigungskarten sei der Magistrat nicht beigetreten. Solche Karten hätten keinen Zweck und lösteten Geld. Die Absicht, Wahlberechtigten das Stimmrecht zu nehmen, hätte auf keinen Fall abzuwarten. Die Genossen Jaffe, Krajsch und John protestierten gegen das Verhalten des Magistrats, der viele Wähler von dem Lichtenberger Stadterordneten ausschließe, und durch die Nichtbeachtung eines Beschlusses der Stadterordnetenversammlung erneut beweise, wie er diese respektiere. Von den Bürgerlichen meldete sich niemand zu der Angelegenheit. Sie verdienen die Behandlung, die ihnen zuteil wird.

Neukölln.

Ein Unfall ereignete sich gestern früh 1/8 Uhr auf dem Grundstück Schinkelstraße 6. Dort fiel beim Absteigen auf dem Hof einem Arbeiter ein Stück Mauer auf das Bein, wodurch derselbe einen Bruch des Schienbeins erlitt. Der verunglückte Arbeiter wurde nach dem Urban-Krankenhaus gebracht.

Treptow-Baumschulweg.

Die Sitzung der Gemeindevertretung vom 6. Mai wies eine recht umfangreiche Tagesordnung auf. Waren doch allein für den öffentlichen Teil 18 Punkte vorgesehen; zudem lag ein Antrag vor, einen 24. Punkt aus der geheimen in die öffentliche Sitzung zu verlegen. Freilich hatten unsere Genossen, die Antragsteller, damit kein Glück. Die bürgerliche Mehrheit mußte doch wohl ein recht schlechtes Gewissen haben, daß sie die Neuregelung der Bezahlung der Gemeindearbeiter, Unterbeamten und Lehrer nicht in der Öffentlichkeit zu behandeln wagte. Schon der öffentliche Teil der Sitzung führte mehrfach zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Portführern der Hausbesitzer und unseren Genossen. So protestierten die letzteren entschieden dagegen, daß der Gemeindevorstand zur Feier des Regierungsjubiläums in Preußen am 15. und 16. Juni 200 M. bereitstellen wollte. Sie wiesen darauf hin, daß an dieser Feier der überwiegende Teil der Treptower Bevölkerung kein Interesse habe und daß, wer feste feiern wolle, diese auch selbst bezahlen solle. Die Mehrheit hatte nicht einmal Verständnis für das Unwürdige einer solchen Huldigung der preussischen Regierung für eine Gemeinde, der dieselbe Regierung gerade jetzt durch Verweigerung der Eingemeindung den Lebensfaden unterbindet. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und des Demokraten bewilligt. Dagegen stimmten diese der dauernden Befreiung der 19 in Treptow wohnenden Veteranen mit einem Einkommen von 900—1500 M. von der Gemeindevorsteuereuer zu, wenn sie auch gewünscht hätten, daß dieser Erlass um der Veteranen selber und nicht als Dekorum für andere Zwecke erfolge wäre. Die Beratung über die Errichtung einer Gemeindeanstalt für zweite Hypotheken zeigte, daß die Vertreter des Grundbesitzervereins sich von keinerlei sozialer Empfinden beirtern ließen. Während sie selbst damit die Hilfe der Gemeinde in Anspruch nehmen, um die Auswüchse des privatkapitalistischen Systems zu bekämpfen, begegneten sie den Anträgen unserer Vertreter, welche den von der Gemeinde gestifteten Hausbesitzern die ungründete Mietssteigerung etwas beschränken wollten, mit offenem Hochhaken. Das brachte ihnen freilich einige unangenehme Wahrheiten seitens unserer Diskussionsredner ein. Letztere hatten beantragt, daß bei der Bewährung solcher billiger zweiter Hypotheken solche Hausbesitzer bevorzugt werden sollten, die mindestens die Hälfte der Wohnfläche für Wohnungen unter 500 M. Miets reservieren. Ferner sollten die Hausbesitzer verpflichtet werden, Mietssteigerung ohne Genehmigung der Anstalt, die nur bei Verbesserungen erteilt werden solle, nicht vorzunehmen. Beide Anträge wurden abgelehnt, dagegen ein dritter akzeptiert, wonach die Verwaltung der Anstalt nicht der Gemeindevorstand, sondern eine Kommission („Verwaltung“) führt. Die Vorlage wurde angenommen.

Bei der Neuwahl verschiedener Kommissionen ergab sich die recht bezeichnende Erscheinung, daß es die Mehrheit trotz des Verlangens unserer Vertreter ablehnte, einen Vertreter der dritten Wählerklasse in die Kommission zur Prüfung der Gemeindefälle (!) zu delegieren. Eine ebenso auffallende Gespöhsheit, die erwähnt wurde, ist, daß die Vertreter der dritten Klasse in ihrem ersten Dienstjahre zu keiner Kommission zugelassen, während die zweitklassigen dazu sofort als fähig erachtet werden. Von den zur Erneuerung stehenden Kommissionen kamen u. a. von unseren Genossen in die für Gemeindefälle: Hartmann, für Petitionen: Hartmann und Müller, für den Etat: Rühner, für Verlebensfragen: Rühner und Müller. Für den Besuch der Verkaufsausschüsse in Leipzig seitens der Baubeamten und der Baukommission wurden 800 Mark bereitgestellt. Die Gindicherungsgebühr im Krematorium wurde auf 45 M. heraufgesetzt, da die behördliche Genehmigung von einer Erhöhung abhängig gemacht ist. Der Blumenverkauf auf den Friedhöfen soll in eigener Regie der Gemeinde erfolgen. Die Neuwahl eines Schöffen ergab die Wiederwahl des Goldhändlers Schmidt mit allen gegen vier Stimmen. Der Gang der Verhandlungen in dieser Sitzung zeigte wieder einmal, daß der Umfang der Tagesordnung eine gründliche Beratung nicht zuläßt und vielen eine solche auch wohl gar nicht erwünscht ist.

Ober-Schönweide.

Der zweigleisige Ausbau der Straßenbahn, wie er nach dem im vorigen Jahre zwischen der Gemeinde und der Gesellschaft Berliner Ostbahnen abgeschlossenen Verträge vorgesehen ist, wird demnächst in der Wilhelmshof- und Ohndorfstraße in Angriff genommen werden. Bei den damaligen Verhandlungen über die Wilhelmshofstraße wurde der von der Gemeinde zu leistende Zuschuß auf 12 000 M. berechnet, die Ausschreibungen haben jedoch ergeben, daß derselbe circa 22 000 M. betragen wird. Beide Strahenzüge werden eine Verbreiterung von 3 Meter im Jahr dann erhalten. Die Angebote für die Plasterarbeiten schwanken zwischen 25 000 und 42 000 M.; dabei ist zu bedenken, daß bei der Arbeit Materiallieferung ausbleibt. Da anzunehmen ist, daß trotz einiger Bedenken die Arbeiten dem Billigsten übertragen werden sollen, wird von unseren Genossen die Bedingung gestellt werden, daß der ausführende die im Gewerbe üblichen Löhne zahlen, damit nicht auf Kosten der Arbeiter eine von der Gemeinde vergebene Arbeit ausgeführt wird. Leider hat die Gemeindevertretung früher einen Antrag unserer Genossen, der generell in allen Lieferungsverträgen eine solche Bestimmung vorschreibt, abgelehnt. Es wird Aufgabe unserer Vertreter sein, diesen Antrag erneut einzubringen.

Köpenick.

In der letzten Stadterordnetenversammlung wurde zunächst über die Anstellungs- und Verhältnisse der Angestellten in den städtischen Betriebsverwaltungen Beschlusse gefaßt. Danach sollen erhalten: Bautechniker, Betriebsbeamter und der Werkmeister des Elektrizitäts- und des Klärwerks 2400 M. Anfangsgehalt, steigend in fünfjährigen Perioden um 200 bis 3800 M. Die Bautechniker erhalten außerdem 200 M. Aufwandszulagen, die Werkmeister freie Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Vorhalter und Kassenangestellte erhalten 2000 M., steigend in fünfjährigen Perioden um 225 M. bis 3150 M. Kassenführer erhalten außerdem 100 M. Monatsgeld. Kontrolleure der Straßenbahn beziehen 1900 M., steigend in dreijährigen Perioden um 200 M. bis 2500 M. Geldbedeher, Kassenhelfer erhalten 1400 M., steigend in fünfjährigen Perioden um 150 M. bis 2150 M., außerdem erhalten sie 50 M. Dienstaufwandsgehalt. Das Anfangsgehalt wird gewährt vom nächsten 1. April resp. 1. Oktober, der auf die zweijährige Dienst-

zeit bei der Stadt folgt, sobald der Angestellte das 26. Jahr erreicht hat. Bureaugehilfen erhalten von dem auf die Vollendung des 20. Lebensjahres folgenden 1. April ab monatlich 100 M., steigend in zweijährigen Perioden monatlich um 12,50 M. bis 150 M. Der Gasinstallationsmeister, der Bahnmeister der Straßenbahn, der Regmeister des Elektrizitätswerkes und der Rohrmeister der Kanalisation erhalten 2150 M., steigend jährlich um 50 M. bis 2800 M. Der Pumpenmeister der Kanalisation und des Wasserwerkes erhalten 1850 M., steigend jährlich um 50 M. bis 1900 M. und freier Wohnung im Werte von 250 M. Maschinen- und Wagenmeister der Straßenbahn, Zählermonteur des Elektrizitätswerkes sowie der Stadtgärtner erhalten 1600 M., steigend jährlich um 50 M. bis 2150 M. Außerdem erhalten die Maschinen- und Wagenmeister der Straßenbahn ein Ueberstundengeld im Betrage von 180 M. im Jahre. Die Kündigung eines auf Dienstvertrage Angestellten kann nur bei Vorhandensein eines wichtigen Grundes erfolgen. In Streitfällen, ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet auf Ersuchen der Vorstand des Deutschen Städtetages endgültig. Die Versammlung stimmte den Vorschlägen zu. Aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums Wilhelms II. beabsichtigt der Magistrat: 1. Sich an der seitens des Deutschen Städtetages in Aussicht genommenen Huldigungsadresse zu beteiligen. 2. Denjenigen hier anlässigen Kriegsveteranen, die für das Jahr 1912 zu einer Staatseinkommensteuer von 12 M. und weniger veranlagt sind, einen einmaligen Ehrenlohn von 90 M. zu gewähren. 3. Sich an dem seitens des deutschen Ruderports während der Berliner Ruderregatta geplanten festlichen Veranstaltungen durch Ausschmückung einer Hülle zu beteiligen. 4. Nach Eröffnung des neuen Kreiskrankenhauses das bisherige städtische Krankenhaus nach noch näher festzulegenden Bedingungen in ein Altersheim umzuwandeln. Unsere Genossen erklärten, daß sie unter anderen Verhältnissen für die Punkte 2 und 4 der Vorlage stimmen würden, da jedoch mit dieser Vorlage eine Huldigung für den Deutschen Kaiser verbunden sei, der der organisierten Arbeiterkraft nur Mißachtung entgegenbringe, sie sogar schon beschimpft habe, könnten sie die Vorlage nicht befürworten. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde die Vorlage angenommen. Als letzter Punkt wurde noch dem Antrage des Magistrats, dem Grundbesitzerverein der Kolonie Wendenhof zur Errichtung einer Badeanstalt dicht hinter dem Restaurant „Waldesruh“ einen geeigneten Platz auf zehn Jahre zu verpachten, zugestimmt.

Spandau.

Aus der Stadterordnetenversammlung. Bei Beginn der Sitzung wurde der wiedergewählte zweite Bürgermeister Wolf eingeführt. — Der Tilgungsplan für die Anleihe der Straßenbahnerweiterungen, die am 20. Februar d. J. in Höhe von 280 000 M. von den Stadterordneten genehmigt worden ist, wurde von 1/4 auf 2 Proz. erhöht, da der Bezirksausschuß die Aufnahme der Anleihe nur unter dieser Bedingung genehmigt. — Debattelos zugestimmt wurde der Errichtung einer Sparkasten-Anstalt in der Neustadt. Dem Verwalter der Sparkasten-Rebenstelle soll eine Vergütung von 1/2 Proz. der durch ihn abgeführten Spareinlagen gewährt werden. Der Neubau der dritten Gemeinde-schule, der die Stadterordneten zum zweitenmal beschäftigt, rief eine längere Debatte hervor. Die Schule soll auf dem städtischen Grundstück an der Birken-, Kiedersbeker, Hospital- und Ackerstraße errichtet werden. Für den Neubau werden 400 000 M. gefordert. Hierzu soll eine Anleihe aufgenommen werden, die mit 3 1/2 bis 4 Proz. verzinst und mit 2 Proz. getilgt wird. Die Stadt, Weber (lib.) teilte, sind in der neuen Vorlage 21 Klassen für je 60 Kinder vorgesehen. Er stellte den Antrag, daß elektrisches Licht statt Gaslicht eingeführt und eine Brausebadeanlage eingebaut werde. Genosse Pieper führte aus, daß seinerzeit die Stadterordnetenversammlung einen Antrag angenommen habe, daß in jeder Schule ein Brausebad eingebaut werden soll. In der Vorlage seien aber lediglich Räume für spätere Einrichtung eines Brausebades vorgesehen. Er hat um Annahme des Antrages, das gleiche ein Brausebad eingebaut werden soll. Oberbürgermeister Kowitz bemerkte, der Magistrat stehe auf dem Standpunkt, daß hier noch zu wenig Erfahrung gesammelt sei. Im übrigen hätten die Kinder in dem Hallenschwimmbad und in der Oberhavel genügend Gelegenheit zum Baden. Genosse Pieper bestritt, daß man mit Brausebädern noch zu wenig Erfahrungen gemacht habe. Jeder Baumeister müsse derartige Einrichtungen so herstellen können, daß sie auch zu gebrauchen sind. Hier fehlte nur der gute Wille. Das Baden im Hallenschwimmbad koste Geld und in die Freibadeanstalt könnten die kleinen Kinder auch nicht ohne Aufsicht geschickt werden. Nach weiterer Debatte wurde mit großer Mehrheit die Einbauung des Brausebades angenommen und im übrigen der Vorlage zugestimmt. Für die Herstellung einer Festschrift aus Anlaß der Einweihung des neuen Rathauses wurden außer den bereits früher bewilligten 1000 M. weitere 2000 M. bewilligt.

Bei der Beschlußfassung über die Stiftung für das neue Rathaus seitens der Stadterordneten, welche zu diesem Zweck 600 M. gesammelt haben, kam es zu großen Meinungsverschiedenheiten. Vorge schlagen zur Stiftung wurden ein Goldenes Buch, ein Fenster für den Stadterordnetenversammlungssaal und schließlich eine Bronzetafel, die den Namen der Stadterordneten enthalten soll. Die Mehrheit entschied sich für eine Bronzetafel. Am Schluß der öffentlichen Sitzung gab Stadt-Prager noch eine Erklärung über das Jubiläumsspektakel in der Jubiläumsturnhalle ab, das bekanntlich mit einem großen Plakato abschloß. Die Redner ausführte, werden Stimmen laut, die städtischen Körperschaften für das Defizit verantwortlich zu machen. Er müsse konstatieren, daß der Festausbruch davon abgesehen hat, ein Festspiel zu veranstalten. Alle diejenigen, die anlässlich des Festspiels noch Forderungen haben, müssen sich an die Veranstalter halten. Jedenfalls könne der Magistrat und die städtischen Körperschaften für das Defizit nicht haften. Hierauf folgte geheime Sitzung.

Oranienburg.

Ein tödlicher Unglücksfall hat sich in der chemischen Fabrik Germania zugetragen. Dort waren mehrere Arbeiter in einem Schuppen damit beschäftigt, Erzand, der in Säcken zu je 60 Kilogramm aufgestapelt war, auf Loren zu verladen. Als dabei der 55jährige Arbeiter Friedrich Mayke aus der Kanalkstr. 62 einen der zu unterst liegenden Säcke herauszog, stürzte der ganze Stapel zusammen und der Arbeiter wurde unter der schweren Last begraben. Der Verunglückte wurde zwar alsbald von seinen Kollegen aus seiner furchtbaren Lage befreit, hatte aber bereits schwere äußere und innere Verletzungen davongetragen, denen er nach einigen Stunden erlag. Der Verstorbene hinterläßt eine Frau und drei Kinder.

Pankow.

Ein neuer Beitrag zum Reichsvereinsgesetz. Eine außerordentlich gut besuchte Volksversammlung tagte am Dienstag im „Kurfürsten“, um einerseits zu den Landtagswahlen und andererseits zu dem Verhalten der hiesigen Polizei gegenüber der Arbeiterjugend Stellung zu nehmen. Zum ersten Punkt referierte Genosse Dr. Grellscheid, dessen Beleuchtung der preussischen Verhältnisse mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Genosse Kubig. Wie erinnerlich, hat die Polizei unter Nichtachtung der gesetzlichen Bestimmungen zwei unpolitische Jugendvereinsammlungen aufgelöst. Besonders hervorgerufen hat sich hierbei der Herr Polizeikommissar. Die Art, wie das geschehen, fand bei der Versammlung die größte Entrüstung. Auf seine Veranlassung wurde nicht nur die eine Jugendversammlung aufgelöst, sondern auch sämtliche Restaurationsräume des Lokals geschlossen. Verschiedene Verbaltungen wurden ebenfalls vorgenommen. Die vom Jugendausschuß arrangierte Frühlingsfeier, eine rein literarische Veranstaltung, wollte der Kommissar inhibieren und, falls

sich dennoch Gäste einfanden, dem Wirt das ganze Lokal von 7 Uhr ab schließen. Die Plakate für die Volksversammlung mußten alle Wirtse entfernen. In einer Versammlung verlangte der Herr einen weiß gedeckten Tisch für sich. Als Genosse Kubig sich auch mit der Person des Herrn Kommissars beschäftigte, sprang derselbe auf und sagte: „Wenn ich weiter belästigt werde, löse ich auf“. Ein allgemeines Gelächter der Versammlung war die Antwort. Genosse Kubig forderte zum Schluß unter stürmischen Beifall der Versammlung auf, weiter unablässig für die Aufklärung der Jugend zu sorgen. Auch Genosse Dr. Breitscheid rechnete dann noch mit dem Herrn Kommissar in vornehmer überlegener Weise ab. Die Versammlung erledigte sodann noch die Aufstellung der Wahlmänner, welche glatt erfolgte. Genosse Schindler erludte die Versammlungsteilnehmer, am Wahltag ihre Pflicht zu erfüllen und regte für die Organisation zu agitieren. Mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Reinickendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Bürgermeister das vorläufige Ergebnis des Rechnungsabchlusses pro 1912 mit. Trotz erheblicher Ausfälle bei den wichtigsten Steuerarten sei nicht das stark befürchtete Defizit, sondern ein wenn auch nicht erheblicher Ueberschuß das Ergebnis des Finanzjahres. Der Bürgermeister machte gleichfalls Mitteilung von den im Jahre 1912 entfallenden Kosten für den Zweckverband. Auf Reinickendorf entfallen 0,48 Proz. der Gesamtausgaben, das sind 1179,31 M. Die am 1. April ins Leben getretene gewerbliche obligatorische Fortbildungsschule zählt im westlichen Ortsteil nur 33 Schüler. Es wird deshalb auf Empfehlung des Kuratoriums der Fortbildungsschule beschlossen, die im westlichen Ortsteil errichteten Klassen aufzuheben und die Schüler den in der 3. Gemeindegemeinde (Pankower Allee) untergebrachten Klassen zu überweisen. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Regulierung für die Etatsjahre 1912 und 1913 den Schulostenzuschuß von 9000 auf 14 000 M. erhöht hat. Die katholische St. Marien-Kirchengemeinde beabsichtigt am Schönholzer Weg, einer bisher noch unregulierten Straße, eine Kirche zu errichten. Die Gemeindevertretung stimmte dem Projekt zu unter der Bedingung, daß die Erbauer die Kosten für den Ausbau der Straße in voller Breite auf wenigstens 20 Jahre zur Verfügung stellen. Der Regulierung der Seebestraße und des Parallellweges an der Nordbahn wurde zugestimmt. Die für den letzteren Teil entstehenden Kosten — 4000 M. — sollen, wie üblich, aus den Anleiheemitteln bedeckt werden. Zum endlichen Ausbau der Soldiner Straße in der Verlängerung der Juchstraße und damit gleichzeitiger Schaffung einer neuen Verbindungsstraße mit Berlin und Pankow, soll an die Stadt Berlin eine kleine Fläche abgetreten werden. Der Umgebindevertrag, der auch gleichzeitig eine Regelung der Straßenunterhaltungspflicht an der betreffenden Stelle bringt, wurde genehmigt. Der von unseren Genossen in der Gemeindevertretung gestellte Antrag auf Vermehrung der Zahl der Gemeindeglieder auf sechs und der Gemeindevertreter auf 24 fand als Antrag des Gemeindevorstandes auf Erlaß eines entsprechenden Ortsstatuts Wiedererschlag. Bei den im nächsten Jahre stattfindenden Neuwahlen werden somit in jeder Abteilung zwei neue Gemeindevertreter mehr zu wählen sein. Bei dieser Gelegenheit rogte Genosse Schönberg an, die von der Gemeinde und der Polizei erlassenen Ortsstatute und Polizeiverordnungen in Broschürenform zusammenzustellen und eventuell gegen Erstattung der Selbstkosten an die Interessenten abzugeben. Der Bürgermeister besprach der Gemeindevertretung eine entsprechende Vorlage unterbreiten zu wollen. Zum Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts wurde auf weitere sechs Jahre Herr Reichel im wiedergewählt, zum Stellvertreter des Vorsitzenden Herr Bürgermeister Wille. Genosse Lange montierte sodann, daß den Straßenreinigern neuerdings zwar zweckentsprechende Dienstkleidung geliefert werde, daß es aber leider auf Kosten der Arbeiter geschähe. Diesen werde dafür der Lohn wöchentlich um eine Mark ge-

kürzt. Herr Schöffe Schemmel erklärte die Beschaffung der Anzüge als einen Wunsch der Arbeiter. Jedem Arbeiter stehe es frei, sich einen Anzug zu bestellen. Die Beschaffung im Großen sei — da billiger — zum Vorteil der Arbeiter. Die Anzüge von Gemeindegemeinde wegen zu liefern sei bei der Finanzkalamität nicht möglich, daher auch von der Gemeindevertretung abgelehnt worden. Nachdem auch Genosse Höpfner nochmals die Pflicht der Gemeinde zur Lieferung von Dienstkleidung betont, erfolgte Schluß der öffentlichen Sitzung, der eine nichtöffentliche folgte.

Hohen-Neuendorf.

Die letzte Gemeindevertreteritzung bewilligte die noch nicht gedeckten Kosten der Jahrsfeier in Höhe von 71,20 M. gegen die Stimme des Sozialdemokraten, der dagegen protestierte, daß hierfür Gemeindegelder bereitgestellt würden. Er verlangte, daß diejenigen, die das Bedürfnis haben in Patriotismus zu machen, auch die Kosten dafür tragen.

Die Arbeiten für die Vollendung des Wasserturmes wurden der Beton- und Tiefbaugesellschaft Rast G. m. b. H., Berlin, übertragen. Beschlossen wurde ferner, die Herstellung der Hausanschlüsse durch die Gemeinde selbst vornehmen zu lassen.

Die Arbeiten für die Umfriedigung des Wasserwerkgrundstücks wurden dem Fabrikanten D. Krüger, Hohen-Neuendorf übertragen.

Gerichts-Zeitung.

Das gemeingefährliche Treiben einer „weisen Frau“

wurde in einer Verhandlung aufgerollt, welche gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Aus der Untersuchungshaft wurde das Dienstmädchen Emilie Gape vorgeführt, um sich wegen versuchten Verbrechens gegen den § 218 Str. G. B. zu verantworten. Wegen Beihilfe hierzu war die Hebamme Ottilie Vertam angeklagt. — Die Angeklagte Gape war auf dem Gute des Rittergutsbesitzers Schmidt in Gottesgabe bedienstet gewesen, bei welchem sich auch der Gutsinspektor Grammann in Stellung befand. Wie die Angeklagte behauptet, habe sie dieser, als sie ihm mitteilte, daß er dem Vater eines zu erwartenden Kindes sei, nach Berlin geschickt mit dem Hinweis, daß es in der Nähe des Schießhahns Bahnhofes genug Hebammen gebe, die gegen gute Bezahlung zu allem bereit seien. Mit genügend Geldmitteln ausgestattet, kam die P. dann auch eines Tages vom Lande nach Berlin. In der Wohnung der Angeklagten Vertam in der Koppenstraße wurde gegen Hergabe eines Hundertmarkscheines auch ihrem Wunsch Rechnung getragen. — Nach längerer Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit kam das Gericht zu einer Verurteilung beider Angeklagten. Bei der Angeklagten Gape fand das Gericht entscheidende Momente darin, daß sie, wenn sie sich geweigert hätte, ihr Liebhaber hätte sitzen lassen. Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis, die als verbüßt erachtet wurden. Dagegen wurde die Angeklagte Vertam mit Rücksicht auf die hohe Gemeingefährlichkeit ihres Treibens zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Und wie steht es mit dem Gutsinspektor?

Eine in dem Strafgefängnis Plönsensee versuchte Verleitung zum Meineide

hatte gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Vahr ein gerichtliches Nachspiel. Aus dem Justizhause in Brandenburg wurde der Schneider Stanislaus Melone vorgeführt, um sich wegen versuchter Verleitung zum Meineide zu verantworten. — Der Angeklagte ist ein vielfach vorbestrafter gewerbmäßiger Heiratschwindler und verbüßt zurzeit eine ihm wegen derartiger Betrügereien auferlegte Justizhausstrafe von zwei Jahren. Kurze Zeit vor dieser Verurteilung hatte Melone ebenfalls wegen Heiratschwindels eine Gefängnisstrafe in der Strafanstalt Plönsensee zu verbüßen. In seiner Zelle bestre er nun alle möglichen Pläne aus, um sich von der Strafe zu befreien. Schließlich kam er auf den raffinierten Gedanken, einen anderen Gefangenen durch Raffüber mit dem Sachverhalt vertraut zu machen, um diesen dann zu veranlassen, in dem

Wiederaufnahmeverfahren als Zeuge aufzutreten. Er übergab eines Tages einem Kaufmann Holm, der ebenfalls eine Strafe verbüßte, einen Zettel, auf welchem ein förmlicher Befehlsplan entworfen war. Der Angeklagte gab genau an, wo sie sich angeblich kennen gelernt hätten, wo sie zu einer bestimmten Zeit an einer bestimmten Stelle gewesen wären usw. In einem anderen Raffüber erklärte der Angeklagte, daß es besser wäre, wenn Holm, der im Gefängnis die Rolle des Raffüber spielte, einen Brief nach „draußen“ schmuggeln und noch einen zweiten Zeugen besorgen könne. Ihm läme es, da er von einem Onkel in kurzer Zeit 120 000 M. erben werde, auf 10 000 M. nicht an. Holm übergab die Raffüber sofort dem Aufseher, der dann das weitere veranlaßte, so daß es mit der geplanten „Meineidsfabrik“ im Gefängnis nichts wurde. — Vor Gericht kam der Angeklagte mit der törichtesten Ausrede, Holm hätte, um sich bei den Gefängnisbeamten „Liebkindchen“ zu machen, ihm die ganze Geschichte eingebracht und ihm die Raffüber sogar diktiert. — Der Staatsanwalt beantragte eine Justizhausstrafe von 3 Jahren, da im Interesse der Rechtspflege gegen Leute, die mit dem Eide in so trivoler Weise umgehen, exemplarische Strafen am Plage wären. Das Gericht erkannte auf 2 Jahre Justizhaus zusätzlich.

Schulleute, die in ihrem Etat nicht gestört sein wollten.

Das Landgericht Königsberg i. P. hat am 16. Januar d. J. die Schulleute Robert Audenbender und Friedrich Gelesch wegen gemeingefährlicher Körperverletzung zu 75 bzw. 200 M. Geldstrafe verurteilt. Ein dritter Angeklagter, der Metzereibesitzer Fritz Meyer, ist wegen desselben Vergehens zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Diesem Urteil lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der Angeklagte A. hatte sich zum Etat in seiner Gartenlaube seinen Kollegen G. und W. eingeladen. Bei dem Spiel ging es aber noch um Mitternacht so lärmend her, daß Hausbewohner dies störend empfanden. Die Schauspieler R. und G., die etwa um 1 Uhr nachts nach Hause gekommen waren, verboten sich den ruhestörenden Lärm. Sie schickten darauf aber von einem der Schauspieler nur eine despektierliche Notensart (eine Stelle aus dem „GdH von Verlichingen“) zur Antwort. Deshalb begab sich der Schauspieler W. in den Garten zu den drei Männern und sagte, er sei beleidigt worden und verlange den Namen. Darauf warf R. kurzerhand dem W. einen Blumentopf an den Kopf und warf den Mann dann zu Boden, worauf er und Gelesch — dieser mit seinem Säbel — auf ihn einschlugen. ... Als der andere Schauspieler G. die bedrängte Lage seines Kollegen sah, ließ er ihm zu Hilfe. Gelesch und W. warfen ihn aber zunächst im Hofraum hin und bearbeiteten ihn mit oen Fäusten, schleppten ihn dann in den Hausflur und zerrten ihn da weiter hin und her, wobei besonders Gelesch ihn mit seinem Säbel und mit Fuhrtritten bearbeitete.

Wegen das milde Urteil legten die Schulleute Revision ein. Das Reichsgericht verwarf dieselbe am Mittwoch.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Einem allgemeinen Bedürfnis unserer jugendlichen Freunde Rechnung tragend, hat der Jugendausflug zwei Singpartien arrangiert. Eine Freilagpartie geht über Belgis, Burg, Rosche, Wittenberg zurück nach Schöneberg. Treffpunkt: Sonnabend, den 10. Mai, abends 10^{1/2} Uhr, Kaiser-Wilhelm-Platz. Für diejenigen, welche sich an dieser Partie nicht beteiligen können, ist eine Tagespartie über die Havelberge festgelegt. Treffpunkt: Sonntag, den 11. Mai, vormittags 8 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Platz. Wiederholungen sind mitzubringen.

Kaulsdorf-Waldsdorf. Am 1. Pfingstfeiertag: Ausflug nach Straußberg. Treffpunkt in Kaulsdorf 7^{1/2} Uhr am Bahnhof, in Waldsdorf 7 Uhr am Bahnhof. Proviant mitnehmen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 11. Mai, vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Festvortrag von Herrn Dr. G. Hoff: „Die neue Pflicht“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Für die Feiertage

Die allerletzten Neuheiten in Sommer-Schuhwaren sind in unseren Geschäften reichhaltig vertreten!

8⁷⁵ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰

Braune Stiefel und Schuhe
Halbschuh-Neuheiten

Wohlfeile Herren-Stiefel
Leinen- u. Lasting-Schuhe

Hauptgeschäft:
Jerusalemmer Straße 32-35
Potsdamer Straße Nr. 2
Taunizien-Straße 19a
Taunizien-Straße 7b
Friedrich-Straße Nr. 75
König-Straße Nr. 25-26
Rosenhaler Straße Nr. 5

Hauptgeschäft:
Jerusalemmer Straße 32-35
Oranien-Straße Nr. 161
Gr. Frankfurter Straße 123
Chaussee-Straße 114-115
Schöneberg, Hauptstr. 146
Neukölln, Bergstr. 25-26
Charl., Wilmersdorfer Straße 45

Stiller

Gegr.
1867



Zweig-Niederlassungen: Magdeburg
Halle · Posen · Danzig · Königsberg

Man achte genau auf die Geschäfte
der alten Stiller-Firma! ●●●

